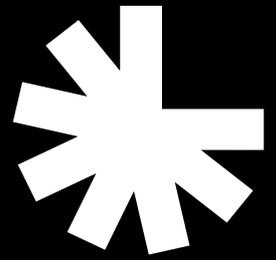


5



Juli bis September 2022

RECHTS.GESCHEHEN



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus

Editorial

Im Oktober 2021 erschien die erste Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN. Das Heft hatte einen Umfang von 22 Seiten. Die zweite Ausgabe war bereits 43 Seiten stark. Seitdem hat sich der Umfang zwischen 50 und 60 Seiten „eingependelt“. Wesentlicher Bestandteil der vierteljährlich erscheinenden Publikation ist das GESCHEHEN im rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrum des Berichtsquartals. Diese Chronik ist uns sehr wichtig und wird kontinuierlich weitergeführt. Darüber hinaus werden wir in diesem Jahr unser Journal behutsam um einige neue Elemente ergänzen. Verraten sei schon jetzt, dass wir an einem RECHTS.GESCHEHEN-Sonderheft zum Thema Antisemitismus arbeiten.

2023 wird es in Baden-Württemberg auch erstmals eine Forschungsstelle Rechtsextremismus geben. Geplant sind drei Professuren an einer Universität des Landes, darunter die erste Professur für Rechtsextremismusforschung in Deutschland. Derzeit läuft das Ausschreibungsverfahren. Ziel ist es, durch eine enge Kooperation von Forschungs- und Dokumentationsstelle Synergieeffekte zu erzielen, die beiden Einrichtungen zugutekommen.

Auf Initiative der Professoren Matthias Quent und Katrin Reimer-Gordinskaya wurde im Juli 2022 an der Hochschule Magdeburg-Stendal das Institut für demokratische Kultur (IdK) gegründet. Am 6. Dezember 2022 wurde im Rahmen einer ganztägigen Auftaktveranstaltung „die im Entstehen befindliche Forschungsagenda“ (IdK) vorgestellt. Das IdK ist ein weiteres länderfinanziertes Forschungsinstitut für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung. Inzwischen gibt es auch einen Verbund der Forschungszentren für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung in den Bundesländern (VFRD), der von den folgenden Instituten gegründet wurde:

- Else-Frenkel-Brunswick-Institut an der Universität Leipzig
- Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam
- Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der Hochschule Düsseldorf
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena (in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung)

„Ziel des Verbundes ist es, Expertisen zu bündeln und zu vernetzen, Desiderate zu identifizieren, relevante Forschungsfragen im Verbund zu bearbeiten sowie der Politik und Zivilgesellschaft mit ihrer Expertise sowohl bei grundlegenden Planungen, als auch kurzfristig bei aktuellen Entwicklungen zu beraten. Der Verbund setzt sich für internationalen Austausch und Vernetzung der Rechtsextremismusforschung ein, unterstützt den Aus- und Aufbau neuer Zentren im Bund und in weiteren Bundesländern und arbeitet an der Erweiterung des Netzwerkes.“

Sowohl das IdK in Magdeburg als auch die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus in Karlsruhe sind 2022 dem VFRD beigetreten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern!

Karlsruhe, im Januar 2023

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Themenschwerpunkt

Das Attentat auf israelische Sportler bei der Olympiade in München 1972

Am 5. September 2022 jährte sich der terroristische Anschlag auf israelische Sportler bei den Olympischen Spielen von 1972 zum fünfzigsten Mal. Aus diesem Anlass fand auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser und des Landrats des Landkreises Fürstfeldbruck Thomas Karmasin auf dem Fliegerhorst Fürstfeldbruck eine Gedenkveranstaltung mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seinem israelischen Amtskollegen Isaac Herzog statt.

Bundespräsident Steinmeier bat bei dem zentralen Gedenken um Vergebung für den mangelnden Schutz der israelischen Geiseln und die unzureichende Aufklärung nach dem Attentat: „Ich bitte Sie als Staatsoberhaupt dieses Landes und im Namen der Bundesrepublik Deutschland um Vergebung für den mangelnden Schutz der israelischen Athleten damals bei den Olympischen Spielen in München und für die mangelnde Aufklärung danach; dafür, dass geschehen konnte, was geschehen ist“, sagte Steinmeier. Weiter führte das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik aus: „Das Bemühen von 1972, Deutschland als friedfertige, freundliche Demokratie zu zeigen, dieses Bemühen scheiterte in München tragisch. Das Olympische Dorf wurde zur internationalen Bühne für die Attentäter, zur internationalen Bühne für Judenhass und Gewalt. Und genau das hätte niemals geschehen dürfen. [...] Heute, 50 Jahre später, sind noch immer viele, viel zu viele Fragen offen. Die Spiele gingen damals noch am Tag der Trauerfeier weiter: ‚The games must go on.‘ Und auch die Politik tat alles, um so schnell wie möglich zur Tagesordnung überzugehen. Dem Anschlag folgten Jahre und Jahrzehnte des Schweigens, des Verdrängens, Jahre der wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Hinterbliebenen. Jahre der Hartherzigkeit. Auch das ist ein Versagen.“

Israels Präsident Herzog erklärte auf dem Fliegerhorst Fürstfeldbruck, über Jahrzehnte hätten Deutschland und das IOC vermieden, der Ereignisse von 1972 zu gedenken. Der Schmerz der Familien sei durch die „Qual angesichts dieser Gleichgültigkeit“ noch verschlimmert worden. Herzog bedankte sich bei Steinmeier für dessen „mutige und historische Rede“. Die Entscheidung, Verantwortung zu übernehmen, sei „Teil der Heiligung des Guten sowie des Triumphes über das Böse“.

Am 5. September 1972 hatte ein Kommando der palästinensischen Terrorgruppe Schwarzer September Mitglieder der israelischen Mannschaft im Münchner Olympiadorf als Geiseln genommen.

Der Schwarze September war 1971 innerhalb der 1959 von Jassir Arafat in der ägyptischen Hauptstadt Kairo ins Leben gerufenen Fatah (Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas) gegründet worden. Inoffiziell galt der Schwarze September als terroristischer Arm der Fatah-Führung. Kopf der Terrorgruppe war Ali Hassan Salameh (Deckname Abu Hassan). Dessen Vater, Sheikh Hassan Salameh, war einer der fünf Führer des Araberaufstandes von 1936 bis 1939 gegen die britische Fremdherrschaft und ihre Politik der Ansiedlung von Juden in Palästina. Zugleich diente Sheikh Salameh als rechte Hand des Großmuftis von Jerusalem Mohammed Amin al-Husseini. Der NS-Kollaborateur al-Husseini führte seine Abstammung auf den Propheten Mohammed zurück. Zwischen dem islamistischen Führer und dem nationalsozialistischen Deutschland herrschte Einigkeit über die Vertreibung der Juden. Hitler wiederum wollte die antisemitische „arabische Freiheitsbewegung“ für deutsche Ziele im Nahen Osten einspannen. Sheikh Salameh, der 1941 aus dem Irak nach Deutschland geflohen war, sprang am 6. Oktober 1944 als Angehöriger eines Sonderkommandos der Waffen-SS im Rahmen des Unternehmens Atlas über Palästina ab. 1947 gelang es ihm, Waffen des Deutschen Afrikakorps aus einem Geheimdepot in der ägyptischen Wüste nach Palästina zu schmuggeln.

Enge Kontakte zu al-Husseini pflegte auch der 1915 geborene Schweizer Francois Genoud. Der Bankier und zeitlebens fanatische Nationalsozialist finanzierte die Rechtsbeistände von Adolf Eichmann und Klaus Barbie und gehörte seit 1969 zu den Geldgebern des internationalen Terrorismus. Genoud soll Ali Hassan Salameh 1972 die medizinische Hilfe in einer privaten Klinik in Lausanne ermöglicht haben, so Informationen des gemeinnützigen antirassistischen US-amerikanischen Southern Poverty Law Center.

In München wollten die Terroristen 328 Gefangene, überwiegend Mitglieder gewaltbereiter palästinensischer Gruppen, aber auch die RAF-Terroristin „Ulrika“ (= Ulrike Meinhof) und Kozo Okamoto von der Japanischen Roten Armee, freipressen. Die dilettantische Befreiungsaktion der deutschen Sicherheitskräfte auf dem Fliegerhorst Fürstfeldbruck scheiterte. Beim Attentat ließen elf Mitglieder des israelischen Olympiateams, David Mark Berger (Gewichtheber), Ze'ev Friedman (Gewichtheber), Yossef Gutfreund (Ringer-Kampfrichter), Josef Romano (Gewichtheber), André Spitzer (Fecht-Trainer), Amitzur Schapira (Leichtathletik-Trainer), Kehat Shorr (Schützen-Trainer), Mark Slavin (Ringer),

Yakov Springer (Gewichtheber-Kampfrichter) und Mosche Weinberg (Ringer-Trainer) sowie der bayerische Polizist Anton Fliegerbauer ihr Leben, ebenso wie fünf palästinensische Terroristen. Die Hinterbliebenen aus Israel kämpften jahrzehntelang erfolglos um eine Entschädigung, eine Entschuldigung und um eine historische Aufarbeitung. Erst kurz vor der Gedenkveranstaltung für die Opfer einigten sich die Hinterbliebenen der israelischen Opfer mit der Bundesregierung auf eine Entschädigung in Höhe von 28 Millionen Euro. Zudem soll eine israelisch-deutsche Historikerkommission das damalige Geschehen und den Umgang mit ihm umfassend aufarbeiten. Diese muss auch eine Antwort auf die Frage des Bundespräsidenten in Fürstfeldbruck suchen: „Was waren die genauen Verbindungen der Täter zu deutschen Rechtsextremisten?“

Die Tatsache, dass die palästinensischen Attentäter Unterstützung von deutschen Neonazis hatten, ist bis heute nur wenig in der Öffentlichkeit bekannt. Und diese Liaison ging so: Willi Pohl (Jg. 1944), der heute auf dem Land in Niedersachsen lebt und seit Jahren unter dem Namen Willi Voss erfolgreicher Krimi-Autor ist, lernte 1969 im Gefängnis im nordrhein-westfälischen Werl den 1941 geborenen Neonazi Udo Albrecht kennen. Der DDR-Flüchtling Albrecht, später Mitglied der 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG Hoffmann), hatte sich seit Mitte der 1960er Jahre der deutsch-arabischen Freundschaft verschrieben. Sein Feindbild: Juden und der Staat Israel. Für ägyptische Verbindungsleute warb Albrecht in Deutschland ein Hilfscorps Arabien an – insbesondere beim rechtsextremen Bund Heimattreuer Jugend (BHJ). 1970 kämpfte Albrecht selbst mit palästinensischen Kämpfern in Jordanien gegen König Husseins Armee. Albrecht unterhielt seit Ende der 1960er Jahre engste Beziehungen zu Funktionären der Fatah. Er versuchte wiederholt, deutsche Rechtsextremisten im Nahen Osten paramilitärisch ausbilden zu lassen, so der Verfassungsschutzbericht des Bundes 1981. Ende 1975 war ein Versuch Albrechts gescheitert, drei Neonazi-Aktivistinnen über Jugoslawien zur Ausbildung in PLO-Lagern in den Libanon zu schleusen. 2020 wurde die Fahndung nach dem seit 1981 untergetauchten Albrecht, der als eine Art Brückenkopf der PLO in Europa fungierte, eingestellt.

Im Frühjahr 1972 bekam Pohl, dessen Vater bei der Waffen-SS gewesen war, einen Brief aus Beirut, ob er jemanden treffen könne, der Unterstützung in der Bundesrepublik braucht. Dabei handelte es sich um den 1937 in Jerusalem geborenen Mohammed Oudeh, Deckname Abu Daoud, den Organisator des Olympia-Attentats. Zu einem ersten Treffen kam es im Juni 1972 in der Dortmunder Kneipe ‚Die alte Zeit‘. Das Treffen wurde von der Dortmunder Kriminalpolizei beobachtet. Knapp zwei Monate vor dem Attentat in München, im Juli 1972, übermittelte diese ein Fernschreiben an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), in dem sie nach Erkenntnissen des Geheimdienstes fragte. In der Betreffzeile hieß es: „Vermutlich konspirative Tätigkeit palästinensischer Terroristen“. Hingewiesen wurde auf das konspirative Treffen von Daoud mit Pohl. Neben dem BfV informierte die Dortmunder Kriminalpolizei auch Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt (BKA). Der mit Geld ausgestattete Palästinenser ließ sich nach dem Erstkontakt in Dortmund von nun an von Pohl quer durch die Republik zu konspirativen Treffen fahren. Als die Frage nach einem Dokumentenfälscher im Raum stand, empfahl Udo Albrecht per Kassiber aus dem Knast Wolfgang Abramowski. Gemeinsam mit Abramowski reiste Pohl Ende Juli 1972 über Rom in den Libanon. In Beirut fälschten sie für die PLO Pässe. Während des Olympia-Attentats hielt sich Pohl in Österreich auf.

Pohl überbrachte nach dem Debakel in Fürstfeldbruck Albrechts Rechtsanwalt Wilhelm Schoettler im nordrhein-westfälischen Recklinghausen Vollmachten, damit er die drei inhaftierten Terroristen des Schwarzen September vertreten konnte. Der rechtsextreme Szene-Anwalt Schoettler, Ehrenpräsident der vom Altnazi Erwin Schönborn gegründeten Deutsch-Arabischen Gemeinschaft, verteidigte die Palästinenser aktivistisch, indem er Kassiber der Terroristen transportierte. Im Positionspapier Der Nahost-Friedensplan der Deutsch-Arabischen Gemeinschaft aus den 1970er Jahren wird postuliert: „Von folgenden Voraussetzungen wird ausgegangen: 1.) Der auf arabischem Territorium durch Bruch der ‚Balfour-Deklaration‘ widerrechtlich in Palästina errichtete Staat ‚Israel‘ ist ein Pfahl im Fleisch der arabischen Welt. 2.) Solange der Staat ‚Israel‘ besteht, kann es keinen Frieden im Vorderen Orient geben. 3.) Frieden ist dort nur möglich, wenn der Staat ‚Israel‘ aufgelöst und das Territorium Palästina an die rechtmäßigen Besitzer, die Palästinenser zurückgegeben wird, damit dort der Staat Palästina wiedererrichtet werden kann.“

Willi Pohl plante Aktionen, um die inhaftierten Terroristen des Schwarzen September freizupressen. Informationen der Wochenzeitung DIE ZEIT zufolge erwog Pohl einen Doppelschlag zu Weihnachten 1972 gegen den Kölner Dom und den Stephansdom in Wien. Waffen für Aktionen in der Bundesrepublik sollten Fatah-Kuriere nach Madrid schaffen. Pohl sollte sie nach Deutschland holen und deponieren. Im Gegenzug kassierte er tausende US-Dollar. Zur Rekrutierung von Freiwilligen für den Kampf in Jordanien suchte Pohl den Neonazi Karl Jochheim-Armin von der Nationalen Front (NF) auf. Jochheim, den Zweitnachnamen Armin hatte er sich nach dem „Germanien-Befreier“ Arminius zugelegt, ein frühes NSDAP-Mitglied, später KZ-Häftling, zeitweilig auch in der Strafanstalt

Bruchsal und im benachbarten Kislau inhaftiert, war nach 1945 an der Gründung mehrerer rechts-extremer Gruppierungen beteiligt. Doch als die beiden in dessen Gartenhaus in München Pläne schmiedeten, vor Ort war auch Abramowski, stürmte die Polizei am 27. Oktober 1972 das Anwesen. Beschlagnahmt wurden unter anderem drei Schnellfeuerwaffen, Marke Kalaschnikow, sechs Magazine, 174 Schuss Munition, zwei Pistolen, ein Revolver und sechs Handgranaten. Die Handgranaten stammten, wie es in einem Polizeibericht heißt, aus einer „äußerst seltenen Fabrikation“: Belgische Granaten mit schwedischem Sprengstoff, die nur für Saudi-Arabien produziert worden waren. Einen baugleichen Sprengkörper hatten die PLO-Terroristen in Fürstfeldbruck zur Detonation gebracht.

Im April 1974 wurde Pohl wegen illegalen Waffenbesitzes zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt und wenige Tage später vorzeitig entlassen. Die Ermittlungen wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung waren zuvor im Sande verlaufen. Nach seiner Entlassung konnte er sich postwendend nach Beirut absetzen. In die Pläne der Olympia-Attentäter wollte Pohl nicht eingeweiht gewesen sein.

Der Verhaftung vorausgegangen war der Verrat durch einen Neonazi der Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland (NSKG). Die 1971 gegründete und 1973 verbotene NSKG war laut dem 1991 verstorbenen Neonazi-Führer Michael Kühnen „eine militante Untergrundorganisation, die auf einen bewaffneten Umsturz abzielte.“ Bei den Mitgliedern der Hitler-treuen NSKG („Satzung und Programm der NSDAP sind für uns voll gültig.“) wurden umfangreiche Waffenlager aufgefunden. Nach dem Grundsatz: „Nicht die Methode, sondern der Erfolg ist entscheidend“ stellte die NSKG die Arbeitsweise der Baader-Meinhof-Gruppe und den „Schlag der palästinensischen Freiheitsbewegung gegen Agenten des jüdischen Geheimdienstes während der heiteren Spiele in München“ besonders heraus, notierte der Verfassungsschutzbericht 1972 des Bundes. Aus der nordamerikanischen Auslandsorganisation der NSKG ging laut Kühnen die „bedeutendste NS-Untergrundbewegung der Nachkriegszeit“, die in den USA ansässige NSDAP/AO, hervor.

Anlässlich der Verurteilung von Pohl bezeichnete die Jewish Telegraphic Agency ihn 1974 als „former friend of Horst Mahler“. Mahler, Gründungsmitglied der eng mit palästinensischen Terrororganisationen verbandelten linksterroristischen RAF, hielt sich 1970 mit Gesinnungsgenossen zur paramilitärischen Ausbildung bei Palästinensern in Jordanien auf. Dort trafen sie auch Ali Hassan Salameh, der 1979 vom Mossad in Beirut in seinem Auto in die Luft gesprengt wurde. Nach dem Münchner Attentat führte Mahler am 9. Oktober 1972 aus: „Die mutige Kommandoaktion der Opferbereiten des ‚Schwarzen September‘ gegen die israelische Olympiamannschaft im besonderen und gegen die Olympiade als imperialistische KdF-Show im allgemeinen ist vollendeter Ausdruck“ einer „strategischen Linie.“ Der heutige Hitler-Verehrer und militante Antisemit sprach weiter von einer „Symbiose von Zionismus und Imperialismus“.

In seiner Autobiografie „Palästina: Von Jerusalem nach München“ bezeichnete Abu Daoud, der Hauptverantwortliche für den Angriff auf das israelische Olympiateam 1972, den heutigen Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmud Abbas, als „den Finanzier unserer Operation“. Abbas war seit 1968 Generalsekretär des Exekutiv-Komitees der PLO und Mitglied im Palästinensischen Nationalrat (PNC).

<https://www.tagesschau.de/inland/gedenken-olympia-attentat-101.html> /
eingesehen am 7. September 2022

<https://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2022/220905olympiaattentat/>
eingesehen am 7. September 2022

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundespraesident-dr-frank-waltersteinmeier-2122956> / eingesehen am 7. September 2022

<https://www.splcenter.org/fighting-hate/intelligence-report/2002/national-alliance-holocaust-deniers-react-911-attacks> / eingesehen am 7. September 2022

<https://www.jta.org/archive/two-sentenced-in-terrorist-trial> / eingesehen am 7. September 2022

Felix Bohr, Gunther Latsch, Klaus Wiegrefe: Braune Hilfe, in: DER SPIEGEL 25/2012 (18.06.2012), S. 32–35

Thomas Riegler: Schwarzer September. Aufstieg des internationalen Terrorismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 36/2022 (02.09.2022), S. 12–18

Michael Sontheimer: Gemeinsam gegen Israel. Die Olympia-Attentäter wurden in der Bundesrepublik von Rechtsradikalen unterstützt. Willi Pohl war einer von ihnen, in: DIE ZEIT, 32/2022 (04.08.2022), S. 17

Juli

Baden-Württemberg: Braune Holzprodukte aus dem Schwarzwald

Bei der Stichworteingabe „Holz – Gravur – Schwarzwald“ in diversen Suchmaschinen wird man auf die Homepage <https://holz-laser-gravur.shop/> verwiesen. Einladend heißt es dort: „Wir sind dein persönlicher Ansprechpartner für Lasergravuren im Internet. Unser Sortiment wird stets erweitert und wir wünschen Dir viel Spaß beim stöbern in unserem Versand. Bei uns findest du Lasergravuren zu den verschiedensten Themenbereichen. [...] Wir bieten hauptsächlich diverse Holz-Unikate mit verschiedenen Lasergravuren an. Zum Beispiel Motive, Schriftzüge und Logos. Mitunter können wir auch Schiefer und Leder lasern. Bis auf Hartmetalle ist fast alles möglich. Der Name Holz Laser Gravur ist darauf zurückzuführen, da wir sehr gerne mit Naturmaterialien arbeiten. Selbstverständlich fertigen wir auch einzigartige Geschenke nach Kundenwunsch an, um dir oder deinen Liebsten ein ganz persönliches Geschenk machen zu können.“ Einige Zeilen weiter heißt es im angesagten Öko-Bio-Stil: „Unsere Holzprodukte werden nach der Gravur ausschließlich mit Bio Ölen, Wachse und Polituren behandelt. Dies schont sowohl das Holz und macht es länger haltbar. Außerdem schützt dies auch vor Feuchtigkeit. Wir achten sehr auf nachhaltige Produkte und verzichten auf Chemie. Wir versuchen die Rohmaterialien möglichst regional zu beziehen. Vorausgesetzt die Möglichkeit besteht. Dabei setzen wir auch auf Holzprodukte aus zertifizierter Forstwirtschaft aus dem Schwarzwald.“

Betreiber des Kleinunternehmens Holz Laser Gravur im Schwarzwald ist Ralph Kästner im badischen St. Georgen. Kästner, rechtskräftig wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung verurteilt, war zeitweilig Betreiber des Neonazi-Portals Altermedia Deutschland. Auf dem Internetportal wurden Morddrohungen verbreitet, Menschen mit Ungeziefer gleichgesetzt und der Holocaust geleugnet. Am 11. September 2021 war Kästner Vortragsredner beim Sommerfest des NPD-Kreisverbands Karlsruhe. Der „nationale Aktivist“ Kästner, sprach „von seinen (noch nicht lange zurückliegenden) Hafterfahrungen“, so die rechtsextremen Nationaldemokraten.

Im Online Shop von Holz Laser Gravur findet man z.B. unterschiedlichste Varianten des in der rechtsextremen Szene beliebten Thorshammers, Symbol des germanischen Donnergottes Thor. In der Rubrik „Verweise und Partner“ wird unter anderem der rechtsextreme Lühe-Verlag in Berlin (s. RECHTS.GESCHEHEN 4, S. 13) verlinkt.

Homepage Holz Laser Gravur / eingesehen am 8. November 2022

Homepage NPD Baden-Württemberg / eingesehen am 1. Oktober 2022

Baden-Württemberg: Bundesanwaltschaft ermittelt gegen Reichsbürger

Im Fall des mutmaßlichen Reichsbürgers Manfred J. (Wintersweiler), der in der Nacht zum 8. Februar in Efringen-Kirchen (Kreis Lörrach) einen Polizisten absichtlich angefahren hatte (s. RECHTS.GESCHEHEN 3, S. 29), hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. Die Bundesanwaltschaft, unmittelbar zuständig für Delikte wie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, kann auch weitere Straftaten verfolgen, etwa die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Der Mann ist der Polizei bereits wegen Taten mit politischem Hintergrund bekannt. Von Anfang bis Mitte 2021 fiel er bei Polizeikontrollen zur Einhaltung von Corona-Maßnahmen durch Beleidigungen politischen Inhalts auf. In diesem Zusammenhang wurde er angeklagt und in einem Fall zu einer Geldstrafe verurteilt.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/umgefahren-er-polizist-in-efringen-kirchen-versuchter-mord-100.html> / eingesehen am 9. Februar 2022

<https://www.verlagshaus-jaumann.de/inhalt.kreis-loerrach-reichsbuerger-bundesanwalt-ermittelt.fa6f7749-8cc7-44d6-82c1-163a329d9a99.html> / eingesehen am 3. Juli 2022

Baden-Württemberg: Hasskriminalität im Südwesten steigt weiter

Die Zahl von Hassdelikten sowie von jüdenfeindlichen Straftaten in Baden-Württemberg steigt weiter an. Das Innenministerium verzeichnete im ersten Quartal 2022 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum einen Anstieg der Fallzahlen bei der Hasskriminalität von 123 auf 144 Fälle. Die meisten Fälle werden dem politisch rechten Spektrum zugeordnet. Auch gegen Jüdinnen und Juden gerichtete Hasskriminalität hat zuletzt in Baden-Württemberg zugenommen. Im vergangenen Jahr stiegen antisemitisch motivierte Straftaten im Südwesten von 228 (2020) auf 337 Fälle – ein Zuwachs von fast 50 Prozent. Im ersten Quartal 2022 wurden 59 antisemitische Straftaten verzeichnet – ebenfalls mehr als im ersten Quartal 2021 (55). Bei Hasskriminalität handelt es sich nach einer bundeseinheitlichen Definition um politisch motivierte Straftaten, die auf Vorurteilen beruhen.

Diese beziehen sich etwa auf die Hautfarbe, das äußere Erscheinen oder die sexuelle Orientierung. Ziel solcher Straftaten sei es, die Opfer zu erniedrigen und von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen. Antisemitische Straftaten sind nach Angaben des Innenministeriums eine Teilmenge der Hasskriminalität.

<https://meinka.de/hasskriminalitaet-in-baden-wuerttemberg-steigt-weiter-und-weiter/>
eingesehen am 2. November 2022

Nordrhein-Westfalen:
**Sprenstoffanschlag auf Partei-
büro der LINKEN in Oberhausen**

In der Nacht zum 5. Juli gab es in Oberhausen eine Explosion am Parteibüro der LINKEN. Dabei wurde das Büro verwüstet. Nach Angaben der Linksfraktion hatte es in den vorhergehenden Wochen immer wieder Drohbriefe aus der rechtsextremen Szene gegeben. Laut Medien-Informationen hat die Polizei Hinweise auf einen selbst gebastelten Sprengsatz mit Blitzsprengstoff gefunden.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/explosion-im-partebuero-der-linken-oberhausen-100.html> / eingesehen am 5. Juli 2022

Bundesweit:
**Melde- und Informationsstelle
Antiziganismus (MIA) in Berlin
eingerrichtet**

Anfeindungen und Übergriffe gegen Sinti und Roma sollen künftig bundesweit systematisch erfasst werden. Die dafür geschaffene Meldestelle nahm am 5. Juli in Berlin die Arbeit auf. Studien zufolge sind Vorurteile gegen Sinti und Roma weit verbreitet. So lehnt etwa jeder zweite Sinti und Roma in der Nachbarschaft ab. Mit der neu eingerichteten Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) werden erstmals antiziganistische Vorfälle systematisch erfasst, dokumentiert und ausgewertet. 2020 nahm der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus die Forderung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma nach der Einrichtung einer solchen Struktur in seinen Maßnahmenkatalog auf. Unter Bundesminister Horst Seehofer wurde die Entscheidung zur Einrichtung von MIA getroffen. Seit 2021 wird MIA vom Innenministerium als unabhängiges zivilgesellschaftliches Projekt gefördert. Damit folgte die Bundesregierung einer der zentralen Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, deren Abschlussbericht im Juli 2020 vorgestellt wurde. Antiziganismus äußert sich in Hasskriminalität, Beleidigungen oder Diskriminierungen durch Personen oder Institutionen. Alle Formen von Antiziganismus werden von MIA berücksichtigt. Ein besonderer Schwerpunkt wird die Erfassung von antiziganistischen Vorfällen im Internet und in den Sozialen Medien sein.

MIA | Melde- und Informationsstelle Antiziganismus: <https://www.antiziganismus-melden.de/>
eingesehen am 5. Juli 2022

<https://zentralrat.sintiundroma.de/die-bundesweite-melde-und-informationsstelle-antiziganismus-mia-startet-in-berlin/> / eingesehen am 5. Juli 2022

Hamburg / Bayern /
Baden-Württemberg:
**Razzien gegen antisemitische
Telegram-Kanal-Hetzer**

Judenhass, gezielte Hetze und antisemitische Kommentare: Mehr als 1.000 Abonnenten aus ganz Deutschland gehörten dem im September 2020 erstellten Telegram-Kanal Jewrassic Liars an. Am 6. Juli durchsuchte die Polizei in diesem Zusammenhang Objekte in Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg (Tettwang). Beschuldigt werden drei Männer und drei Frauen im Alter von 39 bis 58 Jahren. Sie sollen als Mitglieder des Telegram-Kanals in großem Umfang volksverhetzende Inhalte verbreitet, Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet sowie gegen jüdische Bürger und Bürgerinnen gerichtete Straftaten begünstigt haben.

<https://www.rnd.de/panorama/antisemitischer-telegram-kanal-jewrassic-liars-razzien-in-mehreren-staedten-IAQHKZTJNA3TGBHMLCS37OFHGM.html> / eingesehen am 6. Juli 2022

Baden-Württemberg:
**Einstufung als Rechtsextremist
begründet für sich genommen
keine waffenrechtliche Unzuver-
lässigkeit**

Die Einstufung als Rechtsextremist durch den Verfassungsschutz reicht für sich genommen nicht aus, eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 des Waffengesetzes (WaffG) zu begründen. Das Sympathisieren mit einer rechtsextremen Vereinigung lässt nicht den Schluss auf eine etwaige Gewaltbereitschaft zu. Dies hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg am 4. Juli entschieden.

Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Beschluss vom 4. Juli 2022 (6 S 988/22)
<https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=VGH%20Baden-W%FCrttemberg&Datum=04.07.2022&Aktenzeichen=6%20S%20988/22> / eingesehen am 4. Juli 2022

Bundesweit:
**Nein-Stimme von AfD-MdB
 Christina Baum**

Am 8. Juli hat der Bundestag mit breiter parlamentarischer Unterstützung grünes Licht für den Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands gegeben. Zustimmung kam auch von der AfD-Fraktion. „Auch wir akzeptieren den Wunsch Schwedens und Finnlands, der Nato beizutreten“, sagte der AfD-Bundestagsabgeordnete Alexander Gauland, Ehrenvorsitzender seiner Partei. Die AfD-Fraktion stimmte der Regierungsvorlage mit großer Mehrheit zu. Eine Nein-Stimme kam von der baden-württembergischen AfD-Abgeordneten Christina Baum. Sie kritisierte die Nato-Vergrößerung als „Provokation für Russland“.

<https://www.youtube.com/watch?v=En1NulE-wSI> / eingesehen am 8. November 2022

Baden-Württemberg:
**Rechtsextreme Kleinparteien
 in Baden-Württemberg**

Die rechtsextremen Parteien Der III. Weg, Die Rechte und die Neue Stärke Partei haben auch in Baden-Württemberg Mitglieder und Unterstützer. Der III. Weg wurde 2013 unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger NPD-Funktionäre und Aktivisten des 2014 verbotenen Freien Netzes Süd (FNS) in Heidelberg gegründet. Die Rechte hängte im Europawahlkampf 2019 antisemitische und volksverhetzende Plakate in Pforzheim auf. Die Neue Stärke Partei ist die jüngste rechtsextreme Partei, die in Baden-Württemberg aktiv ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz stellte die Gründung dieser Partei in den Kontext der in den letzten Jahren in der rechtsextremen Szene zu beobachtenden Entwicklung der vermehrten Gründung von Parteien.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz konstatierte in einem Bericht, der Schutz durch das Parteienprivileg ermögliche die Umgehung von Vereinsverboten und erleichtere die Durchführung von Veranstaltungen. Zudem dienten Parteien der szeneeinternen Vernetzung sowie der szeneübergreifenden Rekrutierung und erfüllten Logistikzwecke. Dies nahm die Landtagsfraktion der GRÜNEN, namentlich Oliver Hildenbrand, zum Anlass, eine Anfrage an die Landesregierung zum Thema Rechtsextremistische Kleinstparteien in Baden-Württemberg zu stellen.

Laut Stellungnahme des Ministeriums entfalten die in Baden-Württemberg aktiven rechtsextremen Kleinstparteien „trotz ihrer geringen Mitgliederzahl regelmäßig ein hohes Maß an Aktivitäten“ und „generieren auf diese Weise öffentliche Aufmerksamkeit.“ So hat Der III. Weg seit 2019 über 100 Flugblattverteilungen in Baden-Württemberg durchgeführt. Schwerpunkte dieser Aktionen stellten die Städte Reutlingen und Göppingen sowie die Bodenseeregion dar. Seit Dezember 2021 nahmen mehrfach Aktivisten des III. Weges an „Spaziergängen“ gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie teil, darunter in Villingen, Reutlingen, Göppingen, Ulm und Brackenheim. Die Zahl der Mitglieder der Partei Der III. Weg ging über die vergangenen drei Jahre stetig zurück – von 30 Mitgliedern im Jahr 2019, über 20 im Jahr 2020, bis auf 10 im Jahr 2021.

Die im Mai 2012 gegründete Partei Die Rechte führte während des Europawahlkampfes 2019 mehrere Flugblattaktionen und Plakatierungen in der Rhein-Neckar-Region durch. Auch bei der Partei Die Rechte ist die Mitgliederzahl rückläufig. Für die Jahre 2019 und 2020 verzeichnete das LfV noch 105 Mitglieder, im Jahr 2021 nur noch 70.

Auf dem Telegram-Kanal der im Mai 2021 in Erfurt gegründeten Partei Neue Stärke wurde am 5. März 2022 darüber berichtet, dass eine „Abteilung“ in Baden-Württemberg errichtet werden soll. Die Neue Stärke Partei verfügt in Baden-Württemberg erst seit dem 1. Mai 2022 über eine Parteistruktur mit rund zehn Mitgliedern.

Der Antwort ist zu entnehmen, dass Rechtsextremisten verschiedene Strategien der Mitgliederwerbung nutzen. „So werden Soziale Netzwerke im Internet nicht nur zur Kommunikation und Vernetzung genutzt, sondern auch, um neue Sympathisanten und Mitglieder zu werben. [...] Aber auch über Informationsstände in Fußgängerzonen und regelmäßige Flugblattverteilungen sollen mögliche Interessenten und Sympathisanten angesprochen werden. [...] Einen weiteren möglichen Ansatzpunkt zur Rekrutierung neuer Anhänger bieten Computerspiele und die damit verbundene Nutzung von Gaming-Plattformen oder einschlägiger Kommunikationssoftware. Auch diese kann der Anbahnung und Pflege von Kontaktverhältnissen innerhalb der rechtsextremen Szene dienen.“

Antrag des Abg. Oliver Hildenbrand u. a. GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Rechtsextremistische Kleinparteien in Baden-Württemberg, Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17 / 2835 (eingegangen 06.07.2022 / ausgegeben 11.08.2022): https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/2000/17_2835_D.pdf / eingesehen am 8. November 2022

Bundesweit:

Generalbundesanwalt will mehr Reichsbürger-Fälle übernehmen

Generalbundesanwalt Peter Frank will mehr Fälle aus der Reichsbürger-Szene übernehmen. Deren Anhängerinnen und Anhänger seien zunehmend gewaltbereit und setzten auch Schusswaffen ein, sagte Frank in Karlsruhe. Das zeige, „dass wir da jetzt voranschreiten müssen“. Frank sagte weiter: „Ungeachtet für wie befremdlich, fernliegend oder gar abstrus man die jeweils dort zugrundeliegende Weltanschauung hält: Es wäre fahrlässig, die davon ausgehenden Gefahren abzutun.“ Hier werde deutlich, mit welcher Gewaltbereitschaft einige die freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen wollten. Frank verwies auf einen Einsatz im baden-württembergischen Boxberg im April, als ein mutmaßlicher Reichsbürger auf einen Polizisten geschossen hat. Am 19. Oktober 2016 eröffnete bei einer gerichtlich angeordneten Durchsuchungsaktion des Landratsamtes bei dem 49-jährigen Reichsbürger Wolfgang P. im fränkischen Georgensgmünd (Landkreis Roth) dieser sofort das Feuer auf die Polizisten. Dabei wurden vier SEK-Beamte verletzt. Einer der Verletzten, ein 32-jähriger, musste den Einsatz mit seinem Leben bezahlen.

<https://www.berliner-zeitung.de/news/generalbundesanwalt-reichsbuerger-werden-immer-gewaltbereiter-li.245696> / eingesehen am 11. Juli 2022

Europäische Union / Belgien / Bundesrepublik / Baden-Württemberg:
Erzberger Room im Europäischen Parlament eingeweiht

Der Raum ASP 3E-2 des Europäischen Parlaments (EP) in Brüssel wurde am 12. Juli nach Matthias Erzberger, dem von Rechtsterroristen ermordeten Politiker aus Buttenhausen, einem Ortsteil der Stadt Münsingen, benannt. Der katholische Zentrumspolitiker Erzberger war am 26. August 1921 im Schwarzwald bei einem Spaziergang mit dem Reichstagsabgeordneten Carl Diez am Kniebis, der Bergkuppe nordöstlich von Griesbach, ermordet worden. Der gebürtige Schwabe Erzberger war der Politiker, der den Ersten Weltkrieg durch seine Unterschrift unter den Waffenstillstandsvertrag beendete und sich danach vehement für die Annahme des Versailler Vertrags einsetzte. Der Finanzminister und Vizekanzler der Weimarer Republik war der erste Repräsentant der ersten deutschen Demokratie, der einem politischen Mord zum Opfer fiel. 376 politische Morde wurden zwischen Januar 1919 und Juni 1922 reichsweit gezählt, davon wurden 354 durch rechtsextreme Täter ausgeübt. Unter den Ehrengästen bei der feierlichen Einweihung des Matthias Erzberger Saals im Europäischen Parlament war der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann. Kretschmann betonte in seiner Ansprache die Bedeutung Erzbergers – nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Demokratie. Auch der stellvertretende baden-württembergische Ministerpräsident und Minister des Inneren Thomas Strobl nahm an der Veranstaltung teil. 2021 war im baden-württembergischen Innenministerium anlässlich des 100. Todestages ein Raum nach Erzberger benannt worden.

<https://www.eppgroup.eu/newsroom/events/inauguration-of-meeting-room-matthias-erzberger/> / eingesehen am 10. Juli 2022

<https://www.mdep.de/2022/07/14/feierliche-einweihung-des-matthias-erzberger-saals-im-europaeischen-parlament/> / eingesehen am 10. Juli 2022

Vor 100 Jahren wurde Matthias Erzberger von Rechtsterroristen erschossen, in: RECHTS.GESCHEHEN 1, S. 9f: https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/RECHTS.GESCHEHEN_1.pdf

Europa / Bundesrepublik:
Europa droht weiterhin Gefahr durch Rechtsterrorismus

Die Terrorismusgefahr in Europa ist nach einem Europol-Bericht nach wie vor groß, so der EU-Terrorismus-Bericht 2022, den Europol am 13. Juli in seinem Hauptquartier im niederländischen Den Haag vorlegte. Europol ist die Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union. Die Behörde unterstützt die 27 EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung schwerer Formen der internationalen Kriminalität und des Terrorismus.

Radikale Gruppen aus fast allen religiösen oder politischen Richtungen missbrauchen nach Beobachtung der Europol-Experten die Corona-Pandemie als Rechtfertigung für Extremismus und Propaganda. Der Bericht nennt als Beispiele „Verschwörungstheorien über den Ursprung von Covid-19, Falschinformation über Impfungen und die Unterstellung von Massen-Überwachungen durch die Behörden“. Die größte Gefahr geht nach wie vor von Einzeltätern mit dschihadistischem oder rechtsextremem Hintergrund aus. Rechtsterroristen nutzten oft Gaming-Plattformen, um ihre Propaganda an junge Leute weiterzugeben. Gefahren drohen Europa auch von Gegnern der Corona-Maßnahmen, so die Angaben des europäischen Polizeiamts. In mehreren EU-Staaten wurden Gewalttaten von Corona-Gegnern registriert. Das reichte von offenen Bedrohungen bis zu Gewalt gegen Politiker, Regierungsvertreter, Polizisten, Mitarbeiter des Gesundheitssystems oder Test- und Impfzentren. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass sich während der Pandemie Einzeltäter noch leichter radikalisierten oder sogar für terroristische Taten rekrutiert werden konnten:

„Durch soziale Isolation und mehr Zeit online, verstärkten sich die Risiken von gewalttätiger, extremistischer Propaganda und terroristischen Inhalten gerade bei jungen Leuten und Minderjährigen“, heißt es in dem Bericht. Risiken sehen die Experten auch durch die Entwicklungen des Ukraine-Krieges: Es hätten sich bereits Extremisten aus den EU-Staaten den Kämpfern auf beiden Seiten angeschlossen. Von heimkehrenden Kämpfern könnte eine Gefahr ausgehen, erklärt Europol.

<https://www.europol.europa.eu/publications-events/main-reports/eu-terrorism-situation-and-trend-report> / eingesehen am 20. Juli 2022

Brandenburg:

20. Todestag von Marinus Schöberl

Der 16-jährige Marinus Schöberl, blond gefärbte Haare und Träger von Hip-Hop-Kleidung, wurde am 12. Juli 2002 von drei Neonazis in einer Wohnung im brandenburgischen Potzlow stundenlang beschimpft und misshandelt. Anschließend wurde er zu einem Schweinestall gebracht und weiter malträtirt. Nach der Quälerei wurde das Opfer schließlich am Morgen des 13. Juli mit einem „Bordsteinkick“ ermordet. Marinus wurde gezwungen, in die Steinkante eines Schweinetroges zu beißen. Anschließend war einer der Täter dem Jungen mit seinen stahlkappenbewehrten Stiefeln auf den Kopf gesprungen. Auf Anregung seines Bruders warf dieser dann einen Gasbetonstein auf den Kopf des Schwerverletzten, um ihn zu töten. Die Leiche von Marinus wurde im November 2002 in einer Jauchegrube gefunden. Die beiden 17-jährigen und der 23-jährige Täter hatten Schöberl für „minderwertig“ gehalten, weil er Sprachschwierigkeiten hatte und mit seinem Hip-Hop-Outfit nicht ihrem Geschmack entsprach. Die Täter hatten den ihnen bekannten Marinus auch gezwungen, sich als „Jude“ zu bekennen und ihn auf diese Weise in ihren Augen zu einem „absolut Fremden“ erklärt.

<https://todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/marinus-schoeberl> / eingesehen am 13. Juli 2022

Baden-Württemberg:

Verfassungsschutz beobachtet die AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) wird in Zukunft vom baden-württembergischen Verfassungsschutz beobachtet, da sie unter dem Verdacht steht, rechtsextreme Bestrebungen zu verfolgen. Bislang waren im Südwesten lediglich die AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) und der rechtsnationale Flügel der Partei nachrichtendienstlich beobachtet worden.

„Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg bearbeitet den AfD-Landesverband im Phänomenbereich Rechtsextremismus nun als Beobachtungsobjekt – als Verdachtsfall. Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die den Verdacht begründen, dass die AfD eine rechtsextremistische Bestrebung ist, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet“, gab Innenminister Thomas Strobl bekannt. „Hintergrund dieser Entscheidung des Landesamts für Verfassungsschutz ist die gerichtlich bestätigte Erhebung der Gesamtpartei der AfD zum Beobachtungsobjekt durch das Bundesamt für Verfassungsschutz im März 2021. Diese hat auch Auswirkungen auf die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Denn der baden-württembergische AfD-Landesverband kann nicht isoliert vom Bundesverband der Partei betrachtet werden“, erklärte Beate Bube, Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Im März 2021 hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) dem Verfassungsschutzverbund mitgeteilt, dass es die Gesamtpartei AfD zum rechtsextremen Verdachtsfall erhoben hat. Maßgeblich für die Entscheidung des Bundesamts und deren Bestätigung durch das Verwaltungsgericht Köln im März 2022 (s. RECHTS.GESCHEHEN 3, S. 37) waren der Einfluss des formal aufgelösten Flügels sowie der Jungen Alternative auf die Partei. Unter anderem der dort vertretene ethnisch homogene Volksbegriff steht im Widerspruch zu zentralen Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, so der Inlandsgeheimdienst.

Mit der Einstufung als Beobachtungsobjekt darf der Verfassungsschutz nachrichtendienstliche Mittel einsetzen. AfD-Co-Parteichefin Alice Weidel kündigte juristische Schritte dagegen an. „Die Einstufung der AfD Baden-Württemberg als Beobachtungsobjekt ist vollkommen ungerechtfertigt und ein reiner Willkürakt“, sagte Weidel, die zu diesem Zeitpunkt auch noch AfD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg war. Die AfD als regierungskritische Oppositionspartei solle offensichtlich mundtot gemacht werden, so Weidel.

<https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Verfassungsschutz+Baden-Wuerttemberg+beobachtet+die+AfD/> eingesehen am 14. Juli 2022

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/verfassungsschutz-beobachtet-afd-bw-100.html> eingesehen am 14. Juli 2022

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/verfassungsschutz-baden-wuerttemberg-beobachtet-die-afd-1/> eingesehen am 14. Juli 2022

Kleine Anfrage der Abg. Dr. Boris Weirauch, Sascha Binder und Jonas Weber SPD und Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Auswirkungen der Entscheidung des Landesamts für Verfassungsschutz, die AfD unter Beobachtung zu stellen, Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17 / 2948 (eingegangen 26.07.2022 / ausgegeben 30.08.2022): https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/2000/17_2948_D.pdf / eingesehen am 8. November 2022

**Baden-Württemberg:
Keine Erinnerung in Böblingen**

Bis heute erinnert in der württembergischen Stadt Böblingen nichts, kein Straßename, kein Hinweis auf der städtischen Homepage, an den vor 70 Jahren verstorbenen Botho Elster (1894–1952). Auf diesen Sachverhalt macht die Sommerausgabe der Zeitschrift des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aufmerksam.

Generalmajor Elster befahl 1944 die größte Kapitulation an der Westfront und rettete somit viele Leben. Elster hatte ab Sommer 1944 das Kommando über die „Fußmarschgruppe Süd“ inne. Die im südwestlichen Frankreich eingesetzte Fußmarschgruppe, ein Sammelsurium aller möglichen Waffengattungen, sollte sich in Richtung Heimat bewegen, dabei Brücken, Fabriken, Infrastruktureinrichtungen in die Luft sprengen und in der Heimat weiterkämpfen. Dies ließ Elsters Gewissen nicht zu. Am 16. September kapitulierte er entgegen allen Befehlen der Wehrmachtsführung an der Loirebrücke von Beaugency (Großraum Orleans) mit seiner knapp 20.000 Mann starken Marschgruppe vor amerikanischen Einheiten, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Damit bewahrte er vermutlich Tausende deutsche Soldaten und französische Zivilisten vor dem Tod. In Abwesenheit wurde Elster am 6. März 1945 vom 1. Senat des Reichskriegsgerichts unter Leitung von Generalrichter Erich Lattmann in Torgau wegen „gefährlicher und falsch verstandener Menschlichkeit“ zum Tode verurteilt. Das Unrechtsurteil wurde erst 1998 per Gesetz aufgehoben.

Als einer der wenigen hohen deutschen Militärs galt Elster nach Beendigung seines Entnazifizierungs-Verfahrens als unbelastet. Der vermeintliche „Vaterlandsverräter“ blieb nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft samt Familie in Böblingen weitgehend isoliert und erfuhr die gleiche Häme wie das Familienumfeld des Widerstandskämpfers Georg Elser. Beruflich fasste er nie wieder richtig Fuß und verzweifelte zusehends an seinem Schicksal. In seiner Heimat ist Elster bis heute praktisch unbekannt geblieben.

Michael Kuckenburg: Befehlsverweigerung rettete Tausende Soldaten. Vor 70 Jahren ist Botho Elster in Böblingen gestorben, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie, Juli 2022 (Nr. 112), S. 31f: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_112-2022.pdf / eingesehen am 8. November 2022

Welf Botho Elster: Die Grenzen des Gehorsams. Das Leben des Generalmajors Botho Henning Elster in Briefen und Zeitzeugnissen, Hildesheim 2005

**Weltweit:
UNESCO: Die Hälfte der Holocaust-bezogenen Inhalte auf Telegram leugnet oder verdreht die Fakten**

Im Rahmen ihres Plans zur Bekämpfung der Leugnung und Verzerrung des Holocausts haben die UNESCO und die Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Weltkongress (WJC) am 14. Juli den ersten Bericht über die Verzerrung und Leugnung des Holocausts auf Social-Media-Plattformen veröffentlicht. Beauftragte Forscher des Oxford Internet Institute haben dazu 4.000 Beiträge zum Thema Holocaust auf den Plattformen Facebook, Instagram, Telegram, TikTok und Twitter identifiziert und analysiert. Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ist die UN-Organisation, die speziell mit der Förderung der Aufklärung über den Holocaust und den Völkermord beauftragt ist. Sie befasst sich mit der Leugnung und Verzerrung des Holocausts und mit allen Formen des Antisemitismus.

Der Bericht zeigt, dass die Leugnung und Verzerrung des Holocaust auf Telegram, einer Plattform, die für ihren Mangel an Moderation und klaren Benutzerrichtlinien bekannt ist, massiv ist. Fast die Hälfte (49 Prozent) der öffentlichen Inhalte mit Holocaust-Bezug auf dieser Plattform leugnet oder verzerrt die Fakten. Dieser Anteil steigt auf über 80 Prozent bei Nachrichten in deutscher Sprache. Die Beiträge, die für Personen, die auf der Plattform nach Informationen über den Holocaust suchen, leicht zugänglich sind, sind häufig ausdrücklich antisemitisch.

Auf moderierten Plattformen sind Leugnung und Verzerrung ebenfalls präsent, allerdings in geringerem Umfang. Sie betreffen 19 Prozent der Holocaust-bezogenen Inhalte auf Twitter, 17 Prozent auf TikTok, 8 Prozent auf Facebook und 3 Prozent auf Instagram. Die Verfälschung der Fakten über den Holocaust nimmt dann aber neue Formen an: Die Täter lernen, die Moderation von Inhalten zu umgehen, indem sie humorvolle und parodistische Memes als Strategie einsetzen, um antisemitisches Gedankengut zu normalisieren, indem sie es bspw. als Mainstream erscheinen

lassen. Die UNESCO und der WJC arbeiten mit Facebook und TikTok zusammen, um Nutzer, die nach Begriffen im Zusammenhang mit dem Holocaust suchen, auf die Website www.aboutholocaust.org umzuleiten. Die gemeinsam vom WJC und der UNESCO betriebene Website informiert in 19 Sprachen über den Holocaust und die historischen Wurzeln des Völkermordes, seine Vorgänge und Folgen. Anfang 2023 will die UNESCO eine Globale Konferenz zur Plattformregulierung durchführen.

<https://www.nzz.ch/technologie/erinnerungskultur-in-den-sozialen-netzwerken-telegram-mausert-sich-zum-obdach-von-holocaust-leugnern-ld.1694597> / eingesehen am 22. Juli 2022

<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000382159> / eingesehen am 22. Juli 2022

<https://www.unesco.de/wissen/wissengesellschaften/digitalisierung/unesco-studie-zu-holocaust-leugnung-auf-social-media> / eingesehen am 22. Juli 2022

Hessen:

**Bundeswehroffizier Franco A. zu
fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt**

Der 5. Strafsenat (Staatschutzsenat) des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main (OLG) hat am 15. Juli den 33-jährigen deutschen Staatsangehörigen Franco A., einen Bundeswehr-Oberleutnant, der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat in Tateinheit mit vorsätzlicher unerlaubter Ausübung der tatsächlichen Gewalt über Kriegswaffen, vorsätzlichem unerlaubtem Führen einer halbautomatischen Kurzwaffe, vorsätzlichem unerlaubtem Besitz einer halbautomatischen Kurzwaffe, vorsätzlichem unerlaubtem Besitz von Schusswaffen und Munition, vorsätzlichem unerlaubtem Verbringen von Schusswaffen in den Geltungsbereich des Waffengesetzes, vorsätzlichem unerlaubtem Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen und Unterschlagung in Tateinheit mit Betrug in zwei Fällen schuldig gesprochen. Der Senat verurteilte Franco A. deswegen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten. Damit folgte das Gericht im Wesentlichen der Anklage. Die Bundesanwaltschaft hatte A. als rechtsextremen Terroristen bezeichnet und eine Haftstrafe von sechs Jahren und drei Monaten gefordert.

Der Senat führte aus, dass der Angeklagte eine seit Jahren verfestigte rechtsextreme, völkisch-nationalistische und rassistische Gesinnung habe. Besondere Abneigung habe er gegenüber Menschen jüdischen Glaubens, denen er – verbunden mit verschwörungstheoretischen Gedanken – den Wunsch nach einer „Weltherrschaft des Zionismus“ unterstelle. Er meine, zur Erreichung dieses Ziels wirkten Medien und staatliche Institutionen zusammen. Dabei sei er der Überzeugung, der „Zionismus“ führe einen systematischen Rassenkrieg, in welchem Millionen von Migranten nach Deutschland verbracht würden, wodurch es zu einer „Vermischung der Rassen“ und letztlich zu einer „Auslöschung der deutschen Rasse“ käme. Verantwortlich für diese von ihm wahrgenommene vermeintliche „Zersetzung der deutschen Nation“ seien insbesondere hochrangige Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die sich durch ihr Engagement für Flüchtlinge besonders auszeichneten. Der Angeklagte lehne etablierte demokratische Wege zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ab und sei der Auffassung, das politische System der Bundesrepublik Deutschland sei „verlogen“. „Der Senat ist überzeugt, dass er zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat entschlossen war“, sagte der Vorsitzende Richter Christoph Koller. Nach Überzeugung des Gerichts wollte A. mit einer Gewalttat die Verhältnisse in Deutschland nach seinen rechtsextremen Vorstellungen beeinflussen. Mögliche Opfer waren demnach Politiker wie der frühere Außenminister Heiko Maas (SPD) und die damalige Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). A. war 2017 am Flughafen Wien festgenommen worden, als er eine dort auf der Toilette versteckte Pistole holen wollte.

Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Urteil vom 15. Juli 2022, Az. 5-2 StE 18/17 - 5a - 1/17

<https://www.sueddeutsche.de/politik/franco-a-urteil-haft-1.5621699?reduced=true> / eingesehen am 15. Juli 2022

Baden-Württemberg:
AfD-Doppelspitze gewählt

Der Landtagsabgeordnete Emil Sänze und der Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier, beide Interviewpartner des rechtsextremen Monatsmagazins Zuerst!, sind beim AfD-Landesparteitag Baden-Württemberg am 16. Juli in Stuttgart im vierten Wahlgang mit 319 von 533 Stimmen zur neuen Doppelspitze des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg gewählt worden. Sie lösen in dieser Funktion Alice Weidel ab, die nicht mehr für den Landesvorsitz kandidierte und sich auf ihre Berliner Ämter als Bundesparteichefin und Co-Fraktionsvorsitzende konzentrieren will. Dem Vorstand gehören weiterhin an: Stellvertretende Vorsitzende: Rüdiger Klos, Marc Jongen und Udo Stein; Schatzmeister: Hans-Peter Hörner; Stellvertretender Schatzmeister: Hannes Ernst; Schriftführer: Reimond Hoffmann; Beisitzer: Taras Maygutiak, Hansjörg Schrade, Severin Köhler, Günther Schöttle und Martina Böswald.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-stuttgart-front-gegen-verfassungsschutz-neue-suedwest-doppelspitze-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220716-99-48211> / eingesehen am 17. Juli 2022

<https://afd-bw.de/partei/landesvorstand> / eingesehen am 19. Juli 2022

Bundesweit / International / Syrien:
**Verfahren gegen SS-Verbrecher
 Alois Brunner eingestellt**

Mitte Juli 2022 stellte die Staatsanwaltschaft Köln das Verfahren gegen den SS-Massenmörder Alois Brunner ein. Die Kölner Staatsanwaltschaft hatte in den 1970er-Jahren die Ermittlungen gegen den einstigen SS-Hauptsturmführer und engen Mitarbeiter von Adolf Eichmann, der ab 1941 die Federführung in der Konzentration, Enteignung und Deportation von Millionen von Juden in die Ghettos Osteuropas sowie in die Vernichtungslager innehatte, übernommen. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) begründete der Kölner Oberstaatsanwalt Ulf Willuhn: Der Gesuchte wäre Anfang April 110 Jahre alt geworden. Dies sei eine Grenze, bei der man Ermittlungen normalerweise einstelle, weil man davon ausgehen könne, dass der Betroffene tot sei. Er sei vermutlich schon vor langer Zeit in Syrien gestorben.

Bekannt ist: Das letzte Interview mit Brunner stammt aus dem Jahre 1987 und wurde von der Chicago Sun Times per Telefon geführt. Es ist das Bekenntnis eines Massenmörders: „Ich bereue nichts und würde es wieder machen. Sie alle (die Juden) hatten den Tod verdient“, weil sie „Agenten Satans und menschlicher Abfall“ seien.

Brunner war nach 1945 einer der meistgesuchten NS-Kriegsverbrecher. Nach dem militärischen Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland entzog sich Brunner einer strafrechtlichen Verfolgung durch die Annahme einer neuen Identität. Mehrere Jahre lebte er unter dem Namen eines Cousins in der Ruhrstadt Essen. Als seine Tarnung aufzufliegen drohte, verhalfen ihm alte Kameraden Anfang der 1950er Jahre zur Flucht in den Nahen Osten, zuerst nach Kairo; dann lebte er in der syrischen Hauptstadt Damaskus unter dem neuen Pseudonym „Georg Fischer“. Ein ehemaliger SS-Hauptsturmführer hatte Brunner seinen Pass überlassen. Sein letzter bekannter Aufenthaltsort war die Rue Georges Haddad, Haus 7, in Damaskus – keine 400 Meter Luftlinie von der deutschen Botschaft entfernt.

Brunner, geboren 1912 im österreichischen Burgenland, war bereits in jungen Jahren den damals verbotenen österreichischen Nationalsozialisten beigetreten. Nach dem deutschen Einmarsch in Österreich (1938) wurde er Mitglied der SS. Adolf Eichmann berief ihn bald in die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, dessen Leitung Brunner 1940 übernahm. Eichmann bezeichnete Brunner als seinen „besten Mann“. Dieser war verantwortlich für die Deportation und Ermordung von 128.500 Jüdinnen und Juden, die er in mehreren Ländern Europas (Österreich, Griechenland, Frankreich und der Slowakei) verhaften und in die Gaskammern von Auschwitz zwangsverschicken ließ.

In Damaskus, Post für ihn war an P.O. Box 635 Damaskus zu adressieren, fungierte Brunner als „Berater für Judenfragen“ des syrischen Regimes. Er diente dem syrischen Sicherheitsapparat als Berater und gab Verhör- und Foltermethoden der Nazis weiter. Daneben bespitzelte Brunner für die Syrer die deutsche Gemeinde in Damaskus.

<https://www.diss-duisburg.de/2022/08/anton-maegerle-alois-brunner-fahndung-eingestellt/> / eingesehen am 3. November 2022

Israel / Schweiz:

40. Todestag von David Frankfurter

Vor 40 Jahren, am 19. Juli 1982, ist der 1909 im österreichisch-ungarischen Daruvar (heute: Kroatien) geborene David Frankfurter in Tel Aviv gestorben. Mit seinem Attentat auf Wilhelm Gustloff, den Landesgruppenleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in der Schweiz, am 4. Februar 1936 in Davos war Frankfurter einer der ersten Juden, der sich mit der Waffe gegen den Nationalsozialismus zu Wehr setzte. Gustloff unterstanden sämtliche Schweizer NS-Organisationen, deren Mitglieder er auf Hitler vereidigte. „Sie haben so gute Augen. Warum haben Sie das getan?“, fragte ihn Gustloffs Witwe bei der Gegenüberstellung. Frankfurters Antwort ließ sie aufschreiben: „Weil ich Jude bin!“ Die Widerstandshandlung des jüdischen Studenten wenige Jahre nach Beginn der NS-Diktatur dokumentiert, dass Juden sich schon früh aktiv dem Terrorregime widersetzen.

<https://twitter.com/jmfrankfurt/status/1549325394448367617> / eingesehen am 19. Juli 2022

<https://www.spiegel.de/geschichte/gustloff-affaere-1936-attentat-auf-schweizer-nazi-gauleiter-a-1075016.html> / eingesehen am 15. Juli 2022

Bundesweit:

2022: Rechenschaftsbericht der NPD für das Jahr 2019 veröffentlicht

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) informierte im Juli im Band IV des zweiten Teils ihrer Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten der Parteien für das Jahr 2019 über den Rechenschaftsbericht der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als einer „übrigen anspruchsberechtigten Partei“. Demnach zählte die rechtsextreme Partei Ende 2019 3.358 Mitglieder in 16 Landesverbänden. Die NPD verzeichnete Einnahmen von rund 1,59 Millionen Euro, bei Ausgaben von rund 1,95 Millionen Euro. Das Defizit lag bei knapp 361.000 Euro. Gut 29 Prozent der Einnahmen entfielen auf Spenden, fast 26 Prozent auf staatliche Mittel und gut 21 Prozent auf Mitgliedsbeiträge. 16.200 Euro spendete der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende und zeitweilige EU-Parlamentsabgeordnete Udo Voigt. 11.400 Euro kamen von Stefan Anthofer, einst NPD-Kommunalwahlkandidat, aus Essen. Mehr als zehn Prozent der Einnahmen wurden mit Veranstaltungen, dem Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen sowie sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit erzielt.

Unterrichtung durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2019 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien, Band IV), BT-Drs. 20/3025 vom 5. August 2022:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/030/2003025.pdf> / eingesehen am 10. August 2022

Bundesweit:

Mitgliederrückgang bei der AfD

Die AfD hat nach übereinstimmenden Medienberichten 28.636 Mitglieder in ihren Reihen. Im Juni 2021 gehörten der extrem rechten Partei noch rund 31.000 Personen an. Parteiaustritte gab es vor allem in den norddeutschen Bundesländern Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg. Dem ehemaligen AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen sollen „etwa 50 Mitglieder mit früherer AfD-Zugehörigkeit, darunter zehn kommunale Mandatsträger“ in die Kleinstpartei Zentrum gefolgt sein, so Zentrums-Parteichef Christian Otte.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-mitglieder-101.html> / eingesehen am 8. November 2022

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-afd-hat-binnen-eines-jahres-2500-mitglieder-verloren-18185854.html> / eingesehen am 20. Juli 2022

Baden-Württemberg:

Tübinger Eberhard Karls Universität behält ihren Namen

Die Tübinger Eberhard Karls Universität behält trotz Antisemitismusvorwurf ihren Namen. Der Senat der Hochschule lehnte am 21. Juli einen Antrag von Studierenden auf Umbenennung ab. Für die Streichung des Namens stimmten 15 Senatsmitglieder, 16 stimmten dagegen, zwei enthielten sich der Stimme. Für die Umbenennung wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen. Zuvor war in der Öffentlichkeit kontrovers über den Vorwurf der Judenfeindlichkeit gegen Graf Eberhard im Bart, den Gründer der Universität, diskutiert worden. Im Frühjahr 2022 hatte eine Arbeitsgruppe von Historikerinnen und Historikern ein Gutachten zu den beiden Namensgebern vorgelegt.

Hanna Veiler, Vizepräsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), kritisierte die Entscheidung der Tübinger Universität scharf. Jüdinnen und Juden, die in Tübingen studieren, müssten dies nun „weiterhin mit dem Wissen, dass ihre Uni einen Antisemiten ehrt“, tun, schrieb sie auf Twitter. Zuvor hatte Veiler öffentlich gemacht, dass im Prachtband „Graf Eberhard von Württemberg im geistigen und kulturellen Geschehen seiner Zeit“, der 1938 erschien, Eberhard als Legitimationsfigur für den Nationalsozialismus gepriesen wird. Der Tübinger Theologe Horst Junginger veröffentlichte 2013 dazu seine Untersuchung „Die Verwissenschaftlichung der Juden-

frage“, die eine klare Kontinuität zwischen dem christlichen Antijudaismus unter Eberhard im Bart und der Verstrickung der Universität in den Nationalsozialismus aufzeigte. In einem Offenen Brief vom 2. Juli hatte die JSUD thematisiert, dass Eberhard bei der Universitätsgründung alle Juden und Jüdinnen aus der Stadt verwiesen hatte. Die JSUD ist die bundesweite Vertretung jüdischer Studierender und junger jüdischer Erwachsener im Alter zwischen 18 und 35 Jahren.

Zustimmung zu der ablehnenden Entscheidung des Senats kam aus der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg. Der bildungspolitische Fraktionssprecher der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg Rainer Balzer zeigte sich „befriedigt“ darüber, dass die Eberhard Karls Universität Tübingen ihren Namen behalten darf. „Die Binsenweisheit, dass heutige moralische Maßstäbe nicht an die Bewertung historischer Persönlichkeiten angelegt werden, hatten einige wohl vergessen“, so Balzer. Der AfD-Politiker abschließend: „Hoffentlich hat die heftige Debatte dazu beigetragen, dass wir uns künftig wieder positiv auf die eigene Vergangenheit beziehen können.“

Die Diskussion um eine Umbenennung der Eberhard Karls Universität entflammte bereits vor Jahrzehnten. So gab die damalige Studierendenvertretung Ende der 1970er Jahre der Hochschule den Namen: Ernst-Bloch-Universität. Bloch, einer der wichtigsten deutschen Philosophen des 20. Jahrhunderts, lehrte in Tübingen bis er 1977 im Alter von 92 Jahren verstarb.

Gutachten zur Überprüfung des Namens „Eberhard Karls Universität Tübingen“:

<https://uni-tuebingen.de/universitaet/profil/geschichte-der-universitaet/name-der-universitaet/>
eingesehen am 16. November 2021

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/trotz-antisemitismusvorwurf-eberhard-karls-universitaet-behaelt-ihren-namen/> / eingesehen am 22. Juli 2022

<https://www.presseportal.de/pm/127902/5278950/> / eingesehen am 22. Juli 2022

<https://www.belltower.news/gastkommentar-umbenennung-der-universitaet-tuebingen-keine-ehre-fuer-antisemiten-135163/> / eingesehen am 22. Juli 2022

Bundesweit:
**Ukrainischer Botschafter
unbelehrbar**

Der ukrainische Botschafter in der Bundesrepublik, Andrij Melnyk, hat in einem Abschiedsgespräch mit der Wochenzeitung DIE ZEIT auf die Frage „Sie haben Bandera in Schutz genommen. Er sei ‚kein Massenmörder von Juden und Polen‘, haben Sie gesagt, er sei von der Sowjetunion dämonisiert worden. Warum ist Ihnen Bandera wichtig?“, geantwortet: „Ich habe nur versucht, zu erklären, dass viele meiner Landsleute – laut jüngsten Umfragen 76 Prozent – diese historische Persönlichkeit positiv bewerten und man diese zweifelsohne umstrittene Gestalt nicht nur in einem durch die russische Propaganda erzeugten schwarz-weißen Kontext sehen muss. 2016 wurde eine große Straße in Kiew nach ihm benannt. Es gibt Dutzende Denkmäler.“ Melnyk berichtet im Interview auch von seinem Besuch am Grab von Bandera, im März 2015, zwei Monate nach seinem Amtsantritt in der Bundesrepublik.

Der „fast uneingeschränkte[n] Verehrung, die Melnyk dem westukrainischen Faschisten und Nationalistenführer“ (Neue Zürcher Zeitung) Stepan Bandera (1909–1959) zukommen lässt, hält in derselben ZEIT-Ausgabe der ukrainische Historiker Georgiy Kasianov entgegen: „Bandera wird von seinen Bewunderern wie von seinen Gegnern überschätzt. Er war ein untalentierte, willensstarker Fanatiker, der geschickt intrigierte und einen Kult um sich aufbaute. Er hat niemanden eigenhändig umgebracht. Allerdings organisierte er Morde – an Polen und Ukrainern. Im Grunde war er ein Verlierer: Er kollabierte mit den Nazis, um die Ukraine unabhängig zu machen, doch das führte zu nichts als Gräueln. Er saß zehn Jahre im Gefängnis und verpasste alle großen Ereignisse seiner Bewegung. Er ist weder ein großer Revolutionär noch ein großer Dämon.“

Ein Diplomat ist kein Roboter. Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk im Abschiedsgespräch, in: DIE ZEIT, 31/2022 (28.07.2022), S.7

Krieg der Vergangenheiten. Ein Gespräch mit dem ukrainischen Historiker Georgiy Kasianov über die umkämpfte Geschichtspolitik seines Landes und den Kult um Stepan Bandera, in: DIE ZEIT, 31/2022 (28.07.2022), S.17

<https://www.nzz.ch/international/stepan-bandera-ein-schwieriges-erbe-fuer-die-ukraine-ld.1694674/>
eingesehen am 15. September 2022

Österreich / Bundesrepublik:
**Von der Impfgegner- und Corona-
 Leugner-Szene in den Tod getrieben**

Am 29. Juli wurde die Ärztin Lisa-Maria Kellermayr tot in ihrer Praxis im österreichischen Seewalchen am Attersee aufgefunden. Kellermayr, die monatelang engagiert in der Corona-Pandemiebekämpfung arbeitete, war über lange Zeit immer wieder pervertierten Morddrohungen aus der Impfgegner- und Corona-Leugner-Szene – auch aus der Bundesrepublik – ausgesetzt. Ein gewisser Claas ging noch weiter und kündigte an, in ihre Praxis zu kommen, um sie und ihre Belegschaft zu foltern und zu töten. „Sollte ich zu viel Gegenwehr bekommen, wenn ich euch besuche, knalle ich euch eben einfach ab. Wäre aber schade, dann hätten wir viel weniger Spaß.“ Claas beließ es nicht bei einer Mail. In den Monaten darauf kamen immer neue Drohungen; unter anderem schrieb er ihr: „Hallo du dummes Stück Scheisse! [...] kriegen werdet ihr mich sowieso nicht. Stattdessen habe ich nun beschlossen dich zu kriegen. Wenn ich schon einmal dabei bin werde ich aber selbstverständlich alle anderen Mitarbeiter deiner Praxis auch abschlachten. Ich bin bewaffnet und habe eine Schrotflinte.“ Hinter Claas soll sich ein ideologisch gefestigter Neonazi verbergen, der bereits früher den deutschen Sicherheitsbehörden aufgefallen war.

<https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/bedrohte-aerztin-tot-aufgefunden;art4,3688292> /
 eingesehen am 29. Juli 2022

<https://www.derstandard.de/story/2000138174146/der-fall-kellermayr-wo-wird-gegen-wen-ermittelt> /
 eingesehen am 11. August 2022

Rheinland-Pfalz:
**Zweiter Angriff in Speyer auf
 GRÜNEN-Büro binnen eines Monats**

Am letzten Juli-Wochenende wurde die Schaufensterscheibe des Büros der GRÜNEN in Speyer zum zweiten Mal innerhalb eines Monats attackiert. Der Europaabgeordnete Romeo Franz, Untermieter in den Räumen, vermutet, das Büro sei mit einem Luftgewehr beschossen worden. Er habe in diesem Jahr schon mehrere Morddrohungen erhalten. Bei einer ersten Attacke Anfang Juli war ein Sachschaden von 4.000 Euro und eine Beschädigung mit einem spitzen Gegenstand angenommen worden. Romeo Franz, seit 2019 erster Sinto im Europäischen Parlament, engagiert sich gegen Rechtsextremismus und Antiziganismus. Während der NS-Diktatur wurden 500.000 europäische Sinti und Roma verschleppt, misshandelt, gefoltert und in Vernichtungsstätten wie Auschwitz-Birkenau ermordet.

https://www.rheinpfalz.de/lokal/speyer_artikel,-zweite-attacke-auf-gr%C3%BCn-b%C3%BCro-binnen-eines-monats-_arid,5389316.html /
 eingesehen am 4. August 2022

Österreich / Bundesrepublik:
**Berlin-Korrespondent des
 österreichischen Online-TV-
 Senders AUF1 vorgestellt**

Das seit Frühjahr 2021 aktive österreichische TV-Portal AUF1 – Alternatives und Unabhängiges Fernsehen (der Name ist aus den Anfangsbuchstaben zusammengesetzt), Eigenangaben zufolge „der erste wirklich zu 100 Prozent unabhängige und alternative TV-Sender im deutschsprachigen Raum mit 7-Tages-Programm und täglichem Nachrichtenformat“, tatsächlich bekannt für Verschwörungserzählungen wie der „Coronalüge“ und für Narrative der extremen Rechten, möchte sich verstärkt auf die Bundesrepublik konzentrieren. Dies sagte Chefredakteur Stefan Magnet im Juli in einem AUF1-Beitrag. Darin stellte er den Berlin-Korrespondenten vor: Martin Müller-Mertens, zuvor TV-Chef beim rechtsextremen Compact-Magazin. Müller-Mertens „ist sich sicher, dass die Macht der Systempresse dahinschwindet und zunehmend echte Qualitätsmedien wie AUF1 der classe politique das Fürchten lehren werden“. Der Desinformationskanal AUF1 wird über Youtube und Telegram sowie den Lokalsender RTV verbreitet.

Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller des TV-Portals ist der Verein für basisgetragene, selbstbestimmte, pluralistische und unabhängige Medienvielfalt mit Sitz in Wien. Als Obmann (= Vorsitzender) fungiert Magnet, der in seiner Jugend bei der 2007 aufgelösten Neonazi-Gruppierung Bund freier Jugend (BfJ) aktiv war. Der österreichische Rechtsexperte Heinz Mayer stufte in einem Gutachten die BfJ-Schriften als „offenkundige und verbrämte Verherrlichung nationalsozialistischer Ideen“ ein. Bei einer am 1. Mai 2004 in Berlin von der NPD und diversen Neonazi-Kameradschaften durchgeführten Demonstration nahm auch der BfJ teil. Bei einem nach der Demonstration veranstalteten Konzert mit dem NPD-Liedermacher Frank Rennicke richtete neben Neonazis aus Spanien, Rumänien, USA auch „Stefan Magnet vom Bund freier Jugend (BfJ) aus Österreich ein Grußwort der volkstreuern Jugend an die Anwesenden“, so die NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme.

Im Angebot des AUF1 Shops finden sich Aufkleber wie „Nein zum Impfwang“, Broschüren wie „Die Pandemie ist vorbei“ oder das Faltblatt „Great Reset“. Darin werden Mythen wie jene des Great Reset, also einer angeblichen Verschwörung der globalen Finanzeliten, verbreitet: „Es klingt wie eine wirre, dystopische Verschwörungstheorie: Aber den mächtigsten Menschen der Welt geht es um einen absichtlich geplanten Wirtschaftscrash, mit einer gezielten Zerstörung des Mittelstands. Und einer gezielten Enteignung der Bürger. Das Endziel ist ähnlich dem Endziel im Kommunismus:

Eine selbst ernannte ‚Elite‘ der Milliardäre und Konzerne und 99 Prozent Untertanen, die ‚nichts besitzen‘. Die Enteignung darf aber nicht als solche erkennbar sein. Deshalb kommt die Enteignung durch die selbst verschuldete Energie-Krise. Energie-Engpässe, Explosion von Gas- und Strompreisen, massive Teuerungswellen sowie Verarmung. Das alles sind die Folgen der Russland-Sanktionen. Von Anfang an war klar: Die Sanktionen sind völlig nutzlos und werden nur die eigene Bevölkerung treffen. Die Sanktionen folgen aber dem perfiden Plan der Globalisten, dem ‚Great Reset‘.“

AUF1 Shop / eingesehen am 1. Oktober 2022

Deutsche Stimme, Nr. 6/2004

August

Bundesrepublik /
Baden-Württemberg:
**Milde Strafen gegen
Blood & Honour-Netzwerker**

Am 3. August endete nach acht Prozesstagen vor dem Landgericht München I (LG) der Prozess gegen Mitglieder und Funktionäre des im Jahr 2000 bundesweit verbotenen Neonazi-Netzwerks Blood & Honour. Mit Verfügung vom 12. September 2000 hatte der Bundesinnenminister die 18 Sektionen und ca. 200 Mitglieder umfassende Blood & Honour Division Deutschland sowie ihre ca. 100 Mitglieder starke Jugendorganisation White Youth gemäß § 3 des Vereinsgesetzes verboten. In der Verbotungsverfügung wurde explizit „die Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie mittels Skinheadmusikkonzerten und Fan-Magazinen“ erwähnt und auf die Nähe des 25 Punkte umfassenden Programms von Blood & Honour zum NSDAP-Parteiprogramm verwiesen. Das Verbot ist seit dem 13. Juni 2001 rechtskräftig.

Das LG München I sprach nun alle neun Angeklagten wegen Verstoßes gegen ein Vereinigungsverbot schuldig, hinzu kamen zumeist noch weitere Tatbestände wie Volksverhetzung oder Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Verhängt wurden vergleichsweise niedrige Bewährungs- und Geldstrafen. Sechs Männer erhielten Freiheitsstrafen zwischen acht Monaten sowie einem Jahr und zehn Monaten, jeweils für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Die Geldstrafen liegen zwischen 80 und 160 Tagessätzen. Das Gericht sah es zwar als erwiesen an, dass das Netzwerk verbotenerweise von den Beschuldigten weitergeführt und somit rechts-extremes Gedankengut verbreitet wurde. Staatsanwaltschaft und Verteidigung hatten sich jedoch bereits im Juli auf einen Deal verständigt, nach welchem den Angeklagten für vollumfängliche Geständnisse ein niedriges Strafmaß zu erwarten hätten. Die Neonazis hatten ab Oktober 2016 versucht, in unterschiedlichen Tatbeiträgen die verbotene Waffen-SS-treue Neonazi-Truppe Blood & Honour wiederzubeleben, indem sie eine Division Deutschland sowie Sektionen, unter anderem in Baden-Württemberg, gründeten. Aus Baden-Württemberg mussten sich Alexander Scholl (Fellbach) und Fabian F. (Bingen bei Sigmaringen) vor dem Münchner Gericht verantworten. Scholl war ehemals NPD-Kreisvorsitzender Rems-Murr und baden-württembergisches NPD-Landesvorstandsmitglied. Sowohl Scholl als auch F. sind seit langer Zeit einschlägig polizeibekannt.

*<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/muenchen-blood-und-honour-mitglieder-zu-geld-und-bewaehrungsstrafen-verurteilt-a-1b7b1f0e-7764-4f43-915a-2810c09d7515/>
eingesehen am 3. August 2022*

Nordrhein-Westfalen:
**AfD-Bundespräsidentschafts-
kandidat aus CDU ausgeschlossen**

Das Kreisparteigericht Köln hat den Ökonomen Max Otte aus der CDU, der er seit 1991 angehört hatte, „wegen parteischädigenden Verhaltens“ ausgeschlossen. Es folgte damit dem Antrag des CDU-Bundesvorstandes. Der 57-jährige war im Februar für die AfD in die Bundespräsidenten-Wahl gegangen. Der Kölner CDU-Chef Bernd Petelkau sagte, Otte habe durch sein Verhalten erheblich gegen die Grundsätze und die Werte der Partei verstoßen. „Ich bin froh, dass das Kreisparteigericht diesen schwerwiegenden Fall von parteischädlichem Verhalten mit der einzig richtigen Konsequenz geahndet hat: dem Ausschluss aus unserer Partei.“ Otte, zeitweilig Vorsitzender der erzkonservativen Werteunion, die sich als „konservative Basisbewegung“ in der Union sieht, jedoch keine offizielle Vereinigung der CDU ist, war von Juni 2018 bis Januar 2021 Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung. Am 23. Juni 2018 nahm Otte am Sommerfest der AfD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen teil. In seiner Rede „nährte“ er die „Hoffnung“, „die wertkonservativen Kräfte in diesem Land zeitnah bündeln zu können und ihm damit einen Weg aus dem Desaster, das die selbst ernannten Eliten angerichtet haben, zu ermöglichen“, so die AfD. Otte gilt als Bewunderer des Kulturpessimisten Oswald Spengler, einem der wichtigen Denker der antidemokratischen Konservativen Revolution der 1920er Jahre.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/max-otte-nach-afd-engagement-aus-cdu-ausgeschlossen-18219704.html> / eingesehen am 3. August 2022

Landtag Intern NRW vom 17. Juli 2018, S. 13

*<https://www.zeit.de/kultur/2022-02/max-otte-afd-cdu-oswald-spengler/komplettansicht/>
eingesehen am 9. Februar 2022*

Baden-Württemberg:
Ex-Grüner wechselt zur AfD-Kreistagsfraktion Calw

Manfred Senk aus Bad Herrenalb, von 2014 bis 2020 Kreisrat der GRÜNEN, tritt in die AfD-Kreistagsfraktion Calw ein. Bereits 2020 war Senk aus der GRÜNEN-Fraktion ausgetreten und agierte in Folge als fraktionsloser Kreisrat. „Dass Manfred Senk die Kriegs-Rhetorik der Grünen nicht mehr mittragen will, ist angesichts seines tiefen Glaubens folgerichtig – genauso wie er die Zerstörung seines geliebten Waldes für menschen- und tierfeindliche Windkraftanlagen nicht hinnehmen will“, kommentiert Günther Schöttle, Sprecher der AfD im Kreistag, in einer Pressemitteilung seiner Partei Senks Schritt.

<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.kreistag-calw-ex-gruener-wechselt-zur-afd-fraktion.dc80244c-f728-4738-8c0d-a1fc7af6f2eb.html> / eingesehen am 5. August 2022

Baden-Württemberg:
Neonazistische „Hilfe für Deutsche“

Unter dem Motto „Hilfe für Deutsche auch in Württemberg!“ will die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg propagandistisch armutsgefährdete „deutsche Familien entlasten“ und „kostenlos Schulbedarf für die Betroffenen zur Verfügung“ stellen: „Nehmt einfach Kontakt zu uns auf und schreibt, was ihr benötigt. Erzählt euren Freunden und Bekannten hiervon, damit möglichst viele Familien von dem Angebot wissen und es auch nutzen können!“

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 7. August 2022

Thüringen:
Rechtsextreme Angriffe auf Gewerkschaftsautos von DGB und ver.di

Zu Monatsbeginn wurden in Erfurt mehrmals Gewerkschaftsautos so demoliert, dass sie nicht mehr fahrfähig waren. Reifen wurden zerstoßen und ein Hakenkreuz eingeritzt. Corinna Hersel, Geschäftsführerin von ver.di Thüringen, sagte zu den Vorfällen: „Wir sind wütend und empört [...] Die Taten von Rechts häufen sich alarmierend. Wir alle müssen noch wachsamer sein. Rechte müssen stärker in den Blick der Öffentlichkeit genommen werden. Diese Taten dürfen nicht folgenlos im Sande verlaufen.“ Es könne nicht sein, dass Rechte mit solchen hinterhältigen Aktionen immer wieder versuchten, die Demokratie, in der wir leben, anzugreifen, so Hersel.

<https://hessen-thueringen.dgb.de/presse/++co++31986060-1715-11ed-b13d-001a4a160123/> / eingesehen am 8. August 2022

Baden-Württemberg:
Broschüre zum Gestapo-Gefängnis Ettlilingen 1943 bis 1945 erschienen

In der lokalhistorischen Forschungsarbeit „Es kam ,zu den vielleicht brutalsten Folterungen in Baden überhaupt!‘ Gestapo-Gefängnis Ettlilingen 1943 bis 1945“ werden sowohl Opfer als auch Täter des badischen Gestapo-Gefängnisses bei Karlsruhe ihrer Anonymität entrissen. Dokumentiert wird, dass Folter und Mord durch NS-Schergen nicht nur in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern gang und gäbe war, sondern sich unter den Augen und Ohren der Zivilbevölkerung auch am helllichten Tag in der badischen Provinz ereignete. Dieter Behringer, Autor der Dokumentation, hat in seiner Arbeit systematisch verfügbare Spruchkammerakten ausgewertet und Gestapo-Personal bis hin zu den weiblichen Schreibkräften identifiziert. In Kurzbiographien beschreibt Behringer die lokal verantwortlichen Gestapo-Beamten und untersucht, ob die Akteure nach 1945 für ihr Tun zur Rechenschaft gezogen wurden und was aus ihnen wurde. Allein aus dem Personenkreis der Gefängniswärter und Aufseher skizziert Behringer den Lebenslauf von 21 Männern. Dieser Täterkreis ist verantwortlich für Folter und Mord an Menschen wie dem 28-jährigen russischen Kriegsgefangenen Boris Tropkin oder dem 52-jährigen sowjetischen Zwangsarbeiter Alexej Gawrilow. Zum engeren Kreis der Verantwortlichen des Gestapo-Gefängnisses Ettlilingen gehörte SS-Obersturmbannführer Heinrich Reiser (Jg. 1899). Der NS-Verbrecher war später bis zu seiner Pensionierung 1964 für den Auslandsgeheimdienst Bundesnachrichtendienst (BND) und zuvor für dessen Vorläuferorganisation Organisation Gehlen (OG Gehlen) tätig.

Herausgeber der 46-seitigen Dokumentation ist das 2005 gegründete Ettlilinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis. Als „wichtigstes Aufgabengebiet“ sieht das Bündnis die „Aufklärung, vor allem Jugendlicher, über Rassismus und Faschismus und die dahinterstehenden Ideologien, über die Geschichte der Verfolgung und des Widerstands sowie die Etablierung einer Gedenkkultur“. Auf Initiative des Bündnisses errichtete die Stadt Ettlilingen auf dem Friedhof ein Denkmal für die über 3.000 während der NS-Zeit in der Stadt zur Arbeit gezwungenen Menschen, das im September 2019 eingeweiht wurde.

Dieter Behringer: Es kam „zu den vielleicht brutalsten Folterungen in Baden überhaupt!“ Gestapo-Gefängnis Ettlilingen 1943 bis 1945. Mit einem Geleitwort von Jürgen Schuhladen-Krämer, Ettlilingen 2022

Herausgeber: Ettlilinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis.

Kontakt und Bezug: ettlinger-buendnis@gmx.de (46 Seiten, 6,- € zzgl. Porto)

Bundesweit:
**Verfassungsschutz-Präsident
 sieht Extremisten in AfD gestärkt**

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sieht die rechtsextremen Strömungen in der AfD gestärkt. Besonders der thüringische AfD-Politiker Björn Höcke, vormals Gymnasiallehrer in Hessen, sei noch mächtiger geworden, sagte Haldenwang in einem ZDF-Exklusivinterview am 7. August. Laut Haldenwang lassen die Ergebnisse des AfD-Bundesparteitags im Juni im sächsischen Riesa „den Schluss zu, dass die extremistischen Strömungen in der Partei zuletzt sogar noch einen Einfluss- und Bedeutungszuwachs verzeichnen konnten. [...] Im neuen Bundesvorstand findet sich kein dezidiert Kritiker des formal aufgelösten rechtsextremistischen Verdachtsfalls ‚Flügel‘ mehr. Es ist deshalb derzeit nicht zu erwarten, dass aus dem Bundesvorstand heraus noch offen oder gar offensiv gegen die rechtsextremistische ‚Flügel‘-Führungsfigur Björn Höcke und dessen Unterstützerumfeld Stellung bezogen wird.“ Auf die Frage, ob die AfD auch „antisemitische Codes“ bemüht, antwortete der Verfassungsschutzpräsident: „Wenn man sich die letztlich nicht verabschiedete Europa-Resolution etwas genauer anschaut, lautet darin ein entlarvender Satz: ‚Den Globalisten war der Nationalstaat als einziger ernstzunehmender Gegenspieler multinationaler Konzerne und supranationaler Organisationen ein Dorn im Auge.‘ Hinter diesem Satz verbirgt sich ein verschwörungstheoretisches Narrativ, das sich in ähnlichen Formulierungen in einer Vielzahl von Aussagen der AfD beziehungsweise einzelner Mitglieder findet. Dieses Narrativ enthält letztlich auch antisemitische Codes, die – ob bewusst oder unbewusst – damit weiterverbreitet werden.“

*<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/haldenwang-afd-rechtsextremismus-100.html> /
 eingesehen am 8. August 2022*

Sachsen:
**Hassobjekt Bundeswirtschafts-
 minister Habeck**

Am 8. August fand im sächsischen Heidenau bei Dresden eine ca. 70-köpfige Demonstration der neonazistischen Kleinpartei Freie Sachsen statt. Verboten wurde vom Landratsamt jedoch eine Inszenierung, bei der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wegen der deutschen Sanktionspolitik gegenüber Russland symbolisch an den Pranger gestellt werden sollte. Zuvor hatten die Neonazis bei Facebook ein Werbevideo für die Aktion, das einen gefesselten Mann in Gefängniskluft mit Sack über dem Kopf zeigte, online gestellt. Bei der Inszenierung in Heidenau sollte ein symbolischer Prozess stattfinden, bei dem offenbar eine Stoffpuppe als Habeck an den Pranger gestellt werden sollte. Als treibende Kraft dieser menschenverachtenden Aktion gilt der NPD- und Freie-Sachsen-Kader Max Schreiber in Heidenau. Unter den Demonstranten wurden unter anderem bundesweit bekannte Szene-Aktivistinnen wie Nele Schier (alias „Emma Stabel“), Michael Brück und Thomas Sattelberg gesichtet. Der NPD-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hatte am 8. November 2018 in Pirna eine Kundgebung unter dem Motto „Merkel muss weg – und die anderen auch!“ durchgeführt. Schreiber, einer der Redner, führte in seiner Rede aus: „Tauschen wir die Politiker aus, bevor die Politiker das deutsche Volk austauschen.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte anlässlich der von den Freien Sachsen als „Straßentheater“ geplanten Inszenierung harte Konsequenzen gegen Menschen an, die Politiker bedrohen. Das Video mit der inszenierten Entführung von Habeck werde mit der ganzen Härte des Rechtsstaats verfolgt, sagte sie. Heidenau ist in Sachsen ein Hotspot rechtsextremer Proteste. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel am 26. August 2015 die Flüchtlingsunterkunft in Heidenau besuchte, wurde sie von einem rechten brüllenden Mob mit Beschimpfungen wie „Volksverräterin“ empfangen.

*<https://www.tag24.de/thema/nazis/nach-habeck-entfuehrungs-video-rechte-demo-in-heidenau-floppt-2576986> /
 eingesehen am 8. August 2022*

*<https://twitter.com/RPFDMOPO/status/1556693844183375876> /
 eingesehen am 8. August 2022*

*<https://www.stern.de/news/rechtsextreme-klagen-in-dresden-wegen-verbots-von-inszeniertem-prozess-gegen-habeck-32618322.html> /
 eingesehen am 10. August 2022*

Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen 2018, S. 117

Bundesweit:
BKA-Bericht: Auswirkungen von COVID-19 auf die Kriminalitätslage in Deutschland

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat am 9. August seinen Bericht „Auswirkungen von COVID-19 auf die Kriminalitätslage in Deutschland“ veröffentlicht. Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität schlug sich die Pandemie hauptsächlich in Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nieder. Dabei waren sowohl die Zahl der Proteste als auch das Aggressionspotenzial bei diesen im zweiten Jahr der Pandemie höher, so das BKA.

https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2022/Presse2022/220809_PM_KriminalitaetCorona.html / eingesehen am 9. August 2022

Bundesweit:
Im Schnitt täglich zwei Angriffe auf Asylbewerber

In der Bundesrepublik gibt es im Durchschnitt zwei Angriffe auf Asylbewerber pro Tag. Im ersten Halbjahr 2022 verzeichneten die Behörden 424 vorwiegend rechtsmotivierte Straftaten. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. 86 Opfer wurden bei Angriffen verletzt. In einem knappen Viertel der Fälle handelte es sich um Gewalttaten wie Brandstiftung, Körperverletzung und den Einsatz von Sprengstoff und Waffen. Hinzu kamen in der ersten Jahreshälfte 43 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Sachbeschädigungen, Schmierereien und Propaganda, sowie 12 Angriffe gegen Hilfsorganisationen und freiwillige Helfer im Bereich Flucht und Asyl. Die meisten Angriffe auf Asylbewerber, die sich unabhängig von einer Asylunterkunft ereigneten, gab es laut der Statistik mit jeweils mehr als 60 in Bayern und in Brandenburg.

<https://www.tagesschau.de/inland/asylbewerber-angriffe-101.html> / eingesehen am 9. August 2022

Niedersachsen:
Landtagswahl ohne Deutsche Zentrumspartei

Die Deutsche Zentrumspartei (kurz: Zentrum) wird nicht zur niedersächsischen Landtagswahl am 9. Oktober antreten. Die christliche Kleinstpartei verfehlte die für die Zulassung erforderlichen 2.000 Unterstützungsunterschriften, die beim Landeswahlausschuss vorgelegt werden müssen. Am 10. Juni war der einstige AfD-Politiker Jörg Meuthen der Partei beigetreten. Der Europaparlamentarier Meuthen hatte am 28. Januar die AfD verlassen. In rechtsextremen Kreisen wurde die Nichtzulassung des Zentrums zur Landtagswahl in Niedersachsen hämisch kommentiert: „Mit der Fehleinschätzung man könne die ‚riesige politische Repräsentationslücke‘ mit einer Art ‚AfD light‘ füllen, reiht sich Meuthen in die Liste seiner AfD-Sprecher-Vorgänger ein (Lucke, Petry). Gut, dass es Meuthen nicht gelang, die AfD nach seiner Vorstellung umzugestalten. Schade, dass Meuthen nicht all seine Vertrauten mitgenommen hat, als er die AfD verlassen hat“, so das rechtsextreme österreichische Internetportal Info-DIREKT das auch hierzulande in der einschlägigen Szene gelesen wird.

[Homepage Info-DIREKT](https://www.info-direkt.de/) / eingesehen am 13. August 2022

Berlin / Bundesweit:
Antidiskriminierungsbeauftragte stellt Jahresbericht 2021 vor

Im Jahr 2021 gab es mehr als 5.600 Beratungsanfragen an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die mit einem vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützten Diskriminierungsmerkmal zusammenhängen. Das ist der zweithöchste Wert in der Geschichte der Antidiskriminierungsstelle, die 2006 gegründet wurde. An die Antidiskriminierungsstelle können sich Menschen wenden, die benachteiligt wurden. Die Zahl der gemeldeten Fälle von Diskriminierungen in der Bundesrepublik bleibt damit auf hohem Niveau. Das zeigt der Jahresbericht 2021 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, den die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, am 16. August in Berlin vorgestellt hat. „Die Zahl der uns geschilderten Diskriminierungsfälle ist alarmierend. Sie zeigt aber auch, dass sich immer mehr Menschen nicht mit Diskriminierung abfinden und Hilfe suchen“, sagte die Beauftragte bei der Vorstellung des Jahresberichts. Der mit 37 Prozent höchste Anteil der gemeldeten Fälle bezog sich auf rassistische Diskriminierung. Ataman appellierte an alle Menschen, die Diskriminierung erleben, dagegen vorzugehen – wenn nötig vor Gericht. An die Bundesregierung richtete sie die Forderung, Betroffenen bessere Möglichkeiten zu geben, ihre Rechte durchzusetzen – etwa durch eine Verlängerung der Fristen und durch ein Verbandsklagerecht. Für dringlich erachtet Ataman mehr Kompetenzen für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und die Einrichtung weiterer Antidiskriminierungsstellen mit unabhängigen Beauftragten auf Landesebene. Als vorbildlich nannte sie neben Baden-Württemberg auch Berlin und Nordrhein-Westfalen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist an das Bundesfamilienministerium angegliedert.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2022/20220816_Jahresbericht_2021.html / eingesehen am 16. August 2022

Berlin:
**Brandanschlag auf Büro der
 grünen Bundesfamilienministerin
 Lisa Paus**

Auf das Wahlkreisbüro der grünen Bundesfamilienministerin Lisa Paus in Berlin-Charlottenburg hat es in der Nacht zum 17. August einen Brandanschlag gegeben. Vor Ort zu lesen war der Schriftzug „NSU“ – ob er mit der Tat zusammenhängt, ist unklar. NSU ist die Abkürzung für die rechtsextreme Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“, die zehn Menschen ermordete.

<https://www.tagesschau.de/inland/brandanschlag-paus-101.html> / eingesehen am 17. August 2022

Baden-Württemberg:
**Homophobe Kampagne
 des III. Weges**

Württembergische Neonazis der Kleinstpartei Der III. Weg haben Mitte August eine homophob motivierte Verteiloffensive in Stuttgart gestartet. Nach Eigenangaben fanden hunderte Flugblätter zum Thema „Homopropaganda stoppen!“ den Weg in die Briefkästen der Einwohner. Rechtsextremisten knüpfen die Ablehnung moderner Geschlechterverständnisse an ihr von Rassismus und Nationalismus geprägtes Weltbild.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 17. August 2022

Brandenburg:
**Proteste gegen Bundes-
 kanzler Scholz**

Am 17. August fand im brandenburgischen Neuruppin eine „Bürgerversammlung“ mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) statt. Gegen den Auftritt des Kanzlers protestierten lautstark hunderte von Gegen-demonstranten. Die Demonstranten riefen „Volksverräter“, „Lügner“ und „Hau ab“. Vor Ort waren unter anderem Aktivisten der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg. Das AfD-nahe Internetportal Deutschlandkurier kommentierte das aggressive Geschrei mit den Worten: „Ein erster Vorgeschmack auf den Herbst und Winter“.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 18. August 2022

Deutschlandkurier / eingesehen am 18. August 2022

Nordrhein-Westfalen / Bundesweit:
**35. Todestag von Hitler-Stell-
 vertreter Rudolf Heß**

Am 17. August 1987 beging Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau Suizid. Heß, seit 1920 NSDAP-Mitglied, war 1941 nach einem Flug nach England festgenommen und später zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Nachdem der NS-Rüstungsminister Albert Speer nach 20 Jahren Haft entlassen worden war, war Heß der einzige Gefangene im Spandauer 600-Mann-Gefängnis. Die Freilassung von Heß forderte die sogenannte Hilfgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß e.V. Ehrenvorsitzender war der ehemalige Bundesjustizminister Dr. Ewald Bucher (FDP).

Schon kurz nach dem Tod von Heß verbreiteten Rechtsextremisten die Mär von dessen Ermordung, die bis heute von ihnen vertreten wird. Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten gibt aktuell kund: „Mord verjährt nicht – Vor der Versöhnung kommt die Wahrheit – Gebt die Akten frei!“. Weiter heißt es: „Das Interesse der Bundesrepublik das Schicksal von Rudolf Heß aufzuklären scheint bis heute gering zu sein. 35 Jahre nach seinem Tod, legt man weiterhin einen Mantel des Schweigens um die Hintergründe. Aufgabe wäre es die Widersprüche um den Tod Heß‘ zu klären. Das Totschweigen des Falles sollte in einem selbsternannten Rechtsstaat nicht möglich sein. Wir fordern: Die Neuschaffung des Grabsteins in Berlin und einen würdigen Umgang zum Gedenken an den Friedensflieger Rudolf Heß.“

Zur Legendenbildung um Heß trägt maßgeblich der gebürtige Tunesier Abdallah Melaouhi, der letzte Krankenpfleger von Heß, mit seinem 2008 erschienenen Buch „Ich sah seinen Mördern in die Augen – Die letzten Jahre und der Tod von Rudolf Heß“ (Edition Märkische Raute) bei. Melaouhi gilt in rechtsextremen Kreisen als Kronzeuge für die Ermordung von Heß. Bei rechtsextremen Veranstaltungen tritt Melaouhi auf, liest aus seinem Buch und wirkt so als Zeitzeuge an der Rehabilitierung des Hitler-Stellvertreters mit. Die rechtsextreme Monatszeitschrift Compact, zu deren Interviewpartnern Melaouhi zählt, bezeichnet den Suizid von Heß als „eine der größten Geschichtslügen, die uns seit Jahrzehnten aufgetischt wird“. Nach dem Suizid von Rudolf Heß 1987 initiierte der Hamburger Neonazi Christian Worch in den Folgejahren Gedenkmärsche zum Todestag des von ihm bewunderten Hitler-Stellvertreters. An einer dieser Demonstrationen, die am 17. August 1996 in der rheinland-pfälzischen Stadt Worms stattfand, nahmen auch die späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Beate Zschäpe teil.

Homepage NPD Oberhausen / eingesehen am 18. August 2022

Homepage Junge Nationalisten (Aktion Widerstand) / eingesehen am 18. August 2022

COMPACT-Online / eingesehen am 18. August 2022

Baden-Württemberg:
**Razzia bei radikalen Impfgegnern
 wegen Internet-Hetzschrift**

Am 19. August durchsuchte das Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg neun Gebäude in den Gebieten der Polizeipräsidien Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Ludwigsburg, Mannheim, Ravensburg und Ulm im Zusammenhang mit einer Hetzschrift gegen Politiker und Personen des öffentlichen Lebens. Die Maßnahmen richteten sich gegen 20 Personen im Alter zwischen 37 und 79 Jahren, darunter vier Frauen. Das Titelbild der Hetzschrift ist den offiziellen Fahndungsplakaten der RAF-Zeit nachempfunden. Es zeigt führende Politiker und bekannte Personen. Das Pamphlet mit der Überschrift „Terroristen – Staatsfeinde – Davos Clique“ unterstellt unter anderem dem Virologen Christian Drosten, dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dem Unternehmer Bill Gates Hochverrat, Völkermord, Kindesmissbrauch und Erpressung, so das LKA. Ermittelt wird nun wegen Beleidigung, der üblen Nachrede und der Verleumdung. „Diese Aktion ist ein deutliches Zeichen, dass wir Hass und Hetze im Internet nicht dulden und entschieden dagegen vorgehen“, sagte Thomas Georgi, Leiter der Abteilung Staatsschutz des baden-württembergischen Landeskriminalamtes.

<https://www.dasding.de/newszone/razzia-bei-impfgegnern-wegen-hetzschrift-100.html> /
 eingesehen am 19. August 2022

Baden-Württemberg:
**AfD-Fraktionsvorsitzender Gögel
 im Interview**

Der Staatsanzeiger, die Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg, hat Bernd Gögel, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag Baden-Württemberg, interviewt. Auf die Frage „An der Spitze der Landespartei stehen seit Kurzem zwei Personen, die Positionen vertreten, die auch für AfD-Verhältnisse kaum als gemäßigt bezeichnet werden können. Ist Ihnen wohl dabei, wenn der eine der Landtagspräsidentin abspricht, angesichts ihrer türkischer Herkunft über deutsche Geschichte zu sprechen? Und der andere Sprüche rauslässt wie ‚Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet.‘“, antwortete Gögel: „Wenn mir dabei nicht wohl wäre, würde ich kaum noch hier sitzen. Für mich ist entscheidend, dass ich gern mit meinem Fraktionskollegen Emil Sänze politisch sehr gut zusammenarbeiten kann, pragmatisch, sachlich. In den meisten Politikfeldern haben wir Deckungsgleichheit. Der Spruch von Herrn Frohnmaier, den sie zitieren, war Siegesgeheul nach einer gewonnenen Wahl. Das würde ich nicht überbewerten. Er ist als junger Mann in die AfD gekommen. Er hat schon sehr viel erreicht für die kurze Zeit. Ich werde seinen Weg begleiten.“

Frohnmaier, damals Bundesvorsitzender der Jungen Alternative (JA), hatte bei einem Auftritt mit Björn Höcke auf einer AfD-Demonstration am 28. Oktober 2015 in Erfurt eine hetzerische Rede gehalten. Vor den 4.000 Demonstranten geißelte Frohnmaier die US-Nahostpolitik und forderte, Flüchtlingsunterkünfte nur dort zu bauen, wo viele Wähler der GRÜNEN leben. Andersdenkenden drohte der AfD-Politiker in seiner Rede: „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde“. Gögel wertet die unverhohlenen Drohungen von Frohnmaier als „Siegesgeheul nach einer gewonnenen Wahl“. 2015 fand jedoch keine Wahl statt. Oder – meinte Gögel die Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 (AfD: 10,6 Prozent), die Landtagswahl am 13. März 2016 in Baden-Württemberg (AfD: 15,1 Prozent) oder die Bundestagswahl am 12. Oktober 2017 (AfD: 12,6 Prozent)?

Vor Ort in Erfurt war neben Höcke auch die damalige stellvertretende AfD-Landesvorsitzende Baden-Württemberg, Christina Baum. Die Politikerin führte in ihrer Rede aus: „Ihr seid die Avantgarde des deutschen Widerstandes gegen eine Merkel-geführte Regierung. Frau Merkel sind die Belange aller anderen Völker dieser Welt wichtiger als die Sorgen und Nöte ihres eigenen Volkes. Sie will Deutschland in ein multikulturelles Krisengebiet verwandeln.“

Im Interview mit dem Staatsanzeiger bezieht Gögel auch Stellung zum (gegen den) Verfassungsschutz. „Im Übrigen habe ich eine dezidierte Meinung zum Verfassungsschutz. Und nicht erst, seit Herr Maaßen ausgewechselt wurde. Mir scheint so, dass dieser Dienst die Regierung schützt und dass immer weniger kritische Meinungen zugelassen werden.“

Bernd Gögel, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag Baden-Württemberg im Interview mit dem Staatsanzeiger, der Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg 32/2022 (19.08.2022), S. 3

Philippinen:
**Festnahme von deutschem
 Verschwörungstheoretiker
 Oliver Janich**

Der rechtsextreme Verschwörungsideologe und Hass-Hetzer auf Telegram, Oliver Janich, ist in seinem philippinischen Wohnsitz auf der Insel Tablas, wo er seit 2016 lebt, verhaftet worden. In Deutschland ermittelt die Staatsanwaltschaft München I gegen Oliver Janich wegen Gewaltaufrufen, Volksverhetzung und des Aufrufs zur Ermordung berühmter Persönlichkeiten. Auf Telegram folgten ihm rund 150.000 Abonnenten. Nach der Verhaftung von Janich meinte der AfD-Politiker Björn Höcke bei Facebook: „Leider gibt es auch in unserem Land eine Kriminalisierung von politisch Andersdenkenden – und das nicht erst seit gestern. Allerdings erleben wir, wie der geduldete Meinungskorridor immer enger und der ‚Extremismus‘-Begriff immer großzügiger ausgelegt wird. Noch immer ist in unserem Land die Freiheit der Meinungsäußerung durch das Grundgesetz garantiert – jedenfalls auf dem Papier. Deswegen wird tunlichst vermieden, den Regierungskritikern offen Meinungsäußerungsdelikte zu unterstellen. [...] Heute trifft es [...] Oliver Janich, morgen kann jeder andere ins Visier geraten, der mit der ‚falschen‘ Meinung ein bißchen Einfluß gewinnt. Also: Stehen wir zusammen!“

https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/kriminalitaet/id_100041378/verschwoerungsideologe-oliver-janich-video-zeigt-seine-festnahme.html / eingesehen am 19. August 2022

Facebookseite Björn Höcke / eingesehen am 30. August 2022

Bundesweit:
**75. Jahrestag des Nürnberger
 Kodex**

Der Nürnberger Kodex, zehn medizinethische Grundsätze, ist vor 75 Jahren im Lauf des ersten Nürnberger Ärzteprozesses entstanden und wurde am 20. August 1947 vom amerikanischen Militärgericht verkündet. In dem Prozess wurden 1946/47 hochrangige Mediziner und Gesundheitsbeamte wegen Euthanasie, Zwangssterilisationen und Menschenversuchen während der Zeit des Nationalsozialismus angeklagt. Sie hatten mit der Begründung, kriegswichtige medizinische Forschung zu betreiben, grausame Verbrechen an KZ-Häftlingen unternommen. Demnach ist bei medizinischen, psychologischen und anderen Versuchen an Menschen „die freiwillige Zustimmung der Versuchspersonen unbedingt erforderlich“. Diese ethische Richtlinie gehört seitdem zu den medizinisch-ethischen Grundsätzen in der Medizinerbildung.

Bei Demonstrationen werden Corona-Schutzmaßnahmen immer wieder als Bruch mit dem Nürnberger Kodex gleichgesetzt und damit verunglimpft. In einer Presseerklärung der AfD-Landtagsfraktion Thüringen zum 75. Jahrestag des Nürnberger Kodex heißt es: „Die Botschaft lautet, dass medizinische Eingriffe nur bei freiwilliger Zustimmung und ausreichender Aufklärung vorgenommen werden dürfen. Daran ist zu erinnern, wenn es die Regierungen heute unternehmen, den Menschen Impfungen mit nur bedingt zugelassenen, experimentellen und risikoreichen Impfstoffen aufzunötigen und zum Teil sogar per Impfpflicht zu erzwingen. Eine solche Politik ist unethisch.“

Parallelen zu den menschenverachtenden und grausamen Experimenten im NS-Staat herzustellen, sei „infam und inakzeptabel“, so Matthias Blöchle, Vizepräsident der Ärztekammer Berlin. „Die Coronaimpfungen verstoßen nicht gegen den Nürnberger Kodex. Die Impfstoffe wurden gründlich getestet, zunächst an Tieren, danach an – freiwilligen – Testpersonen. Von einem Massenexperiment bei den Coronaimpfungen zu sprechen, ist daher völlig unzutreffend“, betonte der Präsident der Berliner Ärztekammer, Peter Bobbert.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/136734/Warnung-vor-Missbrauch-des-Nuernberger-Kodex-durch-Impfgegner?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter / eingesehen am 17. August 2022

<https://www.afd-thueringen.de/thuringen-2/2022/08/pressemitteilung-zum-75-jahrestag-des-nuernberger-kodex> / eingesehen am 20. August 2022

Mecklenburg-Vorpommern:
**Vor 30 Jahren: Pogromstimmung
 in Rostock-Lichtenhagen**

Bei einer Gedenkfeier in Rostock erinnerten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am 25. August an die rassistischen Ausschreitungen im Stadtteil Lichtenhagen vor 30 Jahren. „Das waren die schlimmsten rassistischen Übergriffe in Deutschland bis dahin“, sagte Steinmeier im Rostocker Rathaus. Aber Lichtenhagen sei kein singuläres Ereignis gewesen: „Es folgten weitere hasserfüllte, menschenfeindliche Verbrechen. Es waren finstere Stunden für unser Land.“ Steinmeier erinnerte an die mehr als 2.200 Angriffe auf Migranten in Deutschland, die alleine 1992 von den Behörden gezählt worden seien. „Eine Spur rechter Gewalt zog sich durch Deutschland“, so Steinmeier. Sie ziehe sich bis ins Heute, nach Kassel, Halle und Hanau. Für Bundesinnenministerin Nancy Faeser zählen die ausländerfeindlichen Angriffe von Rostock-Lichtenhagen zu den schlimmsten rassistischen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Allerdings ist „Rechtsextremismus auch derzeit die größte extremistische Bedrohung

unserer Demokratie. Die Gefahr von rechts darf niemand unterschätzen. Wir bekämpfen Rechts-Extremismus mit aller Entschlossenheit“, so Faeser. Kulturstaatsministerin Claudia Roth mahnte: „Wir müssen und sollten die Erinnerung auch an dieses dunkle Kapitel deutscher Gegenwart wachhalten.“ Dazu gehörten Orte des Gedenkens ebenso wie wissenschaftliche Einrichtungen zur Dokumentation und Aufarbeitung des Rechtsterrorismus. Zum 30. Jahrestag des tagelangen rassistischen Pogroms von Rostock-Lichtenhagen warnte auch Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang vor den Gefahren des Rechtsextremismus. Das von Rechtsextremisten ausgehende Gewaltpotenzial sei hoch, sagte Haldenwang. Er verwies auf rechtsterroristische Anschläge der vergangenen Jahre.

Höhepunkt der Straßenschlachten vom 22. bis 27. August 1992 in Rostock war der Angriff auf einen Wohnblock. Die Bilder vom brennenden Sonnenblumenhaus stehen wie kaum ein anderes Motiv für die rassistischen Gewaltexzesse der 1990er Jahre. In dem Hochhaus waren die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) und ein Wohnheim für vietnamesische DDR-Vertragsarbeiter untergebracht. 150 Menschen gerieten in akute Lebensgefahr, nachdem das Wohnhaus der ehemaligen Vertragsarbeiter in Brand gesetzt worden war. Zorn und Hass des Mobs richtete sich auch gegen Sinti und Roma. Seit Mitte 1991 waren Tausende Sinti und Roma aus Rumänien und Polen in Lichtenhagen angekommen, um in der einzigen Zentralen Aufnahmestelle des Landes ihren Erstantrag auf Asyl zu stellen. Die 320 Plätze im Asylbewerberheim waren längst überbelegt und Hunderte Menschen kampierten notgedrungen im Freien. Die Gewalttaten übertrafen die Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991. Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen markierte den Beginn eines rassistischen Flächenbrandes.

Bereits ab Mai 1992 wurde in den Neubauvierteln Rostocks ein Flugblatt mit dem Titel „Widerstand gegen die Ausländerflut“ verteilt. Darin gab eine „Aktion ‚Rostock bleibt deutsch‘“ kund: „Liebe Rostocker Landsleute! Seid nicht so vertrauensselig, wie wir es im Westen gewesen sind, als uns die Politiker versicherten, es würden nur wenige Ausländer kommen, und das auch nur als Gastarbeiter auf Zeit. Heute haben wir sechs Millionen. Sie nennen sich Einwanderer und erzählen uns, Deutschland gehöre jetzt auch ihnen. Sie fordern unsere Wohnungen, Arbeitsplätze und Steuergelder. Ganze Stadtviertel haben sie schon besetzt. Die vielen Kriminellen unter ihnen brachten uns Rauschgifthandel und organisiertes Verbrechen. Mit einem Asylantenheim fängt es an – und schon ist Rostock ‚multikulturell‘ (wie Hamburg: Afrikaner, Asiaten, Orientalen, Zigeuner, Türken und so weiter).“

Verantwortlich für das Flugblatt, angebliche Auflage 100.000 Exemplare, zeichnete der Hamburger Rechtsextremist Michael Andrejewski, zuvor Sprecher der Hamburger Hochschulgruppe der Deutschen Volksunion (DVU), Funktionär der NPD-Parteijugend und später NPD-Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern. Eigenangaben zufolge hat Andrejewski das Flugblatt selbst in Lichtenhagen verteilt. Kontaktadresse der „Aktion ‚Rostock bleibt deutsch‘“ war das Postfach 111521 in Hamburg. Das Postfach war zugleich die Kontaktadresse der Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA), die von Andrejewski als Partei im April 1982 mitbegründet worden war. Die HLA erzielte bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im Zeitraum von 1982 bis 1991 Ergebnisse zwischen 0,4 und 0,7 Prozent. Im Dezember 1992 wurde der HLA-Ableger, die Partei Aktion Mecklenburg/Vorpommern bleibt unser (MBU), gegründet. HLA-Vize Andrejewski wurde zum MBU-Landesvorsitzenden gekürt.

In einem NPD-Flugblatt aus dem Jahr 2011 anlässlich des anstehenden 20. Jahrestages des Terrors in Rostock bezeichnete sich Andrejewski als damaligen „Augenzeugen des Geschehens“. Weiter heißt es im Text: „Historische Wahrheit: Unfähige Politiker stopften seinerzeit viel zu viele Ausländer, vorwiegend Leute, die man früher Zigeuner nannte und heute als Sinti und Roma bezeichnen muß, in das Gebäude. Manche kampierten auf den Grünflächen. Einige benutzten diese als Toiletten. Es kam auch vor, daß in den Läden gestohlen wurde. Deutsche Verkäuferinnen hatten Angst. Es herrschte eine Atmosphäre der Überfremdung und der Einschüchterung.“

Während in Rostock an die Angriffe von 1992 erinnert wurde, wurde in der Nacht zum 27. August im Leipziger Stadtteil Lausen-Grünau ein Anschlag auf ein Flüchtlingswohnheim verübt. Mehrere Brandsätze wurden auf das Gebäude geworfen. Kurz darauf versuchten Unbekannte, eine weniger als einen Kilometer von der Flüchtlingsunterkunft entfernte Kindertagesstätte anzuzünden. In der Kita werden geflüchtete Kinder aus der Ukraine betreut.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/gedenken-rostock-lichtenhagen-2077562/>
eingesehen am 23. August 2022

<https://www.stern.de/news/verfassungsschutzchef-warnt-zu-jahrestag-von-rostocker-pogrom-vor-rechter-gewalt-32660314.html> / eingesehen am 24. August 2022

<https://www.sueddeutsche.de/politik/rostock-rassismus-steinmeier-1.5645513/>
eingesehen am 25. August 2022

<https://www.tagesschau.de/inland/leipzig-anschlag-103.html> / eingesehen am 27. August 2022

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/leipzig-lka-ermittelt-nach-brandanschlag-auf-kita-a-3b383e19-db12-4b1f-86b8-cd5eed3bdf43> / eingesehen am 30. August 2022

**Bundesweit:
Lebenslange Freiheitsstrafe
wegen Lübcke-Mords ist rechts-
kräftig**

Der rechtsextrem motivierte Mord an dem hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke muss nicht neu verhandelt werden. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am 25. August. Alle Revisionen des Urteils wurden abgelehnt. Der Täter Stephan Ernst bleibt daher in Haft, der zweite Angeklagte Markus H. in Freiheit. Da das OLG eine besondere Schwere der Schuld festgestellt hatte, ist eine Entlassung des 48-jährigen Ernst aus dem Gefängnis nach 15 Jahren nahezu ausgeschlossen.

In der Entscheidung des Bundesgerichtshofes ging es um die Frage, ob das Frankfurter Oberlandesgericht (OLG) sich noch einmal mit dem Fall befassen muss. Es hatte den Rechtsextremisten Stephan Ernst im Januar 2021 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Das OLG sah es als erwiesen an, dass Ernst den Kasseler Regierungspräsidenten am 1. Juni 2019 spätabends zu Hause auf dessen Terrasse aus nächster Nähe mit einem Kopfschuss getötet hatte. Er habe seinen Fremdenhass auf Lübcke projiziert, seit sich dieser für die Aufnahme von Flüchtlingen stark gemacht hatte. Lübcke hatte in einer Bürgerversammlung im Oktober 2015 in Lohfelden die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel aktiv unterstützt. Er erklärte die Unterbringung von Flüchtlingen in der Region und verteidigte seine Werte wie Solidarität und Nächstenliebe vehement.

Auch der Mitangeklagte Markus H. war bei der Versammlung anwesend. H. trat mit einem böswillig verkürzten Youtube-Video von der Bürgerversammlung eine rechte Hasswelle gegen den CDU-Politiker los. An der Polemik gegen den Kasseler Regierungspräsidenten beteiligte sich auch die ehemalige hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, nunmehr AfD-Mitglied und Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung. H., ein Freund von Ernst aus der Neonazi-Szene, wurde vom OLG zu einer anderthalbjährigen Bewährungsstrafe wegen eines Waffendelikts verurteilt, aber nicht wegen Beihilfe zum Mord an Lübcke – obwohl er mit Ernst schießen übte und ihn in seinem Willen zur Tat bestärkte. H.s Szene-Verteidiger Björn Clemens, früherer stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner, räumte ein, dass an der rechten Gesinnung seines Mandanten kein Zweifel bestehe. „Aber das ist noch keine Beihilfe zum Mord.“ Alle Seiten legten Revision gegen das Urteil ein.

Die Familie von Lübcke hatte gehofft, dass der BGH H.s Freispruch vom Vorwurf der Beihilfe an dem Mord aufhebt und dessen Rolle am Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt noch einmal genauer untersucht wird. Mit der BGH-Entscheidung bleibt auch der Messerangriff an einem irakischen Flüchtling am 6. Januar 2016 in Lohfelden bei Kassel unaufgeklärt, für den die Bundesanwaltschaft ebenfalls Ernst verantwortlich macht. Der BGH prüfte das OLG-Urteil nur auf Rechtsfehler. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde mit Lübcke ein aktiver Politiker von einem rechtsextremen Täter ermordet.

https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/justiz/id_100043846/bgh-urteil-zum-mord-an-walter-luebcke-rechtskraeftig.html / eingesehen am 25. August 2022

**Sachsen-Anhalt:
„Handwerkerdemo“ in Dessau**

Am 28. August haben rund 2.000 Menschen in Dessau an einer Kundgebung der Kreishandwerkerschaft teilgenommen. Der Protest richtete sich gegen die Russland-Sanktionen der Bundesregierung. Unter den Demonstrierenden waren Handwerker und Familien – aber auch Anhänger der Querdenken-Bewegung.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/dessau/dessau-rosslau/handwerker-demonstration-interview-begrich-100.html> / eingesehen am 1. September 2022

**Sachsen-Anhalt:
Compact-Sommerfest**

Die rechtsextreme Monatszeitschrift Compact feierte am 28. August im sachsen-anhaltinischen Stößen (Burgenlandkreis) mit hunderten Gleichgesinnten ein Sommerfest. Das neurechte Monatsmagazin bedient sich regelmäßig revisionistischer, verschwörungstheoretischer und rassistischer Motive. Nach Angaben der Compact-Magazin GmbH, die sich im sogenannten Widerstandsmilieu verortet, erreicht Compact eine Verkaufszahl von ca. 40.000 Exemplaren im Monat.

Das Motto des Treffens lautete „Freiheit für Deutschland und Frieden mit Russland.“ Compact-Eigenangaben zufolge war „die gesamte Bandbreite des patriotischen Widerstandes“ vor Ort: Mit dabei waren unter anderem Robert Farle (AfD-MdB), Frank Haußner (Ostthüringer Patrioten),

Martin Kohlmann (Freie Sachsen), Anselm Lenz (Demokratischer Widerstand), Martin Sellner (IB) und Hans-Thomas Tillschneider (AfD-MdL). Aus Nordrhein-Westfalen war die rechtsextreme Gruppierung Aufbruch Leverkusen um den Rechtsanwalt Markus Beisicht mit einem Infostand auf dem Festgelände vertreten. Kohlmann ist Chef der rechtsextremen Freien Sachsen. Die Kleinpartei, zentraler Akteur der Corona-Proteste in Sachsen, wurde Ende Februar 2021 im Erzgebirge gegründet. Gefordert wird im Programm unter anderem ein „Säxit“ – den Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik – und dass „Verwaltungsleute, Richter und Journalisten aus dem Westen“ in Führungspositionen „geregelt in ihre Heimatländer“ zurückgeführt werden. Lenz, von Compact zum „Pionier der Corona-Protestbewegung“ gekürt, war einst in der Linken sozialisiert. Ende März 2020 rief Lenz dazu auf, die „Bürgerrechte gegen den sich ausbreitenden neuen Totalitarismus zu verteidigen“. Lenz ist einer der Herausgeber der Postille Demokratischer Widerstand, in der der Rechtsextremist Götz Kubitschek als „renommierter Autor“ gepriesen wird. Der Österreicher Sellner, Chefideologe der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), sprach mehrfach auf Compact-Konferenzen. Aktuell wünscht sich Sellner eine kämpferische AfD. Denn: „Der VS überwacht sie, die Antifa jagt sie, die digitalen Medien zensieren sie und die Öffentlich-Rechtlichen laden sie nicht mehr ein. Aus dieser marginalisierten Position kommt man jedoch nicht heraus, indem man sich anpasst und abwartet. Nur eine inhaltliche Offensive und ein Bündnis mit den aktiven Kräften im Umfeld können die auferlegte Quarantäne durchbrechen“, so Sellner in der Juli-Ausgabe von Compact. Vor Jahren musste sich Sellner zu Hilfsarbeiten auf einem jüdischen Friedhof verpflichten, da er als 17-Jähriger Plakate mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift „Legalisiert es“ an der Außenmauer der Synagoge in Baden bei Wien angebracht hatte. Tillschneider ist stellvertretender Vorsitzender der sachsen-anhaltinischen AfD-Landtagsfraktion. 2015 postulierte die Patriotische Plattform, der völkische Flügel der AfD um Tillschneider: „Die AfD wird entweder mit Götz Kubitschek sein oder sie wird gar nicht sein!“ Vor Ort war auch Paul Klemm, neuer Chefmoderator von Compact TV. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Farle entsandte auf dem Sommerfest ein „Signal gegen den US-Imperialismus und gegen Russophobie“ und appellierte für die Öffnung von NordStream 2. Seine Partei kritisierte Farle in „einigen Punkten, insbesondere die transatlantische Ausrichtung einiger Abgeordneter“, so das extrem rechte Blog Ungetrüb Media. Gastgeber des Sommerfestes war der ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete André Poggenburg, Betreiber von Ungetrüb Media.

An diesem Tag in Stößen hat sich laut Compact gezeigt: „Der heiße Herbst kann kommen, der Bürgerwiderstand in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist bereit, Seite an Seite!“

<https://www.endstation-rechts.de/news/einschlaegiges-szene-treffen/> / eingesehen am 28. August 2022

COMPACT-Online / eingesehen am 28. August 2022

Homepage Aufbruch Leverkusen / eingesehen am 28. August 2022

Homepage Ungetrüb Media / eingesehen am 28. August 2022

Sachsen:
**Sächsische LINKEN-Zentrale
verwüstet**

Am letzten August-Wochenende wurde die Geschäftsstelle der sächsischen LINKEN in Dresden von Unbekannten verwüstet. Mit Diesel wurden Geräte und Dokumente zerstört. Der Sachschaden beträgt voraussichtlich rund 50.000 Euro. „Das Wichtigste ist, dass keine Personen zu Schaden gekommen sind. Leute, die brennbare Flüssigkeiten in einem bewohnten Haus vergießen, nehmen schlimme Folgen in Kauf, das ist kein Kavaliersdelikt“, sagte der sächsische LINKEN-Landeschef Stefan Hartmann. Bereits im Juli wurde wohl versucht, in die Räumlichkeiten zu gelangen. Die Scheiben hielten damals Stand.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-linke-sachsen-unbekannte-attackieren-partiezentrale-a-8710ae19-d549-4294-b14a-858cb4f2edac#ref=rss> / eingesehen am 29. August 2022

Bundesweit:
**Jahrestag des
„Sturms auf den Reichstag“**

Am 29. August jährte sich der „Sturm auf den Reichstag“ zum zweiten Mal. Eine juristische Aufarbeitung der Ereignisse hat bislang kaum stattgefunden. Am 29. August 2020 versammelten sich etwa 40.000 Menschen in Berlin, um gegen die Corona-Maßnahmen zu protestieren. Unter ihnen auch Rechtsextremisten, Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker. Vor dem Bundestag eskalierte die Situation. Hunderte Menschen durchbrachen eine Polizeiabsperrung und stürmten auf die Treppen des Reichstagsgebäudes, einige schwenkten Reichsflaggen. Polizeikräfte verhinderten ein Eindringen in den Bundestag. Laut Angaben der Berliner Polizei wurden über 300 Ermittlungsvorgänge eingeleitet. In 88 Fällen konnten Tatverdächtige identifiziert werden. In nur drei Fällen erfolgte eine Verurteilung

und zwar zwei Mal wegen Landfriedensbruch nach § 125 Strafgesetzbuch (StGB) und einmal wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen nach § 86a StGB. Tamara K., die damals von einer Bühne zum Durchbrechen der Polizeireihen aufgefordert hatte, sagte im August 2022: „Wir hatten bereits mehrere Wochen vor der Demo den Plan gemacht, den Reichstag zu stürmen“.

<https://www.jfda.de/post/jahrestag-des-sturms-auf-den-reichstag-29-8-20-bisher-nur-drei-verurteilungen-kaum-aufarbeitung> / eingesehen am 29. August 2022

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/reichsbuerger-stuermen-reichstag-viel-ermittlungsaufwand-wenige-verurteilungen-landfriedensbruch> / eingesehen am 29. August 2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article233360633/272-Ermittlungsverfahren-nach-versuchtem-Sturm-auf-den-Reichstag.html> / eingesehen am 29. August 2022

Bayern:
Grünes Lagebild
Rechtsextremismus in Bayern 2021

Die Landtagsfraktion der bayerischen GRÜNEN dokumentiert seit Jahren die aktuellen Gefahren durch Rechtsextremismus im Freistaat und fordert entsprechende Gegenmaßnahmen. Dem „Lagebild Rechtsextremismus 2021“ ist zu entnehmen, dass Straftaten aus der rechtsextremen Szene zunehmen. Allein 510 antisemitische Straftaten gab es 2021 in Bayern. Mehr als 90 Prozent der Taten werden dem rechten Milieu zugeordnet. Die Zahl der homo- oder transphoben Straftaten hat sich mit 71 Delikten im letzten Jahr fast verdoppelt (2020: 37). Aus Sicht der GRÜNEN braucht Bayern eine flächendeckende Beratungsstruktur für die Opfer menschenfeindlicher, rassistischer, rechtsextremer und antisemitischer Gewalt sowie ein Landesprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Demokratie muss gestärkt und Vielfalt als wichtige Ressource unserer Zeit wahrgenommen werden. Interkulturalität, Antirassismus und Demokratiebewusstsein müssen Eingang in (außer)schulische und berufliche Ausbildung sowie in alle staatlichen Behörden finden, so die Forderung der Landtagsfraktion der bayerischen GRÜNEN.

<https://katharina-schulze.de/rechtsextremismus-in-bayern-2021> / eingesehen am 31. August 2022

Schleswig-Holstein:
Späte Aufarbeitung

Der einstige Generalmajor der Waffen-SS, Heinz Reinefarth, war von 1951 bis 1963 Bürgermeister von Westerland/Sylt und von 1958 bis 1962 Landtagsabgeordneter des Gesamtdeutschen Blocks / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Schleswig-Holstein. Reinefarth, seit 1932 NSDAP-Mitglied, war maßgeblich verantwortlich für die Niederschlagung des Warschauer Aufstands. Er ließ 1944, ein Jahr nach der Vernichtung des Warschauer Ghettos, in der polnischen Hauptstadt Zehntausende hinrichten. Für seine Taten wurde Reinefarth nie belangt. Ermittlungen gegen ihn wurden im Jahr 1966 eingestellt.

Erst im Jahr 2014 wurde eine Gedenktafel am Westerlander Rathaus eingeweiht, die an den Warschauer Aufstand und Reinefarths Täterschaft erinnert: „Warschau, 1. August 1944. Polnische Widerstandskämpfer stehen auf gegen die deutschen Besatzer. Das nationalsozialistische Regime lässt den Aufstand niederschlagen. Mehr als 150 000 Menschen werden ermordet, unzählige Männer, Frauen und Kinder geschändet und verletzt. Heinz Reinefarth [...] war als Kommandeur einer Kampfgruppe mitverantwortlich für dieses Verbrechen. Beschämt verneigen wir uns vor den Opfern und hoffen auf Versöhnung.“ Seit August bis Ende März 2023 ist die Ausstellung „Heinz Reinefarth: Vom NS-Kriegsverbrecher zum Landtagsabgeordneten“, eine polnisch-deutsche Kooperation, im Landesarchiv in Schleswig zu sehen.

https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/LASH/Service/Veranstaltungen/_documents/Ausstellungen/2022-23HeinzReinefarth.html / eingesehen am 30. August 2022

<https://gemeinde-sylt.de/gemeinde-sylt-gedenkt-den-opfern-des-warschauer-aufstandes> / eingesehen am 30. August 2022

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Ausstellung-SS-General-Buergermeister-Abgeordneter,reinefarth112.html> / eingesehen am 30. August 2022

Bundesweit:
**AfD-MdB Petr Bystron im Interview
mit rechtsextremer Zeitschrift
Deutsche Geschichte**

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron, zeitweilig Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Bayern, stand in einem im August erschienenen Interview der rechtsextremen Zeitschrift Deutsche Geschichte (DG) Rede und Antwort. Darin beklagt er, dass es „nie eine eigenständige Außenpolitik der EU“ gab: „Im Großen und Ganzen sind wir Erfüllungsgehilfen der USA.“ Weiter führte der Politiker aus: „Natürlich fehlen an der Spitze des Staates Persönlichkeiten mit Rückgrat, die noch die Kraft und den Willen hätten, deutsche Interessen durchzusetzen.“ So fordere die AfD, „dass Deutschland wirklich souverän wird. Dazu gehört der Abzug aller fremden Truppen aus unserem Land.“ Attackiert wird von Bystron der Verfassungsschutz: „In Deutschland wird der Inlandsgeheimdienst gegen die Opposition instrumentalisiert – die öffentlich-rechtlichen Medien ebenso.“ Auf die Frage „Kann man die deutsche Justiz als unabhängig bezeichnen“, antwortete der AfD-Politiker: „In Teilen immer noch ja, aber die politische Beeinflussung wird immer stärker.“

Die Zeitschrift Deutsche Geschichte wird von der geschichtsverklärenden und nazistischen Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) mit Sitz im bayerischen Gilching verlegt, einem der größten organisationsunabhängigen rechtsextremen Verlage in der Bundesrepublik. In dem Blatt finden sich geschichtsrevisionistische und militärhistorische Inhalte. Laut Eigenwerbung will die DG zum „aufrechten Gang durch die Welt von damals“ einladen und „im Buch der Geschichte“ blättern, das „alles, aber bestimmt kein Verbrecheralbum“ sei. In der Zeitschrift wird die rechtsextreme Verschwörungstheorie des sogenannten „Bevölkerungsaustauschs“ verbreitet und das politische System der Bundesrepublik Deutschland als „illegitim“ bezeichnet.

In der italienischen Hauptstadt Rom fand im Februar 2020 eine Tagung zum Thema Nationalkonservatismus statt. An dem Kongress unter dem Motto „God, Honor, Country“ (Gott, Ehre, Vaterland) nahmen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten aus mehreren europäischen Staaten, Israel und den USA teil. Auch Mandatsträger der AfD, darunter Petr Bystron, waren unter den rund 50 Besuchern. Zu den Kongress-Teilnehmern zählten Szene-Größen wie die Jean-Marie Le Pens Enkelin, Marion Maréchal, vom französischen Rassemblement National, Giorgia Meloni, Vorsitzende der italienischen Partei Fratelli d’Italia, Santiago Abascal, Chef der spanischen Partei Vox, und der ungarische Regierungschef und Fidesz-Vorsitzende Viktor Orbán. Kurzfristig an der Teilnahme verhindert war der ehemalige italienische Innenminister und Lega-Führer Matteo Salvini.

Interview mit Petr Bystron, in: Deutsche Geschichte, 2/2022, S.32–35

September

Nordrhein-Westfalen: Pro-russische Kundgebung in Köln

Mehrere Hundert pro-russische Demonstranten haben am 2. September in Köln gegen deutsche Waffenlieferungen in die Ukraine und die gegen Russland verhängten Sanktionen protestiert. Zudem forderten sie die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nordstream 2. Sie schwenkten deutsche und russische Fahnen. Hauptredner waren Markus Beisicht, heute Beisitzer von Aufbruch Leverkusen, früher Pro NRW und Pro Köln und der frühere sachsen-anhaltinische AfD-Landesvorsitzende André Poggenburg vom Aufbruch deutscher Patrioten. Beide Redner forderten den Rücktritt von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Zu den Rednern zählte auch das frühere NPD-Bundesvorstandsmitglied Karl Richter.

<https://www.report-k.de/rund-800-demonstranten-bei-pro-russischer-kundgebung-und-aufzug-in-koeln/> / eingesehen am 4. September 2022

Thüringen / Baden-Württemberg: Thing der Titanen III

Unter dem Motto „Pluriversum – eine andere Welt ist möglich“ hat der Heilbronner Szene-Aktivist Michael Dangel vom 2. bis 4. September im thüringischen Brattendorf eine Drittauflage des Things der Titanen abgehalten. Neben Dangel, Mitveranstalter und Sprecher des Things der Titanen, waren bei dem Wochenendseminar unter anderem die Szene-Rechtsanwältin Nicole Schneiders, der NPD-Liedermacher Frank Rennie und Michael Stecher von der Gruppe Fellbach wehrt sich vor Ort. Dangel ist seit Anfang der 1990er Jahre in der rechtsextremen Szene im Großraum Heilbronn zugehörig. Die gebürtige Baden-Württembergerin Schneiders trat während des Studiums in Jena der NPD bei. Dort lernte sie auch Ralf Wohlleben kennen, den sie im NSU-Verfahren verteidigte. Wohlleben wurde wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, unter anderem, weil er den Terroristen Waffen besorgt hatte. Das Durchschnittsalter der rund 30 Teilnehmer des Things der Titanen lag laut Eigenbekunden „bei ungefähr fünfzig“. Das erste Thing der Titanen fand im Oktober 2021 unter dem Leitmotiv: „Rechte Lebensführung: Zwischen Hedonismus und Askese“ in einer Immobilie des rechtsextremen Bundes für Gotterkenntnis e.V. (Ludendorffer) im baden-württembergischen Kirchberg an der Jagst statt.

[Homepage WIR Heilbronn](https://www.wir-heilbronn.de/) / eingesehen am 8. November 2022

Bundesweit: Rechtsextremisten in Ukraine ausgereist

Seit dem Kriegsbeginn zwischen Russland und der Ukraine am 24. Februar sind nach Kenntnis des Bundesinnenministeriums 26 deutsche Rechtsextremisten in die Ukraine gereist. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der LINKEN-Fraktion im Bundestag hervor. Bei einer mittleren einstelligen Zahl lägen tatsächliche Anhaltspunkte für eine angestrebte Beteiligung an Kampfhandlungen vor, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. „Bei knapp der Hälfte der hier bekannten ausgereisten Rechtsextremisten liegen Hinweise vor, dass sie mit der Absicht ausgereist sind, humanitäre Hilfe zu leisten“, schreibt das Innenministerium weiter. Zu einer niedrigen einstelligen Zahl der bekannten Ausreisefälle lägen Hinweise zu journalistischen Aktivitäten vor.

<https://www.martinarennner.de/themen/antifaschismus/news/seit-kriegsbeginn-mindestens-26-deutsche-rechtsextremisten-in-ukraine-ausgereist/> / eingesehen am 3. September 2022

Berlin: 30. Todestag von Günter Schwannecke

Am 5. September 1992 erlag der 1934 in Braunschweig geborene Kunstmaler Günter Schwannecke in einem Berliner Krankenhaus seinen schweren Verletzungen, die er am Abend des 29. August auf einem Spielplatz in Charlottenburg erlitten hatte. Schwannecke war mit einem Baseballschläger niedergeschlagen worden, weil er Zivilcourage bewiesen hatte: Schwannecke und sein Freund Hagen Knuth mischten sich ein, als die Neonazis Norman Z., ein Ku Klux Klan-Aktivist, und Hendrik J. Studierende aus Sri Lanka bedrohten. Schwannecke steht in einer Reihe ungezählter Opfer von neonazistischem Terror.

<https://rechtsaussen.berlin/2019/09/guenter-schwannecke-stirbt-an-den-folgen-einer-rechten-gewalttat/> / eingesehen am 5. September 2022

<https://guenterschwannecke.net/> / eingesehen am 5. September 2022

**Baden-Württemberg:
Zur Lage der Identitären
Bewegung im Ländle**

Das Personenpotenzial der Identitären Bewegung (IB) in Baden-Württemberg liegt unverändert bei circa 100 Personen. Ferner rechnet das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) der IB in Baden-Württemberg mehrere Online-Profile zu, die nach wie vor sehr dynamisch und von Namenswechseln geprägt sind. Diese Entwicklung ist Teil der angestrebten Strategieänderung innerhalb der gesamten deutschsprachigen IB, die im Verfassungsschutzbericht 2021 beschrieben wird. So will die Gruppierung fortan weniger transparent auftreten und ihre hierarchische Organisationsform aufbrechen. Diese Strategieänderung wird von der IB auch aktuell in Baden-Württemberg weiterverfolgt, so die Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Boris Weirauch. Den Sicherheitsbehörden sind einzelne Personen bekannt, die sich für die IB engagieren und gleichzeitig in Verbindung zu anderen rechtsextremen Gruppierungen stehen beziehungsweise in der Vergangenheit standen. Diese Verbindungen erstrecken sich sowohl auf den parteigebundenen als auch auf den parteiungebundenen Rechtsextremismus. Darüber hinaus sind vermehrt Sympathie-, Solidaritäts- und Unterstützungsbekundungen zu Akteuren der Neuen Rechten insgesamt zu finden.

Mit Blick auf den Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates liegen aktuell keine Erkenntnisse zu strukturellen oder organisatorischen Schnittmengen vor. Allgemein wird jedoch festgestellt, dass Akteure des Phänomenbereichs Rechtsextremismus an Corona-Protestveranstaltungen teilnahmen. Wenngleich diese keine führende Rolle im Protestgeschehen einnehmen, versuchen sie dennoch regelmäßig, ihre Ideen zu verbreiten und Anschluss bei den Demonstrierenden zu finden. So werben Teile der IB in Baden-Württemberg seit Ende 2021 vermehrt für Teilnahme an Demonstrationen gegen die Coronaschutzmaßnahmen. Beispielsweise ist es IB-Aktivist*innen bei Montagsspaziergängen in Pforzheim mehrmals gelungen, sich mit ihrem Banner an die Spitze eines Demonstrationszuges zu setzen. Aktuell ist den Behörden eine hohe einstellige Zahl an Personen bekannt, die als Unterstützer*innen bzw. Unterstützer oder Mitglieder der IB im Besitz einer waffen- oder jagdrechtlichen Erlaubnis sind.

Kleine Anfrage des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD und Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Aktivitäten der „Identitären Bewegung“ in Baden-Württemberg Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17 / 3073 (eingegangen 09.08.2022 / ausgegeben 06.09.2022): https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/3000/17_3073_D.pdf / eingesehen am 8. November 2022

**Hessen:
Hauptbahnhofsvorplatz
in Frankfurt am Main soll künftig
Emilie-und-Oskar-Schindler-Platz
heißen**

Der bislang namenlose Vorplatz des Hauptbahnhofs in Frankfurt am Main soll künftig Emilie-und-Oskar-Schindler-Platz heißen. Das hat am 6. September der zuständige Ortsbeirat entschieden und forderte damit die Stadtverordneten und den Frankfurter Magistrat zur Benennung des bislang namenlosen Platzes auf. Gleich gegenüber des Hauptbahnhofs hatte Oskar Schindler seine letzte Adresse von 1965 bis zu seinem Tod 1974. Mit der Entscheidung würdige man „in angemessener Weise und an einem zentralen Ort“ die „historischen Leistungen von Emilie und Oskar Schindler, nämlich die Rettung von ungefähr 1.200 jüdischen Menschen vor der Ermordung in Konzentrationslagern des NS-Staats“, heißt es in der Begründung. Der sudetendeutsche Industrielle Schindler beschäftigte in seinem Betrieb, einer Emailwarenfabrik im polnischen Krakau, eine große Zahl jüdischer Zwangsarbeiter. So bewahrte er sie, unterstützt von seiner Frau Emilie, vor der Deportation und der Ermordung in Vernichtungslagern. Bereits im Januar 2021 hatte der ehemalige Ortsvorsteher Oliver Strank (SPD) einen Entwurf in den Ortsbeirat gebracht und die Umbenennung des mittleren Teils des Vorplatzes in Oskar-Schindler-Platz gefordert. Dieser wurde seinerzeit zurückgewiesen. In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, der bedeutendsten Erinnerungsstätte an die industriell betriebene Judenvernichtung, haben Emilie und Oskar Schindler ein Ehrengrab. Sie werden dort als „Gerechte unter den Völkern“ geführt.

<https://www.hessenschau.de/politik/frankfurter-bahnhofsvorplatz-wird-nach-emilie-und-oskar-schindler-benannt,frankfurt-bahnhofsvorplatz-umbenennung-schindler-100.html> / eingesehen am 7. September 2022

<https://www.spiegel.de/geschichte/spaete-ehreng-fuer-emilie-und-oskar-schindler-frankfurt-will-bahnhofsvorplatz-ihren-namen-geben-platz-a-257795f0-8dbf-4256-baca-a0dc0ec62204> / eingesehen am 7. September 2022

Hamburg:
**Stürzenberger zu sechs Monaten
 Haft ohne Bewährung verurteilt**

Der vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtete Michael Stürzenberger, ehemals Bundesvorsitzender der inzwischen selbst aufgelösten rechtspopulistischen Kleinpartei Die Freiheit, wurde am 7. September von einem Hamburger Gericht wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Konkret ging es um eine Kundgebung der islamfeindlichen Bürgerbewegung Pax Europa (BPE), die am 8. Oktober 2020 in Hamburg stattgefunden hatte. Damit folgte das Urteil der Forderung der Staatsanwaltschaft.

Solidaritätsbekundungen mit dem BPE-Protagonisten und Pegida-Redner Stürzenberger, der zum verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Spektrum zählt, gab es unter anderem vom AfD-Politiker Björn Höcke: „Auch wenn Michael Stürzenberger, wie so viele Dissidenten, den Glauben an den Rechtsstaat längst verloren haben dürfte, geht er in die nächste Instanz. Ich wünsche dem leidenschaftlichen Aufklärer, dass ihn die Kraft nicht verlässt“, erklärte Höcke auf seinem Telegram-Kanal. Stürzenberger befinde sich schon „seit Längerem im Visier der politischen Tugendwächter“, kommentierte das rechtsextreme Magazin Compact das Urteil auf seiner Internetseite. Das Blog der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst! titelte „Sechs Monate Haft für Islamkritiker Stürzenberger: Politische Justiz?“ und fuhr fort: „Stürzenberger, der vor Jahren unter anderem durch seine erfolgreiche Unterschriftenkampagne gegen den Bau einer Großmoschee in München bekannt geworden war, will das Urteil nicht akzeptieren. Er kündigte an, Rechtsmittel einzulegen“. Das rechtsextreme Internetportal Politically Incorrect (PI) kommentierte das Urteil mit den Worten: „Mit dem §130 StGB – Volksverhetzung hat sich die Politik und die ebenfalls mittlerweile fast durchgehend weit linksstehende Justiz einen absoluten Gummiparagrafen geschaffen, mit dem man politisch unerwünschte Kritik jederzeit strafrechtlich ahnden kann. Politische Gegner und Kritiker können so – ganz legitim – mit bis zu fünf Jahren Haft bedroht, unter Druck gesetzt und mundtot gemacht werden.“ Bei einer Inhaftierung von Stürzenberger befürchtet PI dessen „akute und reale Lebensbedrohung.“ Denn: „Die deutschen Haftanstalten sind bis unters Dach mit Moslems gefüllt. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie sehr sich da einige darauf freuen, unseren Autor in die Finger, bzw. vors Messer zu bekommen.“ PI hoffnungsvoll weiter: „Nichtsdestotrotz, Michael Stürzenberger will weitermachen.“

PI-NEWS / eingesehen am 7. November 2022

ZUERST! / eingesehen am 11. September 2022

Nordrhein-Westfalen /
 Bundesweit:
Transfeindliche Straftaten

Am Rande eines Umzugs am Christopher Street Day (CSD) in Münster wurde der 25-jährige trans Mann Malte C. von Nuradi A., einem 20-jährigen Tschetschenen mit russischem Paß, zusammengeschlagen. Er starb einige Tage später im Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen. Malte C. soll dazwischen gegangen sein, als der Tatverdächtige Teilnehmerinnen beleidigt haben soll. Zeugen zufolge soll der Tatverdächtige am 27. August mehrere Frauen mit „lesbische Hure“ oder „Verpisst euch!“ beschimpft haben und drohend auf sie zugegangen sein. Malte C. bekam laut Polizei die Situation mit und bat Nuradi A., die Beleidigungen zu unterlassen. „Die Schlichtungsbemühungen des jungen Mannes sollen Auslöser für die Attacke gewesen sein“, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit.

Trans Personen sind in autoritären Weltbildern, die von toxischer Männlichkeit geprägt sind, zunehmend Feindbild. Wenige Tage nach dem Tod des trans Mannes wurde in einer Straßenbahn in Bremen eine 57-jährige trans Frau schwer verletzt. Eine knapp 15-köpfige Gruppe beleidigte die trans Frau als „Scheiß Transe“ und riss ihr die Perücke vom Kopf. Anschließend wurde sie von einem Jugendlichen mehrfach mit beiden Fäusten ins Gesicht geschlagen. Seine Begleiter feuerten den Angreifer dabei lautstark an. Erst als andere Fahrgäste helfend eingriffen, ließen sie von ihrem Opfer ab.

Transfeindliche Straftaten werden erst seit 2020 in den Statistiken ausgewiesen. Seit dem 1. Januar 2020 gibt es das Unterthemenfeld „Geschlecht/sexuelle Identität“, um laut Bundesinnenministerium eine trennscharfe Unterscheidung der täterseitigen Motive „transphob“ bzw. „homophob“ in der zentralen Fallzahlendatei „Lageauswertung Politisch motivierte Straftaten“ (LAPOS) zu ermöglichen. 2020 wurden laut Bundesinnenministerium 204 politisch motivierte Straftaten im Themenfeld „Geschlecht/Sexuelle Identität“ erfasst, darunter 40 Gewalttaten. Der weit überwiegende Teil war dabei gegen die sexuelle Identität gerichtet, so das Innenministerium. Gemeint sind damit transfeindliche Motive. 2021 wurden im Themenfeld „Geschlecht/sexuelle Identität“ 340 Delikte an das Bundeskriminalamt gemeldet. Das entspricht einem Anstieg um 66 Prozent. Bei den Gewaltdelikten wurde ein Zuwachs um 42,5 Prozent registriert. Darüber hinaus ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die meisten Delikte wurden als rechtmotiviert registriert oder konnten nicht zugeordnet werden.

In einem SPIEGEL-Interview führte dazu die grüne Bundestagsabgeordnete Tessa Ganserer aus: „In jüngster Zeit schüren vor allem rechtsgerichtete Kräfte Ängste vor transgeschlechtlichen Menschen. Und das funktioniert besonders gut, weil aufgrund mangelnder Aufklärung viel Unwissenheit existiert, Transgeschlechtlichkeit vielen Menschen fremd ist und trans Personen oft als solche erkennbar sind. Unwissenheit und mangelnde persönliche Begegnungen sind immer ein guter Nährboden für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Der Hass, der im Netz gesät wird, entlädt sich auf der Straße in realer Gewalt.“ Ganserer ist neben Nyke Slawik eine von zwei trans Frauen im Bundestag. Um die Dunkelziffer queer-feindlicher Hasskriminalität zu senken, beruft das Bundesinnenministerium das Arbeitsgremium „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ ein. Das unabhängige Expertengremium aus Wissenschaft, Praxis und LSBTI-Gemeinschaft wird konkrete Handlungsstrategien zur Vergrößerung des Hellfeldes und zur Prävention homo- und transfeindliche Straftaten erarbeiten. Darüber hinaus plant das Bundesjustizministerium (BMJ) queer-feindliche Motive in die Gesetzgebung zu Hasskriminalität aufzunehmen. Ein entsprechender Referentenentwurf liegt bereits vor.

An dieser Stelle soll auch an die trans Frau Ella Nik Bayan aus dem Iran erinnert werden. Sie floh vor Verfolgung und Gewalt nach Deutschland, lebte dann in Magdeburg und zog später nach Berlin. Am 14. September 2021 zündete sich Ella am Alexanderplatz selbst an und verstarb im Unfallkrankenhaus Berlin an den schweren Brandverletzungen. Im Unfallkrankenhaus wurden unautorisiert Fotos von Ella gemacht und in Chats verbreitet. Am 1. sowie am 4. Januar 2022 wurde ihr Grab in Berlin-Lichtenberg mit Feuerlöscher und Benzin geschändet.

<https://www.vice.com/de/article/n7z338/so-gefährlich-ist-es-in-deutschland-trans-zu-sein/> / eingesehen am 12. September 2022

<https://www.tagesschau.de/inland/transfeindlichkeit-statistiken-gewalt-101.html> / eingesehen am 12. September 2022

<https://www.maenner.media/gesellschaft/community/hoechststand-bei-politisch-motivierter-kriminalitaet/> / eingesehen am 12. September 2022

<https://www.maenner.media/gesellschaft/community/grab-von-trans-frau-ella-geschaendet/> / eingesehen am 12. September 2022

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/35235/5313237> / eingesehen am 12. September 2022

<https://www.behoerden-spiegel.de/2022/09/06/expertengremium-gegen-lsbt-feindliche-gewalt-berufen/> / eingesehen am 12. September 2022

Interview mit der grünen Bundestagsabgeordneten Tessa Ganserer, in: DER SPIEGEL, 37/2022 (09. September 2022), S. 25

<https://100mensch.de/lexikon/> / eingesehen am 3. November 2022

Lesetipp: Mark Gevisser: Die pinke Linie. Weltweite Kämpfe um sexuelle Selbstbestimmung und Geschlechtsidentität, Berlin 2021. Auch in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/508997/die-pinke-linie>

Bundesweit / Israel: 70 Jahre Luxemburger Abkommen

Sieben Jahre nach der militärischen Zerschlagung des Nationalsozialismus und dem industriell betriebenen Massenmord an sechs Millionen Juden, am 10. September 1952, unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer, Israels Außenminister Mosche Scharett und Nahum Goldman, Präsident der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (JCC), in Luxemburg das Luxemburger Abkommen. Die Bundesrepublik verpflichtete sich darin zur Zahlung von „Entschädigungen“ an Israel und die JCC. Die Leistungen in Höhe von 3,5 Milliarden Deutsche Mark an Israel dienten der Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung von jüdischen Verfolgten, die durch Einwanderung die israelische Staatsangehörigkeit erworben haben. Überdies trat mit dem Abkommen eine Übereinkunft mit der Claims Conference in Kraft. Hierbei flossen 450 Mio. Deutsche Mark zur Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung jüdischer Flüchtlinge außerhalb Israels. Zudem beinhaltete ein Sonderfonds für die von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen weitere 50 Mio. Deutsche Mark.

Im Bundestag stieß die Ratifizierung des Abkommens auf Widerstände, vor allem wegen der Höhe der vereinbarten Zahlungen. Am 18. März 1953 wurde der Vertrag vom Parlament mit knapper Mehrheit angenommen (239 von 402 Abgeordneten stimmten mit ja). Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war gegen das ausgehandelte Abkommen. Nur elf Prozent der Deutschen sprachen sich 1952 für die Wiedergutmachungszahlungen aus. Während die SPD geschlossen der Vereinbarung

zustimmte, enthielten sich zahlreiche CDU/CSU-Abgeordnete oder verweigerten gar ihre Zustimmung. In Israel wurden die Entschädigungszahlungen von Holocaust-Überlebenden oft als „Blutgeld“ bezeichnet. Constantin Goschler, Professor für Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum, weist in einem Artikel in der Wochenzeitung DIE ZEIT darauf hin, dass das „Luxemburger Abkommen“ deshalb „zustande kommen konnte, weil sich die Forderungen nicht auf die Ermordeten bezogen, sondern auf die Überlebenden – auf die Not jüdischer Flüchtlinge. Dass die jüdische Seite bewuszt die Ähnlichkeiten mit der Integration deutscher Flüchtlinge aus den Ostgebieten betonte, erleichterte es Adenauer, den Vertrag innenpolitisch durchzusetzen.“ Anlässlich des Jahrestages erinnert die Ausstellung „70 Jahre Luxemburger Abkommen“ im Deutschen Bundestag an das Übereinkommen. In einem Interview mit der Jüdischen Allgemeinen bezog Finanzminister Christian Lindner Stellung zum Luxemburger Abkommen: „Das Luxemburger Abkommen war ein großer Schritt, weil es der Auftakt einer ganz besonderen Entwicklung war: der deutsch-israelischen Freundschaft.“ Der Minister betonte: „Die Erinnerung an die Verbrechen NS-Deutschlands gehört zur politischen DNA der Bundesrepublik – und zwar für immer.“

Constantin Goschler: Kein Wunder der Versöhnung, in: DIE ZEIT, 36/2022 (01.09.2022), S.17

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/luxemburger-abkommen.html> / eingesehen am 10. September 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/von-schilumim-zu-schalom/> / eingesehen am 16. September 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/motiv-des-handelns/> / eingesehen am 16. September 2022

**Bundesweit / Thüringen:
„Netzwerktag“ der
Deutschen Stimme**

Die NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme (DS) veranstaltete erstmals am 10. September einen sogenannten „Netzwerktag“. Ziel sei, die in sich zersplitterte extreme Rechte zusammen zu bringen: „Mit dem ‚Netzwerktag‘ wollen wir herausfinden, wie groß die gemeinsamen Schnittmengen im heimattreuen Spektrum sind, welche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit es gibt, aber auch, wo die sich die Auffassungen voneinander unterscheiden [Fehler im Originaltext]. Dazu muss man bereit sein, miteinander ins Gespräch zu kommen, Trennendes hintenanzustellen, den gemeinsamen Nenner zu suchen. So kann es gelingen, ein Netz zu knüpfen, das uns trägt, um uns aus unserer Ohnmacht gegenüber den Herrschenden, die uns nichts Gutes wollen, zu befreien.“

Vor Ort im NPD-eigenen Flieder Volkshaus e.V. in Eisenach waren, teils in Funktion, teils ohne, unter anderem: der NPD-Parteivorsitzende Frank Franz, Peter Schreiber, DS-Chefredakteur, der ehemalige sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer, Dennis Augustin, ehemals Landessprecher der AfD Mecklenburg-Vorpommern, Dubravko Mandic (Freiburg), ehemals AfD-Kommunalpolitiker, Michael Brück, Aktivist der Freien Sachsen, Michael Dangel von der Gruppe WIR Heilbronn, Sascha Krolzig vom Sturmzeichen-Verlag und der Kleinstpartei Die Rechte, Frank Haußner von den Patrioten Ostthüringen, Thomas Sattelberg vom Projekt Haus Montag in Pirna, Peter Töpfer vom Institut für Tiefenwahrheit, Patrick Wieschke vom gastgebenden Flieder Volkshaus e.V., Patrick Schröder vom Medienformat FSN-TV, Claus Cremer von der Alliance for Peace and Freedom, Tommy Frenck vom Bündnis Zukunft Hildburghausen, Timo Pradel von der Thüringer Heimatpartei (THP) und die Szene-Liedermacherin Karin Mundt.

Mandic warf in einer Diskussionsrunde die Frage auf, „wie mit Nicht-Biodeutschen im patriotischen Widerstand umzugehen sei“. Der Deutschen Stimme zufolge konfrontierte er „die Anwesenden mit den harten Realitäten und forderte sie auf, Ausländer der zweiten oder dritten Generation in diesem ansonsten eher aussichtslosen Kampf um das Wohl des deutschen Volkes als potentielle Verbündete im patriotischen Widerstand zu betrachten.“

Homepage Deutsche Stimme / eingesehen am 7. November 2022

Bundesweit / Schweden:
**AfD gratuliert Schweden-
 demokraten**

Tino Chrupalla und Alice Weidel, das Bundessprecherduo der Alternative für Deutschland, hat Jimmie Åkesson und seinen Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, SD) zu deren „sensationalen Erfolg“ bei der Parlamentswahl am 11. September gratuliert. Das skandinavische Land brauche eine „Zeitenwende“, da „die seit Langem regierenden Sozialdemokraten keine Politik mehr im Sinne der normalen Schweden machen“, so die AfD-Politiker. Mit dem „Erfolg“ der Schwedendemokraten, „schwenkt ein weiteres europäisches Land ab von dem linksliberalen Kurs der vergangenen Jahre. Und das ist gut so“, so die beiden Parlamentarier. Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, kommentierte in der Jungen Freiheit das Abschneiden der Schwedendemokraten: „Der Erfolg in Schweden ist ein Hoffnungszeichen auch für Deutschland. Dort hat sich die politische Lage in wenigen Jahren gravierend geändert. Wenn es den Schwedendemokraten in der Multikulti-Hochburg Skandinaviens möglich war, eine politische Wende zu erreichen, dann ist das auch in Deutschland möglich. Die AfD tut gut daran, diesen Wahlerfolg genau zu analysieren“.

Die Parlamentswahl in Schweden hat eine knappe Mehrheit für das konservativ-rechte Lager sowie ein Rekordresultat der Schwedendemokraten ergeben. Der Vier-Parteien-Block des Konservativen Ulf Kristersson hat bei der Wahl 176 Mandate errungen, das linksgerichtete Lager der bisherigen sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson 173. Anderssons Sozialdemokraten wurden mit 30,3 Prozent klar stärkste Partei. Zweite wurden die Schwedendemokraten mit 20,5 Prozent. SD-Parteivorsitzender ist seit 2005 Jimmie Åkesson. Die Partei wurde 1988 von Rechtsextremisten gegründet – unter anderem aus der Bewegung Bevara Sverige svenskt (Schweden muss schwedisch bleiben) und der Nordischen Reichspartei. Bis 2006 verwendeten die Schwedendemokraten als Parteesymbol eine brennende Fackel in den schwedischen Farben blau und gelb. 2010 schaffte die Partei das erste Mal den Einzug ins schwedische Parlament.

<https://www.afd.de/afd-bundessprecher-gratulieren-schwedendemokraten-zu-wahlerfolg/>
 eingesehen am 12. September 2022

Homepage Junge Freiheit / eingesehen am 20. September 2022

Rheinland-Pfalz:
**Gericht verurteilt Angeklagten
 im Prozess um Tankstellenmord
 zu lebenslang**

Fast ein Jahr nach dem sogenannten Tankstellenmord von Idar-Oberstein ist der 50-jährige Angeklagte Mario N. zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Das Landgericht im rheinland-pfälzischen Bad Kreuznach sah es als erwiesen an, dass der Mann den 20-jährigen Tankstellenmitarbeiter Alexander W. im Streit über die Corona-Maskenpflicht erschossen hatte. Nach Auffassung des Gerichts lag der Tat ein vorwiegend „politisches Motiv“ zugrunde: Hass auf ein etabliertes System. „Der Angeklagte ist der Überzeugung gewesen, dass er ein Recht auf Widerstand und auch ein Recht auf die Tötung von Menschen hat.“ Das Verbrechen hatte eine breite Diskussion über eine Radikalisierung in der Szene der sogenannten Coronaleugner und Querdenker ausgelöst. In rechtsextremen Chats und Foren wurde die Tat begrüßt.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tankstellenmord-101.html>
 eingesehen am 13. September 2022

Bundesweit / Thüringen:
**Geringe Aufklärungsquote bei
 Angriffen auf Gedenkstätten**

Über die Aufklärungsquote bei Angriffen auf Gedenkstätten in der Bundesrepublik in den vergangenen fünf Jahren berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Bezogen auf die 1.543 gemeldeten Delikte mit dem Angriffsziel „Gedenkstätte“ wurden danach zu 127 Straftaten Tatverdächtige ermittelt. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 8,2 Prozent, wie die Bundesregierung weiter ausführt. Zugleich verweist sie darauf, dass es sich gemäß den Regularien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ um einen aufgeklärten Fall handele, „wenn für die Tat nach dem (kriminal-)polizeilichen Ermittlungsergebnis mindestens ein namentlich bekannter oder auf frischer Tat betroffener Tatverdächtiger ermittelt werden konnte“.

Anlass der Anfrage war die Absägung und Zerstörung von erst sieben und dann zwei weiteren Gedenkbäumen durch Unbekannte Ende Juli 2022 nahe der KZ-Gedenkstätte Buchenwald in Thüringen. Die zerstörten Bäume waren unter anderem getöteten Kindern von Buchenwald sowie sechs namentlich genannten Häftlingen gewidmet. Die Gedenkbäume sind entlang der Todesmarschrouen der Häftlinge aus dem ehemaligen KZ gepflanzt. Die Bäume gehörten zum Erinnerungsprojekt 1.000 Buchen des Lebenshilfe-Werks Weimar/Apolda e.V. Die wiederholten Fällungen der Gedenkbäume seit 2019 werden von der Bundesregierung „aufs Schärfste verurteilt.“ Um ein Zeichen gegen diese Beschädigungen und Zerstörungen von Gedenkbäumen zu setzen, hat Kulturstaatsministerin Claudia Roth deshalb bereits eine gemeinsame Baumpflanzung mit dem Thüringischen Minister-

präsidenten Bodo Ramelow initiiert. Kulturstaatsministerin Claudia Roth erklärte: „Die Gedenkbäume, gepflanzt von Menschen mit und ohne Behinderung, versinnbildlichen das Leben, das es zu schützen und zu bewahren gilt. Sie sollen uns sensibilisieren, entschlossen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen. Besonders niederträchtig ist es deshalb, wenn sie mutwillig zerstört werden. Die Täter treten ganz gezielt sowohl das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, als auch das großartige ehrenamtliche Engagement dahinter mit Füßen. Dieser Hass und diese Zerstörung sind immer auch ein Angriff auf unsere demokratischen Grundwerte. Dem setzen wir heute neues Leben entgegen und ich wünsche diesem eindrucksvollen Gedenkprojekt viele Nachahmungen in ganz Deutschland.“

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Angriffe auf NS-Gedenkstätten, BT-Drs. 20/3418 vom 13. September 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/034/2003418.pdf> / eingesehen am 8. November 2022

Pressemitteilung Kulturstaatsministerin Roth und Ministerpräsident Ramelow pflanzen Gedenkbäume in Weimar: „Lebendige Erinnerung an Opfer der Todesmärsche und der NS-„Euthanasie“-Morde“, 2. September 2022: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/aktuelles/kulturstaatsministerin-roth-und-ministerpraesident-ramelow-pflanzen-gedenkbaeume-in-weimar-lebendige-erinnerung-an-opfer-der-todesmaersche-und-der-ns-euthanasie-morde--2082134> / eingesehen am 8. November 2022

<https://lebenshilfewerk-weimar-apolda.de/1000-buchen-gedenkprojekt/> / eingesehen am 10. September 2022

**Bundesweit:
Ermittlungen gegen mutmaßliche
NSU-Helfer eingestellt**

Elf Jahre nach der Selbstenttarnung der Neonazi-Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) hat die Bundesanwaltschaft am 14. September fünf Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Unterstützer eingestellt, weil die Erkenntnisse aus dem Ermittlungsverfahren aus Sicht der Behörde nicht für eine Anklage reichen. Demnach gebe es gegen die betroffenen Personen keinen hinreichenden Tatverdacht wegen der mutmaßlichen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Ihnen lässt sich nicht nachweisen, dass sie von den Taten der drei Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe gewusst, Waffen organisiert, Mietverträge für sie geschlossen oder insgesamt ihr Untertauchen und das Leben im Untergrund ermöglicht haben sollen. Betroffen von den Verfahren waren Max-Florian B., Matthias D., Thomas S., Mandy S. und Jan Werner, die nach der Selbstenttarnung des NSU ins Visier der Ermittler gerieten. Spätestens als die Bundesanwaltschaft auch vor dem Bundesgerichtshof nicht mit ihrer Argumentation durchdringen konnte, dass der Freund und Helfer des Terrortrios, Andre Eminger, eine größere Rolle hatte, als das Münchner Gericht geurteilt hatte, wurde mit einer vorläufigen Einstellung der noch offenen Verfahren gerechnet.

Gegen vier weitere Personen ermittelt der Generalbundesanwalt noch: Susann E., Pierre J., André K. und Hermann S. Auch das „Strukturverfahren“ der Bundesanwaltschaft läuft noch weiter, in dem die Behörde gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt die Struktur der Terrorzelle weiter aufzuklären versucht. Nach mehr als fünf Jahren war im Juli 2018 der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München zu Ende gegangen. Die fünf Angeklagten wurden zu Haftstrafen verurteilt. NSU-Terroristin Beate Zschäpe wurde unter anderem wegen Mordes in zehn Fällen, versuchten Mordes in 23 Fällen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Außerdem stellte das Gericht die „besondere Schwere der Schuld“ fest. Damit ist eine Haftentlassung nach 15 Jahren rechtlich zwar möglich, in der Praxis aber so gut wie ausgeschlossen.

Der NSU hatte ab 1999 mehrere Sprengstoffanschläge und Banküberfälle verübt und zehn Menschen getötet. Neun Opfer ihrer Mordserie waren Kleinunternehmer mit Migrationsgeschichte, das zehnte Opfer die Polizistin Michèle Kiesewetter. Der Blumenhändler Enver Simsek war das erste Opfer. Er wurde am 9. September 2000 an seinem Verkaufsstand in der Liegnitzer Straße in Nürnberg mit acht Schüssen aus zwei Waffen getötet. Opfervertreter beton(t)en immer wieder, dass NSU-Kerntrio Unterstützer hatte. Trotz verschiedener Untersuchungsausschüsse sind viele Fragen zum NSU-Komplex noch offen. NSU-Untersuchungsausschüsse arbeiten derzeit noch in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern.

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bundesanwaltschaft-stellt-fuenf-verfahren-im-nsu-umfeld-ein-a-70670b32-312d-4b0d-93ad-a4714c762c6e#ref=rss> / eingesehen am 14. September 2022

Bundesweit:
Zitate des Ex-BfV-Präsidenten

An dieser Stelle dokumentieren wir – unkommentiert – aktuelle Interview-Zitate von Hans-Georg Maaßen, der von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und 2021 CDU-Bundestagskandidat war:

„Meine Motivation, mich politisch zu äußern und zu betätigen, liegt darin, dass ich nicht will, dass das freiheitliche Deutschland von inkompetenten Politikern und von politisch Fanatikern zerstört und zum Experimentierfeld für eine grüne Transformation in eine ökosozialistische Diktatur wird.“

„Und unsere regierenden Politiker sind zu einem großen Teil fachlich ungeeignet, unfähig und ideologisch getrieben. Viele ihrer ideologischen Äußerungen lassen auf Kinder in Erwachsenenkörpern schließen. Aber die Unfähigkeit ist nur die eine Seite. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Leute auch viel kaputtmachen wollen, weil es deren Motivation ist, eine grüne Transformation durchzuführen, die nur möglich ist, wenn das bestehende Gesellschaftssystem zerstört und ein neues aufgebaut wird. Einen solchen gesellschaftlichen Konstruktivismus gab es im klassischen Sozialismus, im Nationalsozialismus und im Maoismus, und jeder gesellschaftliche Konstruktivismus führte zu Tod und Elend. Diese Leute lehnen unsere freiheitliche Demokratie ab, weil sie der Auffassung sind, dass ihre ideologischen Ziele, wie zum Beispiel der Schutz des Weltklimas, wichtiger sind als der demokratische Rechtsstaat.“

„Wir sollten aufhören, das Handeln der Politiker immer nur mit Unfähigkeit und Dummheit zu entschuldigen. Sicherlich [...] trifft das auch zu. Aber, allein darauf abzustellen, verharmlost das Problem. Das Entscheidende ist doch, dass diese Politiker und die sie unterstützenden Medien die Massenmigration aus ideologischen Gründen wollen. Sie wollen, dass Millionen Migranten ohne Asylanspruch nach Deutschland kommen. Sie wollen, dass abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden.“

An anderer Stelle „sorgte“ sich Maaßen öffentlich um eine „psychische Erkrankung“ von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Maaßen äußerte Zweifel an der Amtsfähigkeit des Ministers und forderte Bundeskanzler Olaf Scholz auf, den Gesundheitsminister „einer amtsärztlichen Untersuchung zuzuführen“.

<https://www.alexander-wallasch.de/gastbeitraege/oekosozialistische-fanatiker-die-heutigen-nazis-wissen-nicht-einmal-dass-sie-nazis-sind> / eingesehen am 19. September 2022

Deutschlandkurier / eingesehen am 10. August 2022

Saarland:
**Geldstrafe wegen
 Holocaust-Vergleich**

Die saarländische Justiz hat in einem Präzedenzurteil klargestellt: Auch Stolpersteine, die an NS-Opfer erinnern, sind strafrechtlich vor Missbrauch geschützt. Wer diese Gedenkorte benutze, um „die Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen mit dem durch die Nationalsozialisten begangenen Holocaust an Millionen jüdischen Mitbürgern“ gleichzustellen, der begehe eine Verharmlosung des Holocaust, strafbar als Volksverhetzung nach Paragraph 130 des Strafgesetzbuchs (StGB). Ute Weisang, Ex-Bundestagskandidatin der Partei dieBasis (Direktkandidatin KV Homburg, Landesliste Platz 8), muss deshalb eine Geldstrafe in Höhe von 500 Euro zahlen. Im November 2021 hatte es im saarländischen St. Ingbert im Umfeld von Stolpersteinen eine von Weisang verantwortete Flugblattaktion mit der Überschrift „Es begann immer mit Ausgrenzung“ gegeben. Textauszug: „Die roten Kerzen stehen für geimpfte, die weißen für ungeimpfte Mitmenschen. Nur gemeinsam können wir die Spaltung überwinden.“ Suggestiert wurde damit eine Parallele zwischen der Corona-Politik und dem Massenmord an Juden in der NS-Zeit: So wie während der NS-Diktatur mit den Juden, so gehe die Gesellschaft heute mit jenen Menschen um, die sich nicht gegen Corona impfen lassen würden. Im Juli war nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ein Strafbefehl des Amtsgerichts St. Ingbert gegen Weisang ergangen. Ihren Einspruch dagegen hat Weisang im September zurückgezogen und den Strafbefehl akzeptiert. Er ist damit rechtskräftig.

<https://www.sol.de/blaulicht-saarland/wegen-holocaust-vergleich-querdenkerin-muss-nach-flugblattaktion-in-st-ingbert-geldstrafe-zahlen,347786.html> / eingesehen am 21. September 2022

<https://www.sueddeutsche.de/politik/stolpersteine-corona-1.5659468> / eingesehen am 18. September 2021

Bundesweit:
Straftaten mit Bezug zum NSU

Zwischen dem 7. September 2020 und dem 7. September 2022 haben die Behörden bundesweit 147 rechts motivierte Straftaten mit Bezug zum rechtsterroristischen Netzwerk Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) registriert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf Martina Renners (DIE LINKE MdB) Kleine Anfrage hervor. Neben fast schon typischen Straftaten wie Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder Volksverhetzung befinden sich unter den aufgelisteten Delikten auch Fälle wie schwere Brandstiftung, Verstoß gegen das Waffengesetz, Erpressung. „Ein fatales Signal an die Szene ist die Einstellung noch laufender Verfahren gegen UnterstützerInnen wie kürzlich durch die Bundesanwaltschaft“, erklärte Renner.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Überblick über Straf- und Gewalttaten unter Bezugnahme auf den „Nationalsozialistischen Untergrund“ seit 1. September 2019, BT-Drs. 20/3602 vom 21. September 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003602.pdf> / eingesehen am 8. November 2022

Bundesweit:
Verfassungsschutz betreibt rechtsextreme Fake-Accounts in den sozialen Medien

Der Verfassungsschutz hat preisgegeben, seit 2019 hunderte rechtsextreme Fake-Accounts in den sozialen Medien zu betreiben. „Das ist die Zukunft der Informationsbeschaffung“, sagte ein ungenannter Leiter des Verfassungsschutzes gegenüber der Süddeutschen Zeitung (Ausgabe vom 19. September). Die AfD kommentierte dies mit den Worten: „Wir halten fest: Der Verfassungsschutz, dem schon mehrfach gerichtlich drastisches Fehlverhalten nachgewiesen wurde, betreibt rechtsextreme Propaganda, fördert und begeht sogar Straftaten. [Fehler im Originaltext] Nichts hinzuzufügen.“ Bei COMPACT-online war zu lesen: „Eine unendlich perfide Vorgehensweise, die gleichzeitig aber auch zeigt, wie moralisch verkommen und am Ende die Führungspersönlichkeiten sein müssen, die diesen Mummenschanz in Auftrag geben.“ Der AfD-Politiker Björn Höcke äußerte sich via Facebook: „Halten wir also fest: Wer im Netz anonym Gewaltphantasien und primitive Beleidigungen verbreitet, ist entweder ein nützlicher Idiot unserer Gegner – oder ein Agent Provocateur, der andere zu Straftaten animieren will.“

<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/verfassungsschutz-rechtsextreme-social-media-telegram-virtuelle-agenten-reichsbuerger-coronaleugner-rassismus-antisemitismus-verschwuerungsideologie-e222942/?reduced=true> / eingesehen am 19. September 2022 (kostenpflichtig)

<https://afd.nrw/aktuelles/2022/09/skandal-verfassungsschutz-fuehrt-hunderte-rechtsextreme-fake-accounts-selbst> / eingesehen am 1. Oktober 2022

COMPACT-Online / eingesehen am 22. September 2022

Facebookseite Björn Höcke / eingesehen am 20. September 2022

Sachsen-Anhalt / Nordrhein-Westfalen / Russland / Ukraine:
Ukraine-Krieg: AfD-Politiker brechen Donbass-Reise ab

Die Reisepläne der AfD-Landtagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider und Daniel Wald, sowie Christian Blex, Nordrhein-Westfalen, haben bundesweit für Unverständnis gesorgt. Zuvor hatte Blex bei Facebook geschrieben, er sei mit seinen Parteifreunden zu der Reise aufgebrochen, um sich ein „eigenes und unverzerrtes Bild der Lage im Donbass“ zu machen. Er warf den „deutschen regierungsnahen Medien“ vor, „höchst einseitig und lückenhaft“ über die humanitäre Situation der Menschen in der Donbass-Region zu berichten. Die Politiker waren nach Russland gereist und wollten auch die besetzte Region Donbass in der unter Beschuss von Russland stehenden Ostukraine besuchen. „Herr (Christian) Blex war nach eigenen Angaben nicht im Donbass und wird die Reise beenden“, wird eine Sprecherin der nordrhein-westfälischen AfD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen am 20. September von der Deutschen Presse-Agentur zitiert. An diesem Tag waren Scheinreferenden in den besetzten Gebieten über einen Anschluss an Russland angekündigt worden. Den Angaben des Politikers zufolge reisten auch seine Parteikollegen aus Sachsen-Anhalt zurück, so die Sprecherin. Vertreter anderer Parteien warfen der AfD vor, auf der Seite von Russlands Präsidenten Wladimir Putin zu stehen. Die AfD-Parteispitze war nach eigenen Angaben nicht in die Reise eingeweiht und distanzierte sich davon. Die baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum, Mitglied im Bundesvorstand der Partei, erklärte dagegen: „Ich verstehe die Aufregung um diese Reise nicht“. Für sie werde das Ganze unnötig „aufgebauscht“. Tillschneider, stellvertretender Vorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt, war in der Vergangenheit mehrfach mit Aussagen aufgefallen, die Putins Propaganda-Narrative transportieren. Am Morgen des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar hatte er in einem später gelöschten Tweet behauptet: „Russland wehrt sich“.

Bundestags- und Landtagsabgeordnete der AfD führen in den letzten Jahren wiederholt auf die russisch annektierte Krim (z.B. Blex) oder die selbsternannte Volksrepublik Donezk, teilweise sogar als sogenannte Wahlbeobachter, obwohl die Abstimmungen dort international nicht anerkannt wurden. Am 27. September zog die AfD im NRW-Landtag Konsequenzen aus der Russland-Reise des Abgeordneten Christian Blex. Er wurde aus der Fraktion ausgeschlossen.

Die AfD machte in der Vergangenheit immer wieder mit russlandfreundlichen Positionen sowie Besuchen in Moskau von sich reden. Im Dezember 2020 weilte der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla mit einer AfD-Delegation beim russischen Außenminister Sergej Lawrow, im Juni 2021 war Chrupalla erneut in Moskau, diesmal im Verteidigungsministerium. Dazwischen besuchte auch Alice Weidel Moskau. Im März 2021 führte sie Gespräche im Außenministerium und mit der russischen Zentralbank.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/afd-abgeordnete-reise-ostukraine-donbass-abgesagt-100.html> / eingesehen am 21. September 2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article241193989/Abgebrochene-Reise-AfD-Landtagsfraktion-will-Ausschluss-des-Abgeordneten-Christian-Blex.html> / eingesehen am 22. September 2022

**Baden-Württemberg:
Reutlinger AfD-Politiker Reetzke
hat genug von seiner Partei**

Der Reutlinger AfD-Politiker Ingo Reetzke, bislang Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Reutlingen und der AfD-Kreistagsfraktion sowie Mitglied des Reutlinger Gemeinderats, ist am 23. September aus der Partei ausgetreten. In einer Austrittserklärung nennt er als Grund den geänderten Kurs der Partei. Als er 2016 in die Partei eintrat, sei sie noch eine dringend benötigte Alternative zur CDU und FDP gewesen. Inzwischen sei die AfD keine Alternative mehr. „Querulanten, Verschwörungstheoretiker, Extremisten und vor allem Opportunisten, welche diese aus machttaktischen Gründen dulden, haben inzwischen die Mehrheit“, so der Kommunalpolitiker. Und dies nicht nur an Stammtischen, sondern auch auf Parteitag, schreibt der Anwalt zur Begründung seines Austritts aus der AfD. Von konstruktiver Politik sei nichts mehr zu sehen. Stattdessen habe sich die Partei in einer Schmutzdecke eingerichtet. In diesem Zusammenhang nennt Reetzke auch die Reise von AfD-Landtagsabgeordneten in die von Russland besetzten Gebiete in der Ostukraine: „Man muss kein Transatlantiker sein, um von dieser Geschmacklosigkeit im Angesicht eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges inmitten Europas mit zehntausenden Toten angewidert zu sein. Dass die Partei- und Fraktionsspitze um Alice Weidel von diesem Treiben angeblich nichts wusste, spricht Bände darüber, wie sich die Partei-Oberer – von Führung kann keine Rede sein – inzwischen vor allem von den ostdeutschen Extremisten auf der Nase herumtanzen lassen.“ Mit dem Austritt Reetzkes verliert die Reutlinger Gemeinderatsfraktion ihren Fraktionsstatus und damit einhergehende Privilegien. Im Kreistag ist sie nun nur noch mit drei von ursprünglich vier Mandaten vertreten.

Elektronischer Rundbrief der Anwaltskanzlei Reetzke vom 23. September 2022

**Bundesweit:
50 Jahre GSG 9 – Ex-Kommandeur
in zweifelhaften Umfeld**

Seit 50 Jahren kämpft die GSG 9 als Spezialeinheit der Bundespolizei gegen Terrorismus, Extremismus und Organisierte Kriminalität. Beim Jubiläums-Festakt im World Conference Center am 23. September in Bonn würdigte Bundesinnenministerin Nancy Faeser den Einsatz der Spezialkräfte. „Ich bin stolz darauf, dass die GSG 9 zu den besten Spezialeinheiten der Welt gehört“, so die Ministerin. „Die Arbeit der GSG 9 ist zentral für unsere Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Geist und Ziel der Einsätze von GSG 9 blieben und bleiben dabei immer gleich: Alles geben, um Menschenleben zu retten.“ Die GSG 9 wurde am 26. September 1972 als Reaktion auf das Attentat palästinensischer Terroristen auf israelische Sportler bei der Olympiade in München gegründet. Erster Kommandeur war Ulrich Wegener. Einer der größten und bekanntesten Einsätze der GSG 9 war die Beendigung der Entführung des Flugzeugs Landshut. In der Nacht zum 18. Oktober 1977 wurden die Geiseln der von palästinensischen Terroristen entführten Lufthansa-Maschine Landshut in der somalischen Hauptstadt Mogadischu befreit.

Im April 2006 erschien im Verlag Pour le Mérite, der zum Imperium des norddeutschen Rechts-extremisten Dietmar Munier gehört, das Buch „Geheime Krieger“. In dem Buch werden das Kommando Spezialkräfte (KSK) sowie die GSG 9 in die Tradition der Division Brandenburg, einer auf Sabotage, psychologische Kriegsführung und Partisanenbekämpfung spezialisierte Spezialeinheit der Wehrmacht, gestellt. Die Autoren sind Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel, Wilhelm Walther, der letzte Regimentskommandeur der Brandenburger, und der Ex-Chef der GSG 9, Wegener, der damit keine Scheu hatte, in einem rechtsextremen Umfeld zu publizieren. Günzel war im November 2003 vom damaligen Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) in den vorzeitigen Ruhestand geschickt worden. Grund war ein Unterstützungsschreiben von Günzel an den damaligen

CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann (später AfD-MdB), der wegen einer als antisemitisch in die Kritik geratenen Rede von der Unionsfraktion im Bundestag ausgeschlossen wurde. Auslöser für die Maßnahme war eine Rede Hohmanns am Jahrestag der Deutschen Einheit in Neuhoof bei Fulda, in der er am 3. Oktober 2003 Juden in einen Zusammenhang mit dem Begriff „Tätervolk“ gebracht hatte. Nach seinem Rauswurf aus der Bundeswehr trat Günzel mehrfach in rechtsextremen Zusammenhängen auf; unter anderem war er Teilnehmer einer Jahrestagung der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR) und Referent beim NPD-nahen „Freundeskreis ‚Ein Herz für Deutschland‘“.

https://twitter.com/bpol_11/status/1573356654477049857 / eingesehen am 23. September 2022

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2022/09/50jahre-gsg9.html> / eingesehen am 23. September 2022

Bundesweit / Thüringen: Tagung von Rechtsextremisten

Die 1960 in Frankfurt am Main von ehemaligen NSDAP-Funktionären und SS-Offizieren gegründete Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), dem bundesweit mitgliederstärksten kulturpolitischen Zusammenschluss von Rechtsextremisten, führte unter dem Motto „Deutschland im Krisenmodus – Corona-Wahnsinn – Klimahysterie – Kriegspropaganda“ vom 23. bis 25. September im Hotel Thalfried im thüringischen Ruhla eine Wochenendtagung durch. Im Einladungstext ist zu lesen:

„Vor fast 30 Monaten begann der Corona-Wahnsinn und damit auch die massive Einschränkung der persönlichen Freiheit der Bundesbürger. Veranstaltungen waren in dieser Zeit kaum möglich; und wenn einmal die Beschränkungen gelockert wurden, hing immer das Damoklesschwert der Verschärfung der Maßnahmen über uns. Mit der Bildung der Ampelkoalition im vergangenen Herbst rückte der angeblich menschengemachte Klimawandel in den Fokus der Herrschenden und wurde sogar zur Causa prima bei Rot-Grün-Gelb. Dies bedeutet weitere Belastungen für die Bürger. Und seit Februar kommt noch der Ukraine-Krieg dazu, den man in der Person von Wladimir Putin für die galoppierende Inflation und die Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich macht. Lehnten früher BRD-Politiker die Beteiligung an Kriegen ab, sind es nun ausgerechnet die Grünen, die Kriegspropaganda betreiben und vor ‚Kriegsmüdigkeit‘ warnen. So mancher älterer Bürger glaubt, im Jahre 1944 zu sein. [Fehler im Originaltext]“

Vor Ort in Ruhla waren aus Baden-Württemberg unter anderem der frühere AfD-Politiker Dubravko Mandić (Freiburg), der Alte Herr der Münchner Burschenschaft Danubia Hans-Ulrich Kopp (Stuttgart) und der langjährige NPD-Politiker Jürgen Schützinger (Villingen-Schwenningen) zugegen. Als Referent war unter anderem der gebürtige Pforzheimer Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechtsextremen Monatsmagazins Compact, angereist.

Der GfP gehören vor allem Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler an. Die Vereinigung versteht sich als „Gegengewicht zu den sog. Mainstream-Medien“. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der geschichtsrevisionistisch ausgerichteten Organisation stehen die Relativierung der Kriegsschuld, die „Ausländerfrage“ und die Meinungsfreiheit für die „nationale Publizistik“. Mit „Aufklärungsarbeit“ soll die ihrer Ansicht nach verzerrte Darstellung der Zeitgeschichte korrigiert werden. Auf GfP-Kongressen wurde das politische System Deutschlands als „Demokratielüge“ diffamiert, die Demokratie als „Kulisse der Fremdbestimmung und Machtausübung seit 1789“ verunglimpft und gegen die „Umerziehung“ agitiert.

Dem Referatsreigen schloss sich die Verleihung der Ulrich-von-Hutten-Medaille an, die an den 1934 in Oberösterreich geborenen Fred Duswald ging. Der ehemalige Unternehmer ist seit Jahrzehnten als Publizist in rechtsextremen Kreisen aktiv. Unter dem Titel „Mauthausen-Befreite als Massenmörder“ hetzte Duswald 2015 in der FPÖ-nahen Monatszeitschrift Die Aula über die 1945 befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen. Die Überlebenden des NS-Terrorlagers diffamierte Duswald als „Landplage“ und „Kriminelle“, die „raubend und plündernd, mordend und schändend [...] das unter der ‚Befreiung‘ leidende Land (plagten)“ und „mit den sowjetischen ‚Befreiern‘ in der Begehung schwerster Verbrechen wetteiferte[n]“. Duswald ist seit 1962 Alter Herr der Burschenschaft Danubia München und Buchautor des rechtsextremen Grabert Verlages (Tübingen). In einem Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung behauptete er 1999, dass Polen am 1. September 1939 von „Deutschland zwar angegriffen, aber keineswegs überfallen worden“ sei.

Huttenpreisträger waren bislang unter anderem das einstige FPÖ-Urgestein Otto Scrinzi, der frühere DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey, der NS-Verbrecher Erich Priebke und der ehemalige Göring-Vertraute Hajo Hermann. Der Huttenpreis bzw. die Huttenmedaille wurde erstmals 1964 an den US-Historiker David Hoggan (1923–1988) verliehen. Der Geschichtsrevisionist leugnete in seinen Machwerken wie dem erstmals 1961 im Grabert Verlag erschienenen Buch „Der erzwungene

Krieg“ die Schuld der NS-Führung am Beginn des Zweiten Weltkrieges. Der Namengeber des Preises, Ulrich von Hutten (1488–1523), hatte mit seiner 1529 posthum veröffentlichten Schrift „Arminius“ einen veritablen Hermann-Kult in der deutschen Poesie begründet. Sein „Arminius“ ist ein ebenso kühner wie tugendhafter Befreier der Deutschen von der römischen Tyrannis. Der historische Hutten und sein Werk stehen im Kontext der Reformationsgeschichte. Die GfP löst Hutten aus diesem historischen Zusammenhang heraus und vereinnahmt ihn für ihre politischen Zwecke.

An der Spitze der GfP amtiert seit Juni 2010 der aus Franken stammende Burschenschafter Martin Pfeiffer (Jahrgang 1966). Er war Gast bei Neujahresempfängen der damaligen NPD-Landtagsfraktionen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Um die Organisation der Tagung kümmerte sich GfP-Vorstandsmitglied Margret Nickel aus dem hessischen Lippoldsberg (Gemeinde Wahlsburg). Nickel war jahrzehntelang Bürochefin der 2009 verstorbenen Holle Grimm, vormals Gründungsmitglied und später GfP-Ehrenvorsitzende. Nickel verwaltet und verbreitet nach dem Tod von Holle Grimm als selbständige Verlegerin der Klosterhaus Versandbuchhandlung das publizistische Erbe von Hans Grimm (1875–1959), dem Vater von Holle. Grimms 1926 veröffentlichtes Hauptwerk „Volk ohne Raum“ wurde in der Weimarer Republik zum meist verkauften Buch. Damit lieferte Grimm die propagandistische Formel und Rechtfertigung für die Eroberungs- und Vernichtungspolitik der NS-Diktatur.

<https://www.endstation-rechts.de/news/voelkische-kulturarbeit/> / eingesehen am 26. September 2022

<https://www.kontextwochenzeitung.de/debatte/439/neue-rechte-6145.html/> / eingesehen am 26. September 2022

Sachsen:

NPD-Jugend: „CSD? Nein, danke!“

Am 24. September versammelte sich „die gesunde Jugend, um einen Gegenpol zu dem erstmalig in Döbeln stattfindenden Gender-Zirkus namens CSD zu schaffen“, so die sächsische NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN): „Während sich Anhänger des sogenannten ‚Christopher Street Day‘ mit einer kuriosen Kleiderordnung und Hundemasken durch die mittelsächsische Kleinstadt ziehen, setzt die deutsche Jugend auf Inhalte gegen den Totentanz der ‚bunten und toleranten‘ Gesellschaft.“ Untersagt wurde den Neonazis das menschenverachtende Motto „Aus Anne wird Frank, das ist doch krank“ zu skandieren und überhaupt zu zeigen. Das Familienverständnis der JN besteht laut Eigenbekunden „aus Mann, Frau und möglichst vielen Kindern“. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Ideologie und Agitation. Hetze gegen die LGBTQI+-Community ist in rechtsextremen Kreisen en vogue.

Homepage Junge Nationalisten (Aktion Widerstand) / eingesehen am 26. September 2022

Bundesweit:

Autor des „Fragebogens“ vor 120 Jahren geboren

Vor 120 Jahren, am 25. September 1902, wurde in Kiel der spätere Freikorpskämpfer und Schriftsteller Ernst von Salomon geboren. Salomon, der mit der Marine-Brigade Ehrhardt im März 1920 am Kapp-Putsch teilnahm und im Juni 1922 Beihilfe bei der Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau geleistet hatte, ist Autor des 1951 ersterschienenen und bis heute in extrem rechten Kreisen gelesenen Bestsellers „Der Fragebogen“. Der Autor, so die rechtsextreme Monatszeitschrift Zuerst! im Oktober, führte das US-Verfahren von 1947, „Deutsche über Fragebogen zu ‚entnazifizieren‘, ad absurdum“. Die Polemik gegen die westlichen Besatzungsmächte zählte einst Franz Schönhuber, Bundesvorsitzender der Republikaner, zum „Grundbestand an politischer Literatur, den man als Rüstzeug benötigt“. Auch die Neonazis des III. Weges gedachten Salomon auf ihrer Homepage.

Ernst von Salomon besuchte von 1913 bis 1917 – wie auch sein älterer Bruder – die Kadettenanstalt Karlsruhe. 1935 erschien sein autobiographischer Roman „Die Kadetten“, in dem er unter anderem beschreibt, wie er am 22. Juni 1916 in Karlsruhe einen Luftangriff auf ein Zirkuszelt erlebte, bei dem 120 Menschen starben.

Frank Zastrow: Ein kämpferischer Preuße, in: Zuerst!, 10/2022, S.62f

Homepage Deutsche Stimme / eingesehen am 27. Juni 2005

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 9. August 2022

Menschen im Krieg 1914 – 1918 am Oberrhein. Für das Landesarchiv Baden-Württemberg und die Archives Départementales du Haut-Rhin hrsg. von Rainer Brüning und Laëtitia Brasseur-Wild, Stuttgart 2014 (zu Ernst von Salomon: S. 264–269)

Italien:
Neofaschistischer Wahlerfolg

Das italienische Rechtsbündnis der Parteien Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia hat bei den Wahlen am 25. September 43,8 Prozent der Stimmen erzielt. Damit konnte sich das extrem rechte Lager im Abgeordnetenhaus 237 der 400 Sitze sichern, im Senat 115 der 200 Sitze – die absolute Mehrheit in beiden Parlamentskammern.

Die von Giorgia Meloni geführte neofaschistische Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) erreichte 26 Prozent, die rechtsextreme Lega Matteo Salvinis 8,8 Prozent sowie Silvio Berlusconi rechts-konservative Forza Italia 8,1. Politiker der deutschen AfD, des rechtsnationalen Rassemblement National aus Frankreich und der rechtsklerikalen polnischen PiS gratulierten Meloni zum Wahlsieg. Bei den Wahlen 2018 hatte Fratelli d'Italia mit Meloni an der Spitze nur vier Prozent erhalten. Meloni, die sich bei Twitter mit „immer, überall und zuallererst Italienerin“ beschreibt, steht für klar rechte Positionen: Sie will Migranten – vor allem aus Afrika – abwehren und Italien als Nationalstaat innerhalb der EU stärken. Meloni ist gegen das Recht homosexueller Paare, Kinder zu adoptieren. Sie sieht auch keine Not, Homosexuelle oder andere Minderheiten stärker vor Diskriminierung zu schützen. Meloni agitiert gegen Abtreibung.

Tino Chrupalla und Alice Weidel, beide AfD-Bundessprecher, ließen verlautbaren: „Der Wahlerfolg um die Fratelli d'Italia ist ein weiterer Sieg der Vernunft. Deutschland steht mit seiner links-grünen Ampelkoalition in Europa ziemlich alleine da.“ „Ein derartiger politischer Aufstieg erscheint in westeuropäischen Parteisystemen als ein Novum“, kommentierte der einstige IB-Propagandist Daniel Fiß, vormals mecklenburg-vorpommerscher Schulungsbeauftragter der NPD-Jugendorganisation, Melonis Wahlsieg im Blog der neurechten Zeitschrift Sezession, die sich selbst als „wichtigste rechtsintellektuelle Stimme im Netz“, versteht. Die NPD gab bei Facebook kund: „Gratulation an Giorgia Meloni und die Fratelli d'Italia zu diesem grandiosen Wahlsieg, der hoffentlich für Bewegung in ganz Europa sorgt. Die alten linken Eliten haben fertig, ab jetzt gilt rechts vor links.“ Der AfD-Politiker Björn Höcke jubilierte: „Der zunehmende Einfluß des Rassemblement National in Frankreich, die mögliche Regierungsbeteiligung der Schwedendemokraten, nun die neuen Machtverhältnisse in Italien – EU-Europa befindet sich scheinbar auf dem Weg der Genesung.“ Im elektronischen Rundbrief von Compact wird attestiert: „Endlich mal ein Lichtblick. Und was für einer! Italien hat gewählt und den Patrioten einen großen Sieg beschert. Ein Sieg für uns, für Europa!“

Die 1977 in Rom geborene Meloni wurde im italienischen Neofaschismus sozialisiert, trat als 15-Jährige im Juli 1992 der Jugendorganisation Fronte della Gioventu des Movimento Sociale Italiano (MSI) bei. Der MSI wurde 1946 von Mussolini-Anhängern der faschistischen Republik von Salò gegründet und war damit die Nachfolgepartei von Mussolinis Partito Nazionale Fascista. Von dieser Vergangenheit zeugt noch das Flammensymbol im Parteiabzeichen. MSI-Mitglied war auch Sergio Ramelli, der im April 1975 bei Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern ums Leben kam. Italienische Rechtsextremisten halten das Gedenken an ihn mit jährlichen Demonstrationen aufrecht. Unter den Aufmarschierenden im April 2022 war auch Meloni. Aus dem MSI wurde 1994 die Alleanza Nazionale (AN) und aus deren Überresten gründete Meloni gemeinsam mit Ignazio La Russa 2012 die Fratelli d'Italia. La Russa, AN-Vorsitzender bis zur Auflösung 2009, schlug 2020 vor, den Saluto Romano (Faschistengruss) einzuführen sowie die Festa della Liberazione (symbolträchtiger Feiertag zum Ende des Kampfes gegen Faschismus) abzuschaffen und durch einen Gedenktag für die Opfer von Covid zu ersetzen.

<https://www.srf.ch/news/international/wahlen-in-italien-wie-viel-faschismus-steckt-in-italiens-rechten-parteien> / eingesehen am 16. August 2022

<https://afdkompakt.de/2022/09/26/afd-bundessprecher-gratulieren-giorgia-meloni-und-ihrer-fratelli-ditalia-zum-wahlsieg> / eingesehen am 17. September 2022

Homepage Sezession / eingesehen am 28. September 2022

Facebookseite Björn Höcke / eingesehen am 27. September 2022

Facebookseite NPD / eingesehen am 27. September 2022

elektronischer Compact-Rundbrief vom 27. September 2022

Brandenburg:
**Brandanschlag auf die jüdischen
 Baracken in der Gedenkstätte
 Sachsenhausen vor 30 Jahren**

Vor 30 Jahren, in der Nacht vom 25. auf den 26. September 1992, verübten Rechtsextremisten einen antisemitischen Brandanschlag auf die jüdischen Baracken 38 und 39 in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Bei den Tätern handelte es sich um eine Gruppe von 15 bis 20 Personen aus dem regionalen Neonazi-Milieu. Nach einer Kette von Pannen und Versäumnissen von Polizei und Justiz wurden 1995 schließlich zwei Tatbeteiligte zu zweieinhalb bzw. drei Jahren Haft verurteilt. Die Haupttäter konnten nie ermittelt werden. In den Baracken 37, 38 und 39 des Kleinen Lagers pferchte die SS zwischen dem Novemberpogrom 1938 und der Deportation aller jüdischen Häftlinge nach Auschwitz im Oktober 1942 fast ausschließlich jüdische Häftlinge ein. Der Brandanschlag fand am Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes Rosch Haschana statt und zehn Tage nach einem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin in der Gedenkstätte. Der Brandanschlag reihte sich in eine Kette rechtsextremer, ausländerfeindlicher und antisemitischer Anschläge in der Bundesrepublik in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit ein. Stiftungsdirektor Axel Drecolle erklärte in Oranienburg anlässlich des 30. Jahrestages des Brandanschlags: „Der verabscheuungswürdige Brandanschlag auf die jüdischen Baracken zeigt deutlich, dass Antisemitismus und Rassismus eine bleibende Bedrohung für unsere freiheitliche und menschenrechtsbasierte Demokratie darstellen. Bis heute kommt es in Sachsenhausen zu gezielten Angriffen – von der Zerstörung von Informationstafeln bis zu Verharmlosungen oder Leugnungen. Zuletzt haben 2018 Teilnehmer einer Gruppe im Umfeld der AfD während einer Führung die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert. Die Gedenkstätten sind wichtige Orte des historischen Lernens und der demokratischen Selbstvergewisserung im Kampf gegen Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Um Angriffe abzuwehren und zugleich ihre diskursive und emotionale Kraft entfalten zu können, benötigen die Gedenkstätten die dauerhafte Unterstützung und Solidarität durch Politik und Zivilgesellschaft.“

<https://www.sachsenhausen-sbg.de/presse/presseinformationen/55-2022-stiftungsdirektor-axel-drecolle-erinnert-an-den-brandanschlag-auf-die-juedischen-baracken-in-der-gedenkstaette-sachsenhausen-vor-30-jahren/> / eingesehen am 8. November 2022

Baden-Württemberg:
**Neonazistisches Kampfsport-
 training**

„Gründe, sich selbst wehrhaft zu machen, gibt es auch in der BRD mittlerweile genug. Täglich werden Verbrechen durch kriminelle Ausländer begangen, Deutsche sind oftmals die Opfer. Da unsere Aktivisten keine Opfer werden wollen, sondern diesen Verbrechen wehrhaft entgegenstehen werden, kamen unsere Aktivisten des Stützpunktes Württemberg im September zu einem Kampfsporttraining zusammen“, so eine Mitteilung der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 27. September 2022

Niedersachsen:
**Moscheen und Kirchengemeinde
 erhalten NSU-Drohbriefe**

Eine Kirchengemeinde, die evangelisch-lutherische St.-Thomas-Gemeinde in Osnabrück, und zwei Moscheegemeinden in Niedersachsen, die Eyüp-Sultan-Moschee in Bramsche bei Osnabrück und die Mevlana-Moschee der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs in Barnstorf bei Diepholz, haben in den vergangenen Monaten rechtsextreme Drohschreiben erhalten, die mit dem Kürzel „NSU 2.0“ unterschrieben waren. Mit der Unterschrift „NSU 2.0“ werden seit 2018 wiederholt Drohschreiben im gesamten Bundesgebiet an Personen des öffentlichen Lebens und Politikern unter anderem Polizeibeamte, Rechtsanwälte und Institutionen verschickt.

<https://www.domradio.de/artikel/moscheen-und-kirchengemeinde-erhalten-nsu-drohbriefe/> / eingesehen am 27. September 2022

Sachsen-Anhalt:
**Rechtsextremist als wissen-
 schaftlicher Mitarbeiter bei
 AfD-MdB**

Der sachsen-anhaltinische AfD-Bundestagsabgeordnete, der Flügel-nahe Jan Wenzel Schmidt, Landesgeneralsekretär seiner Partei, beschäftigt seit Juli einen mehrfach verurteilten Gewalttäter als wissenschaftlichen Mitarbeiter. Dies enthüllten Ende September die Medien. Mario Müller, Aktivist der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB) und Autor der rechtsextremen Zeitschrift Compact sowie einst bei der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten aktiv, wurde zuletzt 2021 wegen gefährlicher Körperverletzung vom Landgericht Halle (Saale) zu sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, ausgesetzt zur Bewährung. Zu den ehemaligen Mitarbeitern von Jan Wenzel Schmidt gehört auch Stefan Träger, der zur Bundestagswahl 2009 für die NPD kandidiert hatte. 2017 nahm Jan Wenzel Schmidt an der Winterakademie des rechtsextremen Instituts für Staatspolitik (IfS) teil. Am 3. April 2016 sprach er bei einer Veranstaltung der IB Harz.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article241336069/AfD-Bundestagsabgeordneter-beschaeftigt-rechtsextremen-Gewalttaeter.html> / eingesehen am 30. September 2022

Baden-Württemberg:
Rechtsextreme Musik im Ländle

Eine detaillierte Publikation zu rechtsextremer Musik in Vergangenheit und Gegenwart in Baden-Württemberg hat die Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht. Autor von „Rechtsrock in Baden-Württemberg“ ist der investigative Fachjournalist Timo Büchner, der auch als Referent bei der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus aufgetreten ist. Der Autor zeigt auf, dass rechtsextreme Musik gleichermaßen Werbemittel, Ideologieträger und Finanzierungsinstrument ist. Sie war und ist die „Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ und beförderte die Radikalisierungsprozesse des NSU-Milieus in den 1990er Jahren. Musikveranstaltungen dieser Art sind Erlebnis- und zugleich Rückzugsräume fernab der kritischen Öffentlichkeit, so Büchner. Die Publikation „Rechtsrock in Baden-Württemberg“ wirft Schlaglichter auf Ursprünge, Themen, Inhalte und Musikstile im Rechtsrock. Zudem geht der Autor der Frage nach, welche Akteure im Land aktiv sind, wie sie sich vernetzen und wie sie ihre Musik produzieren und vertreiben. Büchner und die herausgebende Landeszentrale für politische Bildung wollen mit der Broschüre aufklären und sensibilisieren. Deutlich wird: Rechtsextreme Musik ist an vielen Orten präsent – und Weghören und Wegschauen sollten keine Optionen sein.

Timo Büchner: Rechtsrock in Baden-Württemberg, Herausgeber: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Die Broschüre kann bei der Landeszentrale für politische Bildung bestellt werden: [https://www.lpb-bw.de/publikation-anzeige/rechtsrock-in-baden-wuerttemberg-3632?kontrast=1&tt_products\[backPID\]=12179&cHash=884c8833fdbea58f69f900260f742796/](https://www.lpb-bw.de/publikation-anzeige/rechtsrock-in-baden-wuerttemberg-3632?kontrast=1&tt_products[backPID]=12179&cHash=884c8833fdbea58f69f900260f742796/) eingesehen am 8. November 2022

Sachsen:
Freie Sachsen und Schwibbögen

Die im Februar 2021 gegründete rechtsextreme Kleinstpartei Freie Sachsen, laut Eigendarstellung „eine neue Bürgerbewegung, die sich die Vernetzung der politischen Opposition in Sachsen zum Ziel gesetzt hat“, hat Ende September in einem Offenen Brief an Landräte des Erzgebirgskreises, von Mittelsachsen, des Landkreises Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, dem Landkreis Zwickau und der Stadt Chemnitz eine „Aufforderung zum Tätigwerden gegen das drohende Verbot beleuchteter Schwibbögen und Weihnachtsmärkte!“ zukommen lassen. Im Brief heißt es: „Nachdem uns zwei Jahre lang die Coronamaßnahmen der Landes- und Bundesregierung diese Weihnachtszeit getrübt haben, drohen im dritten Jahr sogar noch weitreichendere Verbote. Jetzt geht es plötzlich nicht mehr um angeblichen Gesundheitsschutz, jetzt wird unter dem Vorwand angeblichen Energiesparens nahezu das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt.“ Die Landräte werden von den Freien Sachsen aufgefordert, „entsprechende Verordnungen der höheren Ebenen, die möglicherweise erlassen werden, nicht umzusetzen und mögliche Verstöße dagegen nicht zu ahnden.“ Ziel der Freien Sachsen, die 150.000 Nutzer über den Messengerdienst Telegram erreichen, ist die Verächtlichmachung und Delegitimierung des Staates.

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 28. September 2022

<https://www.deutschlandfunk.de/wer-sind-die-freien-sachsen-102.html/> eingesehen am 28. September 2022

Index

- Orte**
- Baden-Württemberg 3, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 19, 20, 23, 24, 31, 32, 35, 39, 40, 41, 42, 44, 45
 - Barnstorf (Niedersachsen) 44
 - Bayern 8, 22, 23, 29, 30, 37
 - Belgien 10
 - Berlin 7, 17, 23, 28, 31, 34
 - Böblingen (Baden-Württemberg) 12
 - Bramsche (Niedersachsen) 44
 - Brandenburg 3, 11, 22, 23, 44
 - Brattendorf (Thüringen) 31
 - Bremen 15, 33
 - Brüssel (Belgien) 10
 - Bundesrepublik Deutschland 10, 17, 19, 22, 30, 34, 36, 37
 - Dessau (Sachsen-Anhalt) 27
 - Döbeln (Sachsen) 42
 - Dresden (Sachsen) 28
 - Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) 3
 - Efringen-Kirchen (Baden-Württemberg) 7
 - Eisenach (Thüringen) 35
 - Erfurt (Thüringen) 20
 - Ettlingen (Baden-Württemberg) 20
 - Frankfurt am Main (Hessen) 32
 - Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg) 24, 35, 41
 - Hamburg 8, 15, 26, 33
 - Heidenau (Sachsen) 21
 - Heilbronn (Baden-Württemberg) 24, 31, 35
 - Hessen 13, 21, 27, 32
 - Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) 36
 - Italien 30
 - Jena (Thüringen) 3
 - Karlsruhe (Baden-Württemberg) 3, 7, 24, 24
 - Kirchberg/Jagst (Baden-Württemberg) 31
 - Köln (Nordrhein-Westfalen) 31
 - Konstanz (Baden-Württemberg) 24
 - Leipzig (Sachsen) 3, 26
 - Lohfelden (Hessen) 27
 - Ludwigsburg (Baden-Württemberg) 24
 - Magdeburg (Sachsen-Anhalt) 3
 - Mannheim (Baden-Württemberg) 24
 - Mecklenburg-Vorpommern 25, 26, 35, 37, 42, 43
 - Mogadischu (Somalia) 40
 - Moskau (Russland) 40
 - Münster (Nordrhein-Westfalen) 33
 - Neuruppin (Brandenburg) 23
 - Niedersachsen 5, 22, 44
 - Nordrhein-Westfalen 3, 5, 8, 19, 22, 23, 28, 31, 33, 39
 - Nürnberg (Bayern) 37
 - Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) 8
 - Osnabrück (Niedersachsen) 44
 - Philippinen 25
 - Potsdam (Brandenburg) 3
 - Potzlow (Brandenburg) 11
 - Ravensburg (Baden-Württemberg) 24
 - Rheinland-Pfalz 17, 23, 36
 - Rom (Italien) 30
 - Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) 25
 - Ruhla (Thüringen) 41
 - Russland 40
 - Saarland 38
 - Sachsen 3, 21, 26, 28, 35, 42, 45
 - Sachsen-Anhalt 3, 27, 28, 31, 39, 44
 - Schleswig-Holstein 15, 29
 - Somalia 40
 - Stuttgart (Baden-Württemberg) 14, 23, 41
 - Tablas (Philippinen) 25
 - Thüringen 3, 20, 21, 25, 31, 35, 36, 41
 - Ukraine 11, 16, 26, 31, 39, 41
 - Ulm (Baden-Württemberg) 24
 - Westerland/Sylt (Schleswig-Holstein) 29

Institutionen, Parteien, Medien

- Aktion Mecklenburg/Vorpommern bleibt unser (MBU) 26
- Alleanza Nazionale (AN) 43
- Alliance for Peace and Freedom 35
- Altermedia Deutschland 7
- Alternative für Deutschland (AfD) 9, 11, 14, 15, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 27, 28, 30, 36, 39, 40, 41, 43, 44
- Amtsgericht St. Ingbert 38
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes 22
- AUF1 17
- Aufbruch deutscher Patrioten 31
- Aufbruch Leverkusen 28, 31
- Baader-Meinhof-Gruppe 6
- Basisdemokratische Partei Deutschland (die-Basis) 38
- Blood & Honour 19
- Bund freier Jugend (Bfj) 17
- Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG) 31
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) 5
- Bundesgerichtshof (BGH) 27, 37
- Bundeskriminalamt (BKA) 22
- Bundesnachrichtendienst (BND) 20
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 17, 20, 23, 24, 29, 41
- Bündnis Zukunft Hildburghausen 35
- Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) 33
- Burschenschaft Danubia München 41
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 19, 27, 38
- Compact 17, 23, 27, 28, 33, 39, 41, 43, 44
- Conference on Jewish Material Claims Against Germany (JCC) 34
- Corona-Protestbewegung 9, 10, 11, 17, 22, 25, 28, 32, 36, 38
- Demokratischer Widerstand 28
- Der III. Weg 9, 20, 23, 42, 44
- Desiderius-Erasmus-Stiftung 19, 27
- Deutsch-Arabische Gemeinschaft 5
- Deutsche Geschichte (DG) 30
- Deutsche Stimme 17, 35
- Deutsche Volkunion (DVU) 26, 41
- Deutsche Zentrumspartei (Zentrum) 22
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 20
- Deutschlandkurier 23
- Die Aula 41
- Die Freiheit 33
- DIE LINKE 8, 28
- Die Rechte 9, 35
- Die Republikaner (REP) 27, 42
- Dokumentationsstelle Rechtsextremismus 3, 45
- Eberhard Karls Universität Tübingen 15
- Edition Märkische Raute 23
- Else-Frenkel-Brunswick-Institut 3
- Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) 3
- Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis 20
- Europol 10
- Fidesz 30
- Flieder Volkshaus e.V. 35
- Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) 3
- Forza Italia 43
- Fratelli d'Italia 30, 43
- Freie Sachsen 21, 28, 35, 45
- Freies Netz Süd (FNS) 9
- Freiheit für Rudolf Heß e.V. 23
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 41
- Freundeskreis ‚Ein Herz für Deutschland‘ 41
- Fronte della Gioventu 43
- FSN-TV (Frei – Sozial – National) 35
- Gedenkstätte Buchenwald 36
- Gedenkstätte Sachsenhausen 44
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 7, 10, 13, 27, 37, 39
- Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten 29
- Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) 41
- Gestapo-Gefängnis Ettlingen 20
- Grabert Verlag 41
- Gruppe Fellbach 31
- GSG 9 40
- Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA) 26
- Haus Montag 35
- Hilfscorps Arabien 5
- Holz Laser Gravur 7
- Identitäre Bewegung (IB) 28, 32, 44
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) 3
- Institut für demokratische Kultur (IdK) 3
- Institut für Staatspolitik (IFS) 44
- Institut für Tiefenwahrheit 35
- Internationales Olympisches Komitee (IOC) 4
- Japanische Rote Armee 4
- Jewrassic Liars 8
- Jüdische Studierendunion Deutschland (JSUD) 15
- Jüdischer Weltkongress (WJC) 12
- Junge Alternative (JA) 11, 24

- Junge Freiheit 36
 Junge Nationaldemokraten 44
 Junge Nationalisten 23, 42, 44
 Klosterhaus Versandbuchhandlung 42
 Kommando Spezialkräfte (KSK) 40
 Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg 24
 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 45
 Landgericht Bad Kreuznach 36
 Landgericht Halle 44
 Landgericht München I 19
 Lebenshilfe-Werk Weimar/Apolda e.V. 36
 Lega 30, 43
 Lühe Verlag 7
 Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) 8
 Mossad 6
 Movimento Sociale Italiano (MSI) 43
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 7, 9, 15, 17, 19, 21, 23, 26, 31, 35, 41, 42, 43, 44
 Nationale Front 5
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 6, 15, 19, 23, 29
 Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland (NSKG) 6
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) 23, 31, 37, 39, 45
 Neue Stärke Partei (NSP) 9
 NSDAP/AO 6
 Oberlandesgericht Frankfurt am Main (OLG) 13, 27
 Oberlandesgericht München 37
 Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) 41
 Organisation Gehlen 20
 Ostthüringer Patrioten 27
 Oxford Internet Institute 12
 Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) 6
 Palästinensischer Nationalrat 6
 Partito Nazionale Fascista 43
 Patrioten Ostthüringen 35
 Politically Incorrect (PI) 33
 Pour le Mérite 40
 Prawo i Sprawiedliwość (PiS) 43
 Pro Köln 31
 Pro NRW 31
 Querdenker 27, 36
 Rassemblement National (RN) 30, 43
 Reichsbürger 7, 10, 28
 Rote Armee Fraktion (RAF) 6
 RTV 17
 Schwarzer September 4, 5, 6
 Staatsanwaltschaft Köln 14
 Staatsanwaltschaft München I 25
 Sturmzeichen-Verlag 35
 Sverigedemokraterna (SD, Schwedendemokraten) 36
 Thüringer Heimatpartei (THP) 35
 Ungetrüb Media 28
 Unternehmen Atlas 4
 Verbund der Forschungszentren für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung (VFRD) 3
 Verein für basisgetragene, selbstbestimmte, pluralistische und unabhängige Medienvielfalt 17
 Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. 12
 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) 20
 Verfassungsschutz 24, 30, 39
 Verfassungsschutz Baden-Württemberg 8, 9, 11, 32
 Verfassungsschutz Bayern 33
 Verfassungsschutz Bund 5, 9, 11, 21, 24, 26, 38
 Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) 30
 Verwaltungsgericht Köln 11
 Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg 8
 Vox 30
 Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) 5
 Werteunion 19
 White Youth 19
 WIR Heilbronn 35
 Yad Vashem 32
 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 8
 Zuerst! 14, 33, 42

Personen

A., Franco 13
 A., Nuradi 33
 Abascal, Santiago 30
 Abbas, Mahmud 6
 Abramowski, Wolfgang 5, 6
 Adenauer, Konrad 34
 Åkesson, Jimmie 36
 Albrecht, Udo 5
 al-Husseini, Mohammed Amin 4
 Andersson, Magdalena 36
 Andrejewski, Michael 26
 Anthofer, Stefan 15
 Arminius 5, 42
 Ataman, Ferda 22
 Augustin, Dennis 35
 Baerbock, Annalena 31
 Balzer, Rainer 16
 Bandera, Stepan 16
 Barbie, Klaus 4
 Bas, Bärbel 15
 Baum, Christina 9, 24, 39
 Bayan, Ella Nik 34
 Behringer, Dieter 20
 Beisicht, Markus 28, 31
 Blex, Christian 39
 Blöchle, Matthias 25
 Bobbert, Peter 25
 Böhnhardt, Uwe 37
 Böswald, Martina 14
 Brück, Michael 21, 35
 Brunner, Alois 14
 Bube, Beate 11
 Bucher, Ewald 23
 Büchner, Timo 45
 Bystron, Petr 30
 C., Malte 33
 Chrupalla, Tino 36, 40, 43
 Claas 17
 Clemens, Björn 27
 Cremer, Claus 35
 Dangel, Michael 31, 35
 Daoud, Abu 5, 6
 Diez, Carl 10
 Drecoll, Axel 44
 Drosten, Christian 24
 Duswald, Fred 41
 Eichmann, Adolf 4, 14
 Elsässer, Jürgen 41
 Elster, Botho 12
 Eminger, Andre 37
 Ernst, Hannes 14
 Ernst, Stephan 27
 Erzberger, Matthias 10
 F., Fabian 19
 Faeser, Nancy 4, 21, 25, 26, 40
 Farle, Robert 27
 Fiß, Daniel 43
 Frank, Peter 10
 Frankfurter, David 15
 Franz, Frank 35
 Franz, Romeo 17
 Frenck, Tommy 35
 Frey, Gerhard 41
 Frohnmaier, Markus 14, 24
 Ganserer, Tessa 34
 Gates, Bill 24
 Gauland, Alexander 9
 Genoud, Francois 4
 Georgi, Thomas 24
 Gögel, Bernd 24
 Goldmann, Nahum 34
 Grimm, Hans 42
 Grimm, Holle 42
 Günzel, Reinhard 40
 Gustloff, Wilhelm 15
 H., Markus 27
 Habeck, Robert 21
 Haldenwang, Thomas 21, 26
 Hartmann, Stefan 28
 Hassan, Abu 4
 Haußner, Frank 27, 35
 Hermann, Hajo 41
 Hersel, Corinna 20
 Herzog, Isaac 4
 Heß, Rudolf 23
 Höcke, Björn 21, 24, 25, 33, 39, 43
 Hoffmann, Reimond 14
 Hoggan, David 41
 Hohmann, Martin 41
 Hörner, Hans-Peter 14
 Hutten, Ulrich von 42
 J., Hendrik 31
 Janich, Oliver 25
 Jochheim-Armin, Karl 5
 Jongen, Marc 14
 Junginger, Horst 15
 K., Tamara 29
 Karmasin, Thomas 4
 Kästner, Ralph 7
 Kellermayr, Lisa-Maria 17
 Kiesewetter, Michèle 37
 Klemm, Paul 28
 Klos, Rüdiger 14
 Knuth, Hagen 31
 Köhler, Severin 14
 Kohlmann, Martin 28
 Koller, Christoph 13
 Kopp, Hans-Ulrich 41
 Kretschmann, Winfried 10, 24
 Kristersson, Ulf 36
 Krolzig, Sascha 35
 Kubitschek, Götz 28
 Kühnen, Michael 6
 La Russa, Ignazio 43
 Lattmann, Erich 12
 Lauterbach, Karl 38
 Lawrow, Sergej 40
 Lenz, Anselm 28
 Lindner, Christian 35
 Lübcke, Walter 27
 Maas, Heiko 13
 Maaßen, Hans-Georg 24, 38
 Magnet, Stefan 17
 Mahler, Horst 6
 Mandic, Dubravko 35, 41
 Maréchal, Marion 30
 Mayer, Heinz 17
 Maygutiak, Taras 14
 Meinhof, Ulrike 4
 Melaouhi, Abdallah 23
 Melnyk, Andrij 16
 Meloni, Giorgia 30, 43
 Merkel, Angela 21, 24, 27
 Meuthen, Jörg 15, 22
 Müller, Mario 44
 Müller-Mertens, Martin 17
 Mundlos, Uwe 23, 37
 Mundt, Karin 35
 Munier, Dietmar 40
 N., Mario 36

Nickel, Margret 42
Okamoto, Kozo 4
Orbán, Viktor 30
Otte, Christian 15
Otte, Max 19
Oudeh, Mohammed 5, 6
Paus, Lisa 23
Petelkau, Bernd 19
Pfeiffer, Martin 42
Poggenburg, André 28, 31
Pohl, Willi 5, 6
Pradel, Timo 35
Priebke, Erich 41
Putin, Wladimir 39
Rabin, Jitzchak 44
Ramelli, Sergio 43
Ramelow, Bodo 37
Rathenau, Walther 42
Reetzke, Ingo 40
Reinefarth, Heinz 29
Renner, Martina 39
Rennicke, Frank 17, 31
Richter, Karl 31
Roth, Claudia 13, 26, 36, 37
Salameh, Ali Hassan 4, 6
Salameh, Hassan 4
Salomon, Ernst von 42
Salvini, Matteo 30
Sänze, Emil 14, 24
Sattelberg, Thomas 21, 35
Scharrett, Mosche 34
Schier, Nele 21
Schimmer, Arne 35
Schindler, Oskar 32
Schmidt, Jan Wenzel 44
Schneiders, Nicole 31
Schöberl, Marinus 11
Schoettler, Wilhelm 5
Scholl, Alexander 19
Scholz, Olaf 23, 38
Schönborn, Erwin 5
Schönhuber, Franz 42
Schöttle, Günther 14, 20
Schrade, Hansjörg 14
Schreiber, Max 21
Schreiber, Peter 35
Schröder, Patrick 35
Schützinger, Jürgen 41
Schwannecke, Günter 31
Schwesig, Manuela 25
Scrinzi, Otto 41
Seehofer, Horst 8
Sellner, Martin 28
Senk, Manfred 20
Simsek, Enver 37
Slawik, Nyke 34
Söder, Markus 4
Speer, Albert 23
Spengler, Oswald 19
Stabel, Emma 21
Stecher, Michael 31
Stein, Udo 14
Steinbach, Erika 27
Steinmeier, Frank-Walter 4, 25
Storch, Beatrix von 36
Strank, Oliver 32
Strobl, Thomas 10, 11
Stürzenberger, Michael 33
Tillschneider, Hans-Thomas 28, 39
Töpfer, Peter 35
Träger, Stefan 44
Veiler, Hanna 15
Voigt, Udo 15
Voss, Willi 5, 6
Wald, Daniel 39
Walther, Wilhelm 40
Wegener, Ulrich 40
Weidel, Alice 11, 14, 36, 40, 43
Weisang, Ute 38
Wieschke, Patrick 35
Willuhn, Ulf 14
Wohlleben, Ralf 31
Worch, Christian 23
Z., Norman 31
Zschäpe, Beate 23, 37

Erscheinungsdatum: Januar 2023

Impressum: Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle

Text / Redaktion: Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung: Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

